



# INHALTSVERZEICHNIS

## UNTER WELCHEN BEDINGUNGEN LEBEN UND KÄMPFEN WIR?

Erste Schritte zur Klassenanalyse | Seite 3

## DIE STRUKTUR DES KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND | Seite 8

## DER DEUTSCHE IMPERIALISTISCHE STAATSAPPARAT | Seite 24

## DIE STRUKTUR DER ARBEITERINNENKLASSE IN DEUTSCHLAND | Seite 38

---

## Kommunismus Online

**Kommunismus Online lesen:** [www.komaufbau.org/category/zeitung](http://www.komaufbau.org/category/zeitung)

**Website Kommunistischer Aufbau:** [www.komaufbau.org](http://www.komaufbau.org)

**Facebook:** [facebook.com/komauf](https://facebook.com/komauf)

**Twitter:** [twitter.com/komaufbau](https://twitter.com/komaufbau)

**Youtube:** [youtube.com/channel/UCmxScx-jf4q0gBdtFYRS1rw](https://youtube.com/channel/UCmxScx-jf4q0gBdtFYRS1rw)

---

### Abo-Möglichkeit:

„Kommunismus“ kann beim Verlag Leo Jogiches abonniert werden. Schick dazu einen Umschlag mit Geld und deiner Adresse an unser Postfach 300 204, 44232 Dortmund. Du erhältst so viele Ausgaben von „Kommunismus“, wie Du bezahlt hast. Der Preis für 5 aufeinander folgende Ausgaben beträgt 15 Euro.

### Impressum:

Herausgeber: Redaktionskollektiv, Verlag Leo Jogiches; V.i.S.d.P.: H. Sand, Solmsstr. 32, 60486 Frankfurt a.M.

Kontakt: [info@komaufbau.org](mailto:info@komaufbau.org)

PGP-Key: [komaufbau.org/kontakt](http://komaufbau.org/kontakt) | Fingerprint: 9A49 BFDB 1EA1 A19D E6E4 D090 6777 88 EC BE6A 4061

Eigentumsvorbehalt: Dieser Brief bleibt solange Eigentum der Absenderin bis er dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Briefes nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an die Absenderin zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.



# UNTER WELCHEN BEDINGUNGEN LEBEN UND KÄMPFEN WIR?

## Erste Schritte zur Klassenanalyse

**I**m politischen Kampf sind wir laufend dazu gezwungen, Annahmen zu machen und Einschätzungen zu treffen. Wenn wir unsere kurzfristigen und langfristigen Ziele erreichen wollen, müssen wir gesellschaftliche Verhältnisse, politische Stimmungen und vor allem zu erwartende Umbrüche realistisch bewerten. Das geht im Kleinen bei der Frage los, wie groß die Unterstützung im Stadtviertel für die Besetzung eines neuen Luxuswohnblocks sein wird, und führt im Großen zu der Aufgabe, die gesellschaftlichen Kräfte zu bestimmen, die in Zukunft das größte Potenzial für revolutionäre Kämpfe haben werden.

Richtige Einschätzungen zu treffen ist aber oftmals leichter gesagt als getan. Denn unsere Mittel sind erst einmal begrenzt – wir haben nicht wie die modernen bürgerlichen Staaten große Institute von Analysten und massenhaft Geldmittel zur Verfügung. Wir sind naturgemäß erst einmal besonders von den Eindrücken und Einflüssen geprägt, denen wir in unserem Leben und unserer politischen Arbeit am meisten ausgesetzt sind: Unserem Wohn- und Arbeitsort und

den Problemen, die dort am meisten vorherrschend sind, Familie und Freundeskreis, unserem sozialen Milieu, u.v.m. Und wir sind laufend der Propaganda von Staat und Kapital sowie den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie in all unseren Lebensbereichen ausgesetzt, die gerade dem Ziel dienen, unsere Urteilskraft zu trüben und uns politisch auf falsche Fährten zu locken.

## KOMMUNISTINNEN STÜTZEN SICH AUF WISSENSCHAFT

Trotz all dieser Schwierigkeiten haben wir KommunistInnen einen ganz entscheidenden Vorteil: Denn im Gegensatz zu anderen politischen Strömungen machen wir uns bewusst, dass wir unser Programm und unsere Strategie und Taktik nicht auf Glauben, Wünsche, Vorurteile und Dogmen, sondern auf Wissenschaft gründen müssen. Seit Marx und Engels den historischen Materialismus entwickelt und gezeigt haben, wie der Kapitalismus aufgrund seiner inneren Bewegungsgesetze seinen eigenen Untergang

## ERSTE SCHRITTE ZUR KLASSENANALYSE

vorbereitet, wissen wir, dass der Sozialismus keine Utopie von idealistischen Weltverbesserern ist, sondern eine historische Notwendigkeit, die durch die ArbeiterInnenklasse durchgesetzt werden muss.

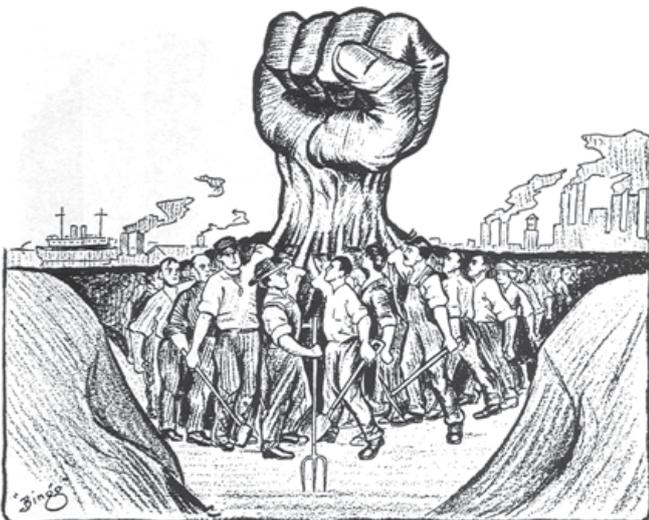
Um ernsthaft den revolutionären Kampf der ArbeiterInnenklasse voranzutreiben, reicht es aber nicht, bei diesen allgemeinen Erkenntnissen stehenzubleiben. Das Programm und die Strategie, welche die kommunistische Bewegung benötigt, lässt sich nicht einfach aus alten Büchern zusammenschreiben. Es reicht nicht, das alte Programm der KPD oder der Kommunistischen Internationale zu nehmen – nach dem Motto: „Wird schon noch halbwegs passen“. Der Kapitalismus hat sich seit den 1920er Jahren weiterentwickelt – weltweit und in Bezug auf Deutschland. Die Entwicklungen beginnen bei der nationalen und internationalen Veränderung der Organisierung der Produktion, der Durchdringung fast aller Lebensbereiche durch das Kapital und enden in ihrer Konsequenz bei den heute veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnenklasse. All das hat Einfluss auf das Leben, Arbeiten, Denken und Fühlen der Menschen. Deshalb müssen diese analysiert und entsprechende Schlussfolgerungen daraus gezogen werden.

Ganz zentral für das kommunistische Programm ist die Frage nach dem revolutionären Subjekt. Dabei geht es darum, wie die ArbeiterInnenklasse heute strukturiert ist, wie sie sich im Zuge der kapitalistischen Entwicklung immer weiter ausdifferenziert und welche Teile der Klasse infolgedessen eine besonders vorwärtstreibende Rolle für die sozialistische Revolution spielen werden. Darüber hinaus geht es darum, auf welche Bündnispartner sich die ArbeiterInnenklasse in der Revolution stützen kann.

Auch als noch relativ kleine und junge Organisation haben wir die Verpflichtung, mit der Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse anzufangen und diese Untersuchung Schritt für Schritt weiterzuentwickeln und so die Aufgabe, ein kommunistisches Programm für Deutschland zu entwickeln, zu erfüllen.

Und nicht nur für das Programm der sozialistischen Revolution benötigen wir eine Klassenanalyse, sondern auch für unsere direkte Praxis heute. Wir wollen eine kommunistische Massenarbeit in der ArbeiterInnenklasse entwickeln und daraus zunächst die fortschrittlichsten Menschen für den Aufbau der Kommunistischen Partei gewinnen. Es liegt auf der Hand, dass die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgabe davon abhängt, wie gut wir die Lage der Klassen in Deutschland heute verstehen.

Wie sieht es also bezüglich der Klassen in Deutschland aus? Die Bourgeoisie beutet das Proletariat aus und unterdrückt es durch seinen Staat. So weit, so gut. Aber wie sieht es konkret aus? Gehören die IndustriearbeiterInnen heute noch alle zum revolutionären Subjekt oder sind Teile von ihnen angesichts üppiger Löhne, kleinbürgerlicher Lebensverhältnisse mit Eigenheim, zwei Autos und den entsprechenden Wertvorstellungen schon so „verbürgerlicht“, dass sie für den Sturz des Kapitalismus nicht mehr zu gewinnen sind? Eine Diskussion, die übrigens schon zu Engels' Zeiten begonnen hat und nicht zuletzt in der 68er Bewegung sehr erhitzt geführt wurde! Besteht überhaupt ein direkter, linearer Zusammenhang zwischen der Höhe des Einkommens und der Integration ins bürgerliche System? Ist der Kioskbesitzer, der 12 Stunden am Tag in seinem eigenen Laden steht und kläglich über die Runden kommt, per se leichter für die Revolution zu gewinnen als der fest angestellte Werkzeugschlosser bei Porsche? Was ist mit den LeiharbeiterInnen? Wo geht die Reise überhaupt hin? Wo arbeiten LohnarbeiterInnen heute, und wo werden sie in zehn, zwanzig Jahren arbeiten? Welche Industriezweige gibt es in Deutschland und welche Bedeutung haben sie? Werden die Industriebetriebe mit nennenswerter Belegschaft im Zuge der Digitalisierung verschwinden oder wird das Proletariat durch das Kapital nur immer wieder an neuen Stellen konzentriert? Welche sind die drängendsten Probleme der proletarischen Frauen? Wie sieht eigentlich heute die Sozialstruktur in Stadt und Land aus? Gibt es noch wirkliche ArbeiterInnenviertel in den Städten? Welche Rolle spielt der imperialistische Staat in dieser Gesellschaft? Und wie ist er heute aufgebaut?



*Sieht so die ArbeiterInnenklasse heute aus?*

## STRUKTUR DES KAPITALISMUS

Diese und viele weitere Fragen müssen wir klären, um ein zeitgemäßes kommunistisches Programm und eine revolutionäre Strategie für Deutschland entwickeln zu können und unsere nächsten Schritte zu planen. Wir haben nun angefangen, uns mit diesen Fragen zu beschäftigen und erste Ansätze von Ergebnissen erzielt, die wir im folgenden vorstellen möchten.

### UNSERE HERANGEHENSWEISE

Es mag der Eindruck entstanden sein, dass eine konkrete Klassenanalyse etwas unlösbares ist. Können so etwas nur Gelehrte leisten, die sich jahrelang in Bibliotheken einschließen und Statistiken auswerten? Wir meinen nein. Eine Klassenanalyse ist keine rein theoretische Aufgabe. Es geht nicht darum, den Ist-Zustand einer Gesellschaft einfach möglichst genau in Zahlen wiederzugeben – auch wenn wir natürlich einen gewissen Überblick über Größenverhältnisse benötigen. Schon gar nicht geht es darum, schematisch gesellschaftliche Gruppen zu definieren und dann zu schauen, wen man heute dort einsortieren kann (bei der „ArbeiterInnenaristokratie“ könnte die Versuchung z.B. groß sein, das zu tun). Letzteres ist leider allzu häufig das, was in revisionistischen Büchern tatsächlich drinsteckt, auf denen „Klassenanalyse“ draufsteht.

Eine Klassenanalyse entsteht vielmehr aus der Verallgemeinerung der Erfahrungen aus den realen Kämpfen der ArbeiterInnenklasse, an denen wir im Idealfall direkt beteiligt sind. Sie umfasst nicht nur statische Größenverhältnisse, sondern die Wechselwirkungen und Bewegungen, denen die Klassen in der Gesellschaft unterliegen. Mit einer solchen allumfassenden Analyse kommt eine entwickelte Kommunistische Partei auch in die Lage, qualitative Sprünge vorherzusehen, die auf den ersten Blick unerwartet auftreten. Zu diesem Prozess der kollektiven Verarbeitung von Erfahrungen trägt aber jede/r KommunistIn bei, nicht nur eine Handvoll SpezialistInnen.

Unsere Mittel sind heute beschränkt. Wir können jedoch zu den oben aufgeworfenen (sowie vielen weiteren) Fragen bereits erste Antworten geben, die uns als Orientierung dienen können. Hier werden wir erste Ausarbeitungen und Ergebnisse zu den Themenkomplexen der Struktur des deutschen Kapitalismus (Seite 8f), der deutsche imperialistische Staatsapparat (Seite 24f) und der Lage der ArbeiterInnenklasse heute (Seite 38f). Im folgenden wollen wir die Ergebnisse der einzelnen Themenbereiche knapp veröffentlichen.

Deutschland ist im Gesamtgefüge des Weltkapitalismus heute ein imperialistisches, d.h. eines der führenden Länder, weil deutsche **Weltmonopole** wie VW, Daimler, Allianz, Siemens u.a. die wichtigsten Weltmärkte zusammen mit Kapitalisten aus anderen Ländern unter sich aufgeteilt haben. Im Zentrum des deutschen Kapitalismus stehen die Monopole der Automobilindustrie als wichtigstem Industriezweig, dem die Chemieindustrie und der Maschinenbau an Relevanz folgen. Die Produktion in diesen Industriebereichen ist heute in der Form globaler Produktionsketten organisiert: Weltmonopole wie VW, die am Ende einer solchen Produktionskette stehen und diese kontrollieren, entwerfen die Produkte (z.B. Autos) nur noch und fertigen die technologisch anspruchsvollsten Teile (z.B. Motoren), während weitere Komponenten und Teile auf verschiedenen Stufen von kleineren Unternehmen gefertigt werden, die über die gesamte Welt verteilt sein können. Die Zulieferbetriebe umfassen Unternehmen, die selbst Weltmonopole sind (z.B. Bosch) bis hin zu Hinterhofbetrieben in Slums, in denen Kleinteile produziert werden. Auf allen Stufen der Produktionskette besteht die Tendenz zur Monopolisierung. Letzlich stehen aber alle Unternehmen, auch wenn sie formal eigenständig sind, unter der Kontrolle der Weltmonopole an der Spitze.

Angesichts der anstehenden technologischen Umwälzungen und zu erwartenden Neuorganisation der weltweiten Produktion (Umstieg von konventionellen zu Elektroautos, Digitalisierung) müssen die deutschen Weltmonopole darum kämpfen, ihre internationale Stellung zu verteidigen. Im Bereich der Finanzmonopole sind sie deutlich schwächer aufgestellt als ihre wichtigsten Konkurrenten. Die Bedeutung der Logistik und der Telekommunikation / IT wird in Zukunft zunehmen und aus Sicht der ArbeiterInnenklasse Angriffspunkte auf den Produktionsprozess bieten. Ebenso werden die Betriebe als geographische Orte nicht verschwinden,



sondern unterliegen einer komplizierteren Auf- und Abwärtsbewegung sowie der regelmäßigen Konzentration von LohnarbeiterInnen in neuen Sektoren.

Oft wird der „**deutsche Mittelstand**“ als Rückgrat des guten „rheinischen Kapitalismus“ besungen. In Wahrheit erhalten sich Familienunternehmen mittlerer Größe heute noch als Hersteller von Spezialprodukten, falls sie sich einen Platz im Rahmen der Produktionsketten erkämpfen können, und befinden sich durch Unternehmensbeteiligungen und Kredite fest in der Hand des Finanzkapitals. Das vormals durch zünftlerische Regeln geschützte Handwerk wird immer mehr für Kapitalinvestitionen geöffnet und unterliegt in weiten Teilen der Tendenz zur Monopolisierung. Dasselbe gilt für die Landwirtschaft, wobei hier erhebliche regionale Unterschiede bestehen: Der klassische bäuerliche Familienbetrieb, den es vor allem in Süddeutschland noch gibt, stirbt immer mehr aus und wird durch kapitalistische Agrarunternehmen ersetzt, die in Ostdeutschland bereits beinahe die gesamte landwirtschaftliche Produktion ausmachen.

Der kapitalistische Staat spielt bei alledem die Rolle, die Öffnung für den freien Kapitalverkehr zu organisieren, den Unternehmen durch Subventionen Gewinne zu sichern und dem Finanzkapital über die Staatsverschuldung Zugriff auf den Lohn der ArbeiterInnenklasse von morgen zu geben – denn es ist die ArbeiterInnenklasse, die den allergrößten Teil der Steuerlast trägt. Gleichzeitig sorgt er u.a. als größter „Arbeitgeber“ in Deutschland (öffentlicher Dienst) für gesellschaftliche Stabilität, wobei er von den Kirchen unterstützt wird.

## DER DEUTSCHE IMPERIALISTISCHE STAATSAPPARAT

Der deutsche Staat, den wir in seinen einzelnen Bestandteilen untersucht und auch in Zahlen dargestellt haben, bleibt das unverzichtbare Machtinstrument der deutschen Monopolbourgeoisie.

**Wirtschaftlich** unterstützt und fördert er die Weltmonopole durch Subventionen, Forschung, Ausbildung von Spezialisten, Privatisierung, Industriespionage, Handelskriege, direkte Kriege u.v.m. Während seine unmittelbare wirtschaftliche Betätigung u.a. durch die Privatisierungen zurückgeht, wächst die Herrschaft der Monopole über den Staat. Es zeichnet sich ab, dass der Staat im Zuge der nächsten Krise in eine Staatsschuldenkrise geraten könnte, was starken Einfluss auf die Lebensbedingungen der ArbeiterInnenklasse nach sich ziehen wird, u.a. durch einen möglichen Abbau des Sozialversiche-

rungssystems. Im allgemeinen ist für die nächsten Jahre ein verstärkter Klassenkampf „von oben“ durch den Ausbau der kapitalorientierten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik (Flexibilisierung, Ausbau des Niedriglohnssektors, Abbau der Arbeitsschutzregelungen, Abbau des Mieterschutzes usw.) zu erwarten. Sollten sich die DGB-Gewerkschaften, die faktisch Teil des Staatsapparates sind, hieran mehr oder weniger offen beteiligen, wird dies die Widersprüche zwischen Führung und Basis dort verschärfen.

**Militärisch** findet im Inneren ein Ausbau des Repressionsapparates statt, der eine Stärkung der Polizei, ihre Ausstattung mit militärischen Befugnissen und die Abschaffung weiterer Beschränkungen wie der Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten beinhaltet. Nach außen bereitet sich der Staat heute schon auf die kommenden imperialistischen Zusammenstöße durch einen sprunghaften Anstieg von Militärausgaben zum Umbau der Bundeswehr auf internationale Kriegsfähigkeit vor. Dafür benötigt es einer ideologischen und personellen Offensive, um sowohl die Kriegsbegeisterung der deutschen Bevölkerung zu steigern, als auch neue SoldatInnen zu rekrutieren. Dabei kommt es zu einer engeren Zusammenarbeit auf europäischem Niveau und weiteren europäischen Rüstungsprojekten. Die Europäische Union (EU) nimmt im Kampf um Welthegemonie für den deutschen Imperialismus eine immer bedeutendere Rolle ein.

Auch **ideologisch** kommt dem Staat eine zentrale Rolle zu. Der weitere Ausbau des Repressionsapparats wird die ideologische Krise des Parlamentarismus verschärfen und das Vertrauen der ArbeiterInnenklasse in die etablierten Parteien weiter schrumpfen lassen. Das Entstehen und die Stärkung „neuer“ bürgerlicher Parteien – ähnlich wie Frankreich „En Marche“ – ist dabei möglich, wird die ideologische Krise jedoch nicht langfristig aufhalten. Um sie aus Sicht des Staates zu lösen, ist ein verstärkter Einzug offen chauvinistischer, rassistischer und militaristischer Agitation in die staatlichen Propagandakanäle wahrscheinlich. Daneben wird der Staat durch weitere Unterstützung und Aufbau von faschistischen Organisationen und Bewegungen versuchen, unzufriedene ArbeiterInnen an das kapitalistische System zu binden.

## DIE ARBEITERINNENKLASSE

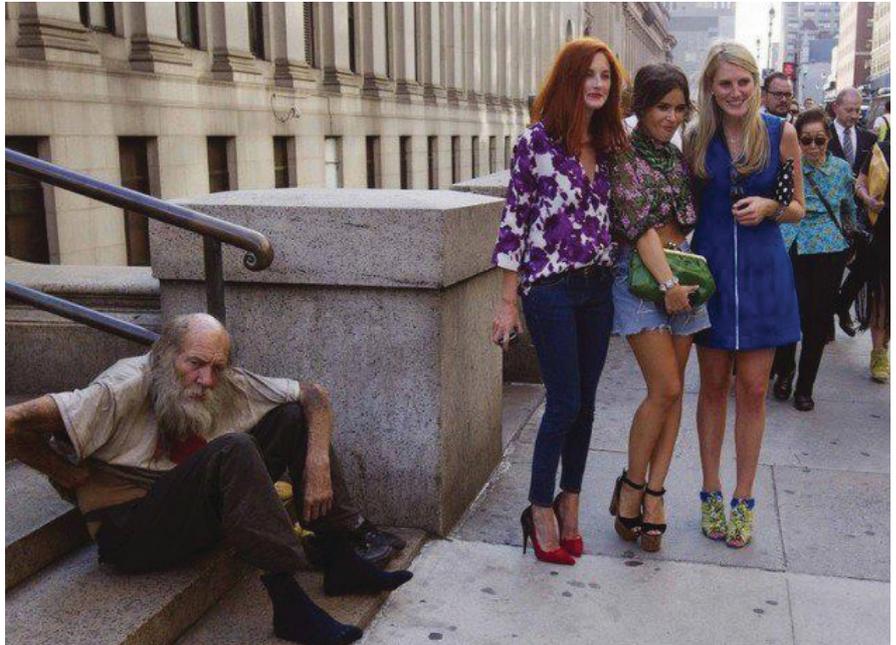
Im Gegensatz zu dem, was die bürgerliche Soziologie mitunter behauptet, ist die ArbeiterInnenklasse heute weder verschwunden noch zahlenmäßig dezimiert. Sowohl weltweit als auch in Bezug auf Deutschland wächst sie sogar. Verbunden mit der

Entwicklung der Technik verändert sich jedoch der Produktionsprozess und damit auch die Erscheinung und Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse: Es gibt einen relativen und absoluten Rückgang des deutschen **Industrieproletariats**, der jedoch keinesfalls so stark ist, wie allgemein propagiert wird. Auch das Märchen von der „Dienstleistungsgesellschaft“ lässt sich leicht widerlegen, da große Bereiche der sogenannten Dienstleistungsjobs zum unmittelbaren Produktionsprozess gehören.

Die ArbeiterInnenklasse ist heute – vor allem durch die immer komplexere Verflechtung verschiedener Arbeitsverhältnisse – stark **ausdifferenziert**, wobei die allgemeine Tendenz bei allen Schichten der ArbeiterInnenklasse sinkende Löhne, flexiblere Arbeitszeiten und schlechtere Lebensbedingungen sind. Der rasante Anstieg atypischer Beschäftigungsverhältnisse – allein die Leiharbeit ist seit 1994 um 1.000% gestiegen! – drückt die Löhne bei den Stammbeschäftigten.

Hinzu kommen **Proletarisierungstendenzen** in kleinbürgerlich geprägten Schichten (Selbständige, Handwerk, Intelligenz), welche die ArbeiterInnenklasse weiter anwachsen lassen. Diese entstehen nicht zuletzt durch die immer weiter voranschreitende kapitalistische Durchdringung aller Wirtschaftsbereiche: Es gibt heute kaum eine Branche, die nicht auf dem Prinzip der Mehrwertproduktion aufgebaut ist. Dazu zählen insbesondere auch große Teile des Bildungs- und Gesundheitssektors und der gesamte Bereich der Reproduktion.

Darüber hinaus kann man feststellen, dass bestimmte Gruppen auf Grundlage von Diskriminierung oder ihrer Stellung im Arbeits- und Produktionsprozess besonders ausgebeutet werden. Dies betrifft zum Beispiel LeiharbeiterInnen oder geringfügig Beschäftigte. Hinzu kommt eine besondere Ausbeutung von MigrantInnen, Jugendlichen, RentnerInnen – und nach wie vor Frauen. Die Einbeziehung von Frauen in die Arbeitswelt ist heute größtenteils immer noch auf den Zuverdienst beschränkt, womit die Abhängigkeit von den Männern ständig reproduziert wird. 80 Prozent der Teilzeitjobs werden heute von Frauen ausgeübt. Mangels Möglichkeiten, in solchen Beschäftigungsverhältnissen in die Rentenkasse einzuzahlen, stehen Frauen vielfach vor der Perspektive der Altersarmut.



*Armut und Reichtum sind Produkt des Kapitalismus*

## DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

Die dargelegten Ergebnisse umfassen das, was wir als Bestandsaufnahme von Fakten zur gesellschaftlichen Realität in Deutschland und notwendige Grundlagenarbeit für die Klassenanalyse ansehen. In den folgenden Ausgaben der Zeitung „Kommunismus“ werden weitere Artikel, etwa zur besonderen ökonomischen Ausbeutung und patriarchalen Unterdrückung der Frau, zur deutschen Geopolitik und der Rolle des deutschen Imperialismus im internationalen Weltgeschehen erscheinen und die hier veröffentlichten Texte ergänzen.

In einem nächsten Schritt wollen wir dann diese gesellschaftliche Realität mit dem historischen Materialismus, das heißt den Bewegungsgesetzen der Gesellschaft zusammenbringen und die notwendigen Schlussfolgerungen für die kommunistische Arbeit im 21. Jahrhundert ziehen: Wen müssen wir organisieren? Was sind die strategischen Schwerpunkte? Wogegen müssen wir kämpfen? Wo fangen wir an?

Wir hoffen, dass wir mit diesen Beiträgen den Aufschlag zu einer lebhaften Diskussion leisten, in der wir unsere Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland weiter verfeinern!

Redaktion  
**KOMMUNISMUS** ★



# DIE STRUKTUR DES KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND

**W**enn wir ernsthaft über den Sturz des Kapitalismus in Deutschland reden wollen, müssen wir diesen Kapitalismus sehr gut kennen. Wir müssen einschätzen können, welche Zweige der Wirtschaft heute von zentraler Bedeutung für das deutsche Kapital sind und welche an Bedeutung zunehmen werden. Wo ist das Kapital besonders angreifbar? Wo ist die ArbeiterInnenklasse konzentriert, wo wird sie es in Zukunft sein? Gibt es in Deutschland die Bauern noch als eigenständige Klasse? Wie ist das deutsche Finanzkapital international aufgestellt?

Es liegt auf der Hand, dass man über eine Umwälzung von Staat und Wirtschaft und den Aufbau neuer, sozialistischer Produktionsverhältnisse nicht nachzudenken braucht, wenn man zu diesen Fragen nicht zumindest eine Orientierung hat. An dieser Stelle können wir nicht mehr als einen ersten Schritt in diese Richtung leisten. Dabei geht es auch darum, mit den Legenden der bürgerlichen Wissenschaft aufzuräumen: Ist Deutschland z.B. wirklich ein Land des "Mittelstands"? Die Zahlen scheinen auf den ersten Blick dafür zu sprechen: Von den in Deutschland aktiven 2,7 Millionen Unternehmen sind 2,4 Millionen Familienunternehmen<sup>1</sup>. 50 % der Beschäftigten arbeiten hier. Große kapitalistische Monopole gibt es demgegenüber in Deutschland nur einige Dutzend. Wie wir unten ausführen werden, ist ein Großteil der Unternehmen jedoch Teil von Produktionsketten, die unter der Kontrolle der we-

nigen Monopole stehen. Zudem können sich die Familienunternehmen auch dann faktisch in der Hand von Banken und Investmentgesellschaften befinden, wenn formal noch der Patriarch die Geschäfte führt. Das macht die mittlere Bourgeoisie übrigens weder zum Motor der Wirtschaft, wie es ReformistInnen à la Sahra Wagenknecht behaupten, noch zum möglichen Verbündeten gegen das Finanzkapital, wie es die DKP-Theorie der "antimonopolistischen Demokratie" vorsieht.

Nachdem wir im folgenden kurz begrifflich klären wollen, was wir heute überhaupt unter einem "Kapitalisten" verstehen, betrachten wir zunächst die wichtigsten Sektoren der deutschen Wirtschaft. Wir beschreiben den grundlegenden Aufbau moderner internationaler Produktionsketten und schauen uns an, wie die Monopole darüber heutzutage Zusammenhänge von formal unabhängigen Unternehmen kontrollieren. Wir stellen uns die Frage, in welche Richtung sich diese Produktionsketten in Zukunft entwickeln könnten und an welchen Stellen des Produktionsprozesses das Kapital besonders angreifbar sein wird. Wir sehen uns an, welche technologischen Entwicklungen besonderen Einfluss auf Deutschlands Machtposition im kapitalistischen Weltsystem haben werden. Wir werfen einen Blick auf das Verhältnis von Industrie, Logistik und den sogenannten „Dienstleistungen“ und erklären, warum auch große Teile der beiden letztgenannten Sektoren zum industriellen Produktionsprozess gehören – und die Beschäftigten dort zur ArbeiterInnenklasse. Wir widmen uns der Entwicklung des deutschen Finanz-

<sup>1</sup> Demgegenüber gibt es z.B. nur 17.000 Unternehmen, die sich mehrheitlich in öffentlicher Hand befinden. Zahlen aus: <https://www.familienunternehmen.de/de/daten-fakten-zahlen>

kapitals und legen dar. Wir betrachten die Rolle von Mittelstand, Handwerk und Landwirtschaft im deutschen Kapitalismus sowie deren Entwicklungstendenz. Wir widmen uns der ökonomischen Funktion von Staat, Kirche und organisierter Kriminalität. Und am Schluss werfen wir die Frage auf, ob der klassische Betrieb im Kapitalismus verschwindet. Auch hier versuchen wir eine differenzierte Antwort zu geben.

## WIE SIEHT DIE KAPITALISTENKLASSE HEUTE AUS?

**Kapitalist** ist ökonomisch zunächst einmal derjenige, der aufgrund seines Besitzes an Produktionsmitteln von der Ausbeutung der Lohnarbeit anderer lebt, sein Kapital damit beständig vermehrt und auf dieser Grundlage nicht mehr gezwungen ist, selbst produktiv tätig zu sein.

Für die Klassenanalyse ist es jedoch entscheidend, nicht an den ökonomischen Kriterien kleben zu bleiben und die Gesellschaft allein danach statistisch zu sortieren. Die Bourgeoisie als „**herrschende Klasse**“ ist vielmehr auch ein gesellschaftlicher Begriff, der weitaus mehr umfasst als den Besitz an Produktionsmitteln. Innerhalb der Kapitalistenklasse hat sich im Verlauf der Geschichte durch Konzentration und Zentralisation eine Hierarchie herausgebildet, deren wichtigstes Ergebnis zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Übergang zum Monopolkapitalismus, die Entstehung des Finanzkapitals und – wie Lenin beschreibt – die Herrschaft der Finanzoligarchie gewesen ist. Eine Grundlage dieser Entwicklung war die schon von Marx beschriebene Tendenz der Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt über das Kapital. Kapitalist war nun nicht mehr einfach der Fabrikeigentümer, der gleichzeitig als Direktor die Geschäfte führte (auch das gibt es jedoch bis heute). Vielmehr entstand der Typ des Managers, der wie Larry Fink des US-Amerikanischen Fonds Blackrock in heutigen Zeiten Kapitalien von Billionen Euro kontrollieren kann. Diese gehören zwar garnicht ihm, verleihen aber im Gesamtgefüge des kapitalistischen Systems eine ungeheure Machtfülle. Und es entstand als Gegenpol die Schicht der Rentiers, die z.B. Spross eines Zweigs einer deutschen Industriellendynastie sein können, selbst garnicht mehr mitentscheiden, aber auf höchstem Luxusniveau allein vom ihrem Besitz an Aktien und Anleihen, d.h. von der Arbeit anderer Leute leben. Beide Teile gehören zur Klasse der Bourgeoisie. Die **Finanzoligarchie** ist dabei die kleine Schicht an der Spitze, bei der sich die gesellschaftliche Macht konzentriert. Und um den harten

Bourgeoisie-Kern – aus fungierenden Kapitalisten und Rentiers gibt es noch die kleineren Kapitalisten, die Familien- und Startup-Unternehmer, sowie einem ganzen Umfeld aus Nutznießern des Systems, den mittleren Managern mit Karriereoptionen, den Unternehmensberatern, Investmentbankern u. dgl. Während sich die gesellschaftliche Macht ganz oben bei einem immer kleineren Teil der Kapitalisten konzentriert, erreicht diese Klasse als ganze in Deutschland schon eine Größenordnung von ein paar Millionen Menschen (2017 gab es allein 1,3 Millionen Millionäre in Deutschland, Tendenz steigend!). Hinzu kommen dann noch die Staatsfunktionäre, die mit der Kapitalistenklasse verschmolzen sind, die Armeeoffiziere, Gewerkschaftsbesse u.v.m.

Entscheidend für eine korrekte Bestimmung der Machtverhältnisse im modernen Kapitalismus sind also nicht Reichtum und Lebensstandard, sondern die Funktion für das Kapital als „sich selbst verwertendem Wert“. Platt gesagt: Selbst wenn der Manager eines DAX-Konzerns nur einen Facharbeiterlohn empfangen würde, würde das seine Position als führenden Vertreter des deutschen Kapitalismus nicht schmälern. Er wäre genau so Teil der deutschen Bourgeoisie, jedoch ein weitaus zentralerer und mächtigerer Teil als der dritte Großcousin des Düsseldorfers Haniel-Clans, der vielleicht ein Reitgestüt und eine Halle voller Luxusautos besitzt, jedoch kein Stimmrecht in der Familienholding hat.

Mit diesen Überlegungen im Hinterkopf müssen wir also die Machtverhältnisse im heutigen Kapitalismus in ihrer Bewegung und Komplexität erfassen, ohne in Oberflächlichkeit, Schematismus, reines Sammeln von Statistiken o.ä. zu verfallen.

## DAS KLEINBÜRGERTUM

Auch bei der Betrachtung des Kleinbürgertums müssen wir von der Eigentumsfrage, von der Stellung gesellschaftlicher Schichten zu den Produktionsmitteln ausgehen. Unter **Kleinbürgern** verstehen wir zunächst alle Schichten, die weder frei von Eigentum an Produktionsmitteln sind – sonst wären sie ArbeiterInnen –, noch genug davon besitzen, um im obigen Sinne als Kapitalisten zu fungieren. Das einfachste Beispiel hierfür ist der selbständige Warenproduzent, der entweder allein, gemeinsam mit Familienangehörigen oder auch mit ein paar LohnarbeiterInnen seiner Tätigkeit nachgeht, jedenfalls solange er selbst noch produktiv tätig ist. In diese Kategorie fallen heute noch der klassische Handwerksmeister oder im Bereich des Handels der kleine Ladenbesitzer. Ihren ganzen Lebensbedingungen nach fallen diese Schichten zwischen Kapital und

## DIE WICHTIGSTEN SEKTOREN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

ArbeiterInnenklasse: Die Tatsache, dass sie Eigentum besitzen, unterscheidet sie von den ArbeiterInnen, doch der Weg nach oben zu den Kapitalisten ist ihnen realistischerweise versperrt: „*Damit er nur doppelt so gut lebe wie ein gewöhnlicher Arbeiter und die Hälfte des produzierten Mehrwerts in Kapital zurückverwandle, müsste er zugleich mit der Arbeiterzahl das Minimum des vorgeschobenen Kapitals um das Achtfache steigern. Allerdings kann er selbst, gleich seinem Arbeiter unmittelbar Hand im Produktionsprozesse anlegen, aber ist dann auch nur ein Mit-telding zwischen Kapitalist und Arbeiter, ein „kleiner Meister.“*<sup>2</sup> Das Vordringen des Kapitals in alle Bereiche der Wirtschaft vernichtet die Lebensgrundlagen des Kleinbürgertums fortwährend – wie wir unten am Beispiel der Bauern und der Handwerker noch genauer sehen werden. Gleichzeitig macht sich das Kapital die Zwischenstellung der KleinbürgerInnen auch zunutze und reproduziert sie damit: Z.B. mit dem Modell der Franchise-Ketten, bei denen kapitalistische Unternehmen das Risiko des Einzelgeschäfts an Kleinunternehmer auslagern und dafür das Geschäftsmodell stellen (Bsp.: McDonalds Restaurants). Mit einem völligen Aussterben des Kleinbürgertums ist daher nicht zu rechnen.

Hinzu kommt, dass außer den selbständigen und selbst arbeitenden Geschäftsleuten auch innerhalb der Welt der kapitalistischen Unternehmen Zwischenschichten entstehen, die sich weder eindeutig dem Proletariat noch der Bourgeoisie zuordnen lassen. Zu diesem „**modernen Kleinbürgertum**“ kann man Angestellte auf den mittleren Unternehmensebenen zählen, die eine gewisse, begrenzte Verfügungsgewalt über Kapital besitzen, sei es innerhalb des Unternehmens oder aber weil ihr Gehalt hoch genug ist, um Teile davon als Kapital fungieren zu lassen (Bsp.: Aktienbesitz, Immobilien), von denen aber nur der geringste Bruchteil eine Chance hat, in die Liga der kapitalistischen Manager aufzusteigen. Diese Schichten sind Ausdruck davon, dass sich mit der Entwicklung des Kapitalismus die gesellschaftlichen Klassen immer weiter ausdifferenzieren. Für sie gilt, was für das Kleinbürgertum schon immer galt, nämlich dass diese Schichten aufgrund ihrer Lebensbedingungen politisch zwischen Bourgeoisie und Proletariat hin- und herschwanken werden.

Gleichzeitig ist jedoch zu betonen, dass auf der Ebene der Individuen die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse oder Zwischenschicht nicht zwangsläufig darauf schließen lässt, ob dieser Mensch besser oder schlechter für die Revolution gewonnen werden kann.

Deutschland ist ein imperialistisches Land, das über international marktbeherrschende Monopole (im Folgenden: **Weltmonopole**) verfügt. Zu den größten deutschen Weltmonopolen gehören Volkswagen, Daimler, BMW, Allianz, Siemens, Bosch, BASF, Bayer u.a.

Die wichtigsten Industriebranchen bilden der Fahrzeugbau, der Maschinenbau sowie die Chemieindustrie mit einem Umsatz von rund 425 Mrd. Euro (Fahrzeuge und -teile), 252 Mrd. Euro (Maschinen) bzw. 195 Mrd. Euro (chemische Erzeugnisse). Diese Erzeugnisse sind gleichzeitig die wichtigsten Exportgüter Deutschlands (mit Anteilen von rund 18%, 14% bzw. 9% am Gesamtexport 2017).

Die deutsche Industrie gruppiert sich im wesentlichen um diese zentralen Sektoren: Die deutsche Autoindustrie als eine strategische Kernindustrie erwirtschaftet bspw. allein ein Viertel des industriellen Gesamtumsatzes. 7,7% der Wirtschaftsleistung Deutschlands gehen direkt oder indirekt auf die Autoindustrie zurück, an der direkt oder indirekt 1,8 Millionen Arbeitsplätze (= etwa jeder zwanzigste Job) hängen.<sup>3</sup> Die Bedeutung der Autoindustrie für das deutsche Kapital lässt sich auch daran ablesen, dass die Zahl der direkt in dieser Industrie beschäftigten ArbeiterInnen seit 35 Jahren relativ konstant bei ca. 800.000 liegt. Im selben Zeitraum (zwischen 1980 und 2014) ist die Autoproduktion in Deutschland von 4,1 Millionen auf 5,9 Millionen Fahrzeuge angestiegen<sup>4</sup>.

Die dominierende Rolle der Kernindustrien in der deutschen Wirtschaft folgt aus der Art und Weise, wie die Industrieproduktion heutzutage organisiert ist: Der größte Teil der Gesamtindustrie, inklusive der kleineren Unternehmen, hängt heute im Rahmen von Produktionsketten an Weltmonopolen wie VW (Auto), Siemens (Mischkonzern) oder BASF (Chemie). Vor allem mit Blick auf die Autoindustrie wollen wir im folgenden darlegen, wie diese Produktionsketten aussehen.

3 Wem diese Zahlen immer noch klein vorkommen, sollte sich vor Augen führen, dass ein großer Teil der ArbeiterInnenklasse im Kapitalismus immer schon im nicht-industriellen Bereich beschäftigt war. Wie wir weiter unten sehen werden, ist z.B. der Staat heute nach wie vor der größte „Arbeitgeber“ in Deutschland. Zahlen aus: „So abhängig ist Deutschland von der Autoindustrie“, Link: [orange.handelsblatt.com/artikel/31174](http://orange.handelsblatt.com/artikel/31174)

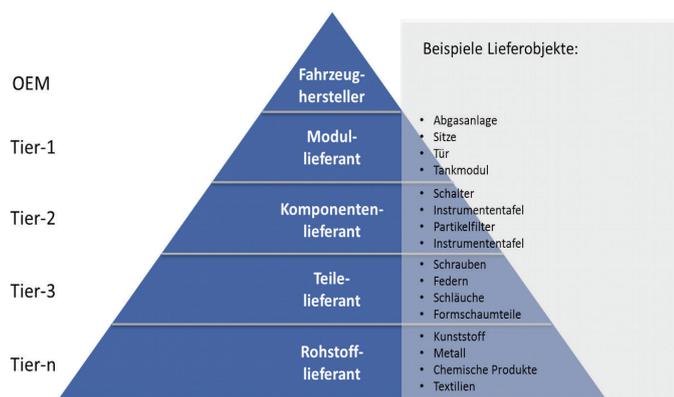
4 Hier könnte jedoch ein Umbruch vor der Tür stehen: Opel Bochum ist bereits dichtgemacht, Ford Köln hat die Nachtschicht abgeschafft und VW hat angekündigt, in den kommenden Jahren 10% Stellen abzubauen. Zahlen im Text aus: Winfried Wolf, „Weltwirtschaftskrise & Krise der Autoindustrie“, Lunapark 21 Extra, Oktober 2009

2 Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 327

# MONOPOLE UND INTERNATIONALE PRODUKTIONSKETTEN

Die Weltmonopole beherrschen heute in aller Regel international organisierte Produktionsketten (Englisch: „supply chains“). Nach Berechnungen der Bundesbank ist der Anteil aus dem Ausland importierter „Vorleistungsgüter“ am Produktionswert in der deutschen Industrie zwischen 1995 und 2014 von knapp 15 auf ca. 24 Prozent gestiegen<sup>5</sup>. Unter Vorleistungsgütern versteht man von anderen Unternehmen bezogene Produktionsmittel, soweit sie zum zirkulierenden Kapital<sup>6</sup> gehören: d.h. Rohstoffe, Vorprodukte usw.)

Die Produktionsketten sind pyramidenförmig organisiert – und bestehen von oben nach unten und nach den gängigen Begrifflichkeiten aus: Original Equipment Manufacturers (OEMs, dt.: „Originalgerätehersteller“) – Global Mega Suppliers – First Tier Suppliers – Second Tier Suppliers (dt.: „Zulieferer erster Stufe, zweiter Stufe“) – usw. [Siehe Bild]



In der Autoindustrie z.B. steht an der Spitze einer solchen Produktionspyramide der Volkswagenkonzern, der neben General Motors und Toyota eines der drei großen Auto-Weltmonopole bildet. Die Volkswagen AG verfügt über drei Industriesparten (PKW – LKW – Power Engineering) und die Sparte Finanzdienstleistungen (Händler- und Kundenfinanzierung, Leasing, Versicherungen, Flottengeschäft). Die Fahrzeugproduktion wird durch Tochterfirmen (die Marken VW, Audi, Seat, Skoda, Bentley, Porsche, Scania, MAN usw.) durchgeführt.

Als OEMs fällt in den Funktionsbereich der Mar-

ken das Design der Modelle, die Vermarktung, die Endmontage sowie die Entwicklung und Herstellung der technologisch anspruchsvollsten Teile (Motoren, Getriebe). 120 Fertigungsstätten des VW-Konzerns (Endfertigung, Komponentenwerke etc.) befinden sich in 20 Ländern Europas und in 11 Ländern Amerikas, Asiens und Afrikas (mit insgesamt 642.000 Beschäftigten). Die nächste Stufe der Produktionskette bilden die großen Zulieferer (Global Mega Suppliers<sup>7</sup>), die häufig selbst internationale Monopole sind. Beispiele in der Autoindustrie wären: Bosch, Schaeffler, Continental, ThyssenKrupp, Delphi. Diese Unternehmen können bezüglich anderer Produkte selbst an der Spitze einer Produktionskette stehen.

Auf die Global Mega Suppliers folgen die First, Second, Third Tier Suppliers, die nach ihrem Grad der Verbindung zum OEM bzw. nach der Technologieintensität der von ihnen hergestellten Komponenten klassifiziert werden (Module – Komponenten – Teile). Häufig gibt es fließende Übergänge. In den oberen Bereichen der Zulieferindustrie konkurrieren mittelständische Unternehmen aus Deutschland, die selbst wiederum weltweite Produktionsstandorte unterhalten können, mit Firmen inner- und außerhalb Europas. Auf der letzten Stufe findet die Produktion von Einzelteilen auf technisch niedrigster Intensitätsstufe statt (Hinterhofproduktion aus aller Welt mit hoher absoluter Mehrwertproduktion).

Der Preisdruck innerhalb der Pyramide nimmt nach unten hin zu: Die Betriebe mit den am wenigsten technologieintensiven Produkten reichen den größten Teil des dort produzierten Mehrwerts nach oben weiter. Dementsprechend nimmt auch die Ausbeutung in Form der Mehrwertrate<sup>8</sup> auf den unteren Stufen der Produktionspyramide zu. Dies gilt insbesondere, wenn Teile mit niedriger technologischer Intensität im Ausland produziert werden.

Für die Monopole, die technologieintensive OEMs sind, dient diese verkettete Organisation der Produktion dazu, die organische Zusammensetzung<sup>9</sup>

5 „Zu den Auswirkungen der Internationalisierung deutscher Unternehmen auf die inländische Investitionstätigkeit“, Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Januar 2018

6 „Zirkulierendes Kapital heißt jener Teil des produktiven Kapitals, dessen Wert auf die Ware im Verlaufe einer Produktionsperiode vollständig übertragen wird und bei der Realisierung der Ware wieder ganz in Geldform zum Kapitalisten zurückkehrt (mit Einschluß des Mehrwerts).“ (Lehrbuch der politischen Ökonomie, Dietz 1955, S. 175)

7 Die Global Mega Suppliers werden in der ökonomischen Literatur auch häufig einfach zu den First-Tier Suppliers gezählt.

8 „Die Mehrwertrate ist das in einem Prozentsatz ausgedrückte Verhältnis des Mehrwerts zum variablen Kapital. Die Mehrwertrate zeigt, in welcher Proportion sich die vom Arbeiter aufgewandte Arbeit in die notwendige und die Mehrarbeit teilt, mit anderen Worten, welchen Teil des Arbeitstages der Proletarier arbeitet, um den Wert seiner Arbeitskraft zu ersetzen und welchen Teil des Arbeitstages er unentgeltlich für den Kapitalisten arbeitet.“ (Lehrbuch der politischen Ökonomie, S. 131 f.)

9 „Das Verhältnis zwischen dem konstanten und dem variablen Kapital, soweit es durch das Verhältnis zwischen der Masse der Produktionsmittel und der lebendigen Arbeitskraft bestimmt wird, heißt organische Zusammensetzung des Kapitals. Nehmen wir als Beispiel ein Kapital von 100.000 Pfund Sterling. 80.000 Pfund Sterling aus dieser Summe sollen für Gebäude, Maschinen, Rohstoffe, usw. und 20.000 Pfund Sterling für Löhne

des Produktionsprozesses insgesamt zu senken und damit dem dem tendenziellen Fall der Profitrate<sup>10</sup> entgegenzuwirken<sup>11</sup>. Darüber hinaus senkt sie die Umschlagszeit des Kapitals.<sup>12</sup>

## DIE INTERNATIONALE PRODUKTION

Die Umstrukturierung der Industrie hin zur vertikalen Desintegration (Bildung spezialisierter Kapitale, bei denen Teile der Produktion juristisch nicht mehr Teil des OEM-Monopols sind) und zum Aufbau internationaler Produktionsketten begann in den 1980er Jahren. Sie wurde begleitet und ermöglicht durch die neoliberale Reform des Welthandels (Abbau von Zollschränken usw.) und die Einführung der ursprünglich aus Japan stammenden lean production Methoden.

Früher hat die Tendenz zur verstärkten Zentralisation des Kapitals während der Aufschwungphasen des Konjunkturzyklus eher die Form der Bildung von Konglomeraten (branchenübergreifender Zusammenschlüsse) angenommen. Seit den 1980er Jahren finden wir stattdessen die Tendenz zur **Spezialisierung** und zur Zentralisation innerhalb spezialisierter Bereiche<sup>13</sup>: Z.B. finden heute die Übernahmeschlachten und die Monopolisierung häufig innerhalb der verschiedenen Ebenen der Produktionspyramide und weniger „von oben nach unten“ statt. Beispiel: Es sind eher Zulieferfirmen, die andere Zulieferfirmen übernehmen statt dem Automonopol an der Spitze der Produktionspyramide (dies ist jedoch nur eine Momentaufnahme und kein allgemeines Gesetz). Es ist heute ebenso üblich, dass auch mittelständische Unternehmen wie Teileproduzenten oder Werkzeugfabriken andere Firmen über-

nehmen, Produktionsstandorte im Ausland aufbauen usw. Mit anderen Worten: Man greift zu kurz, wenn man nur behauptet, die „Großen“ würden die „Kleinen“ schlucken. Letzterer Punkt zeigt folgendes:

1. Die **Monopolbildung** ist eine Tendenz des Kapitals als solchem und nicht nur des führenden Teils der Kapitalisten. Die Monopolisierung der Nischengebiete der industriellen Produktion mit internationaler Expansion auch der mittelgroßen Firmen zeigt, dass der Begriff „nicht-monopolistische Bourgeoisie“ für den Mittelstand die Zustände nicht mehr adäquat beschreibt.

2. Trotzdem bestehen zwischen den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie nicht bloß quantitative Unterschiede, sondern Herrschaftsbeziehungen: Die Pyramidenstruktur der globalen Produktionsnetze beschreibt auch die **Hierarchie innerhalb der Bourgeoisie**. Die Spitze der Pyramide (Finanzoligarchie) ist der Teil der Kapitalisten, denen der gesamte Rest der Gesellschaft, inklusive der unteren Pyramidenstufen, tributpflichtig ist (wobei diese Beziehungen natürlich einer ungleichmäßigen Entwicklung unterliegen). Die Zulieferunternehmen, die selbst Monopole in ihrem Geschäftsfeld sein können, sind vollständig von den Monopolen an der Spitze der Kette abhängig, bekommen von ihnen Preise und Lieferbedingungen diktiert. Der Produktionsverband als Ganzes steht also unter der Kontrolle des Unternehmens an der Spitze, bildet faktisch ein kombiniertes „Über-Unternehmen“, dessen einzelne Bestandteile jedoch juristisch unabhängig sind. Die Tendenz zur Entflechtung und Spezialisierung ist also eine Formveränderung gegenüber den „kombinierten Unternehmen“, die Lenin 1916 in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ als kennzeichnendes Merkmal des damaligen Kapitalismus beschreibt. Der ökonomische Inhalt bleibt jedoch derselbe: Die Monopole beherrschen Riesenunternehmen, die jedoch aus juristisch unabhängigen Komponenten bestehen.

3. Diese Formveränderung führt jedoch zur Entwicklung der **Widersprüche innerhalb der „Über-Unternehmen“**, was die Störanfälligkeit des Produktionsprozesses erhöht: Sind die Zulieferunternehmen nicht bloß ein Unternehmenszweig des Weltmonopols, sondern existieren in der Form eigenständiger Kapitale, sind sie bestrebt, ihren eigenen Mehrwertanteil gegenüber dem Weltmonopol zu erhöhen. Die Just-in-Time-Produktion und der heute übliche Verzicht auf die Anlage von Teilelagern verleiht ihnen zumindest eine kurzfristige Produktionsmacht: Im Jahr 2016 stoppten zwei sächsische Automobilzulieferer der Unternehmensgruppe

---

aufgewandt werden. Dann ist die organische Zusammensetzung des Kapitals  $80c : 20v$  oder  $4 : 1$ . (...) Mit der Akkumulation des Kapitals wächst die organische Zusammensetzung des Kapitals.“ (Lehrbuch der politischen Ökonomie, S. 160 f.)

- 10 Die Profitrate ist das in Prozenten ausgedrückte Verhältnis des Mehrwerts zu dem vorgeschossenen Gesamtkapital. Wenn zum Beispiel das gesamte vorgeschossene Kapital 200.000 Dollar beträgt und der Jahresprofit 40.000 Dollar, so ist die Profitrate  $40.000/200.000 \cdot 100$  oder 20 %.“ (Lehrbuch der politischen Ökonomie, S. 180)
- 11 vgl. „The stage of imperialist globalization“, Red Dawn 14, Oktober 2017, Internationales theoretisches Organ der MLKP
- 12 Umschlag des Kapitals heißt sein Kreislauf, betrachtet nicht als einmaliger Vorgang, sondern als periodisch sich erneuernder und wiederholender Prozess. Die Umschlagszeit des Kapitals ist die Summe seiner Produktions- und Umlaufzeit. Mit anderen Worten, die Umschlagszeit ist der Zeitabschnitt von dem Augenblick des Vorschusses des Kapitals in einer bestimmten Form bis zu dem Augenblick, da das Kapital zu dem Kapitalisten in derselben Form, doch um die Höhe des Mehrwerts gewachsen, zurückkehrt.“ (Lehrbuch der politischen Ökonomie, S. 174)
- 13 vgl. Kim Moody, „On new terrain – How capital is reshaping the battleground of class war“, Haymarket (2017)

Prevent wegen eines Streits um Schadenersatzzahlungen die Lieferung von Getriebeteilen und Sitzbezügen an VW. Die Produktion in mehreren VW-Werken musste daraufhin zeitweise stillgelegt werden. Am Ende wurde Prevent per Gericht zur Wiederaufnahme der Produktion gezwungen. Kurz darauf kündigte VW die Lieferverträge mit drei Prevent-Tochterunternehmen. Die Folgen bezahlten schließlich die Beschäftigten in den sächsischen Standorten mit Kurzarbeit und Entlassungen.

In Hinblick auf die Machtverhältnisse zwischen den Monopolgruppen, aber auch zwischen Kapitalisten und ArbeiterInnenklasse werden mit der Weiterentwicklung der Produktionsketten voraussichtlich zwei Tendenzen an Bedeutung gewinnen: 1. Die Produktionsketten hängen empfindlich vom Funktionieren des **Logistiksektors** ab (Just-in-time-Produktion, Vermeidung von Lagerkosten). Der Logistikbereich wächst dementsprechend in allen kapitalistischen Ländern bzgl. der Beschäftigtenzahlen (s.u.). Zahlreiche Funktionen aus der Logistik sind Teil des international organisierten Produktionsprozesses. Die Logistik wird damit, zusammengekommen mit der Tendenz zur Konzentration von Niedriglohnarbeit in diesem Bereich, aber auch zum "wunden Punkt" des Produktionsprozesses.

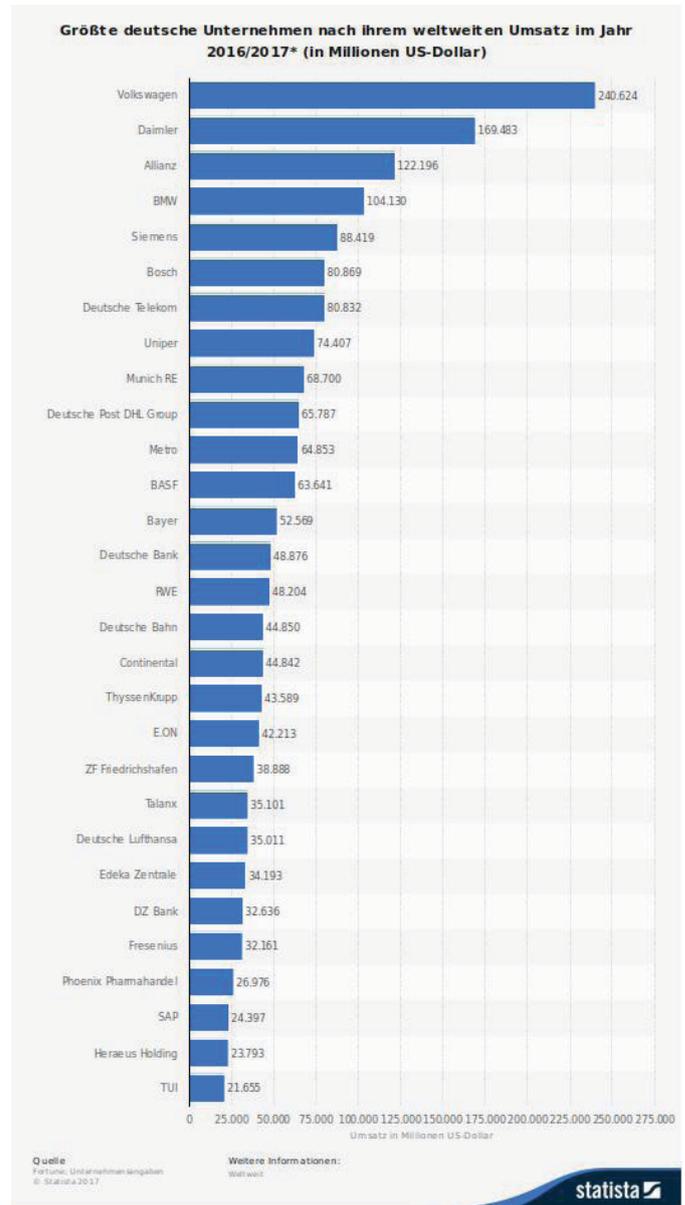
2. Die Entwicklung geht in Richtung der **Digitalisierung** der Produktionsketten: Das "Internet der Dinge" wird den Kapitalumschlag weiter beschleunigen: Wer die technologische Führerschaft bei Computern, 5G-Netzen, künstlicher Intelligenz, Blockchain etc. innehat, kontrolliert in Zukunft das Funktionieren der Produktionsketten. Das ist bislang eine Schwachstelle des deutschen Kapitalismus gegenüber internationalen Konkurrenten. Aktuell versucht z.B. Bosch, hier Land zu gewinnen<sup>14</sup>. Hinzu kommt: Weitere Teile der Telekommunikation und Programmierung werden im Zuge dieser Entwicklung zum Bestandteil des unmittelbaren Produktionsprozesses mit der entsprechenden Macht über den Produktionsprozess bei den in diesen Bereichen Beschäftigten.

## DEUTSCHE MONOPOLE IN DER WELTWIRTSCHAFT

In der Weltwirtschaft bildeten die Industriesektoren Öl – Autoindustrie – Flugzeugbau (– Rüstung) in den vergangenen Jahrzehnten einen vorherrschenden Gesamtkomplex<sup>15</sup>, von dem

14 vgl. Handelsblatt v. 25.03.18: "Wie sich Bosch als IT-Konzern neu erfindet"

15 Etwa 50-60 Prozent des addierten Umsatzes der 100 größten Konzerne der Welt entfielen mit Stand 2009 auf Ölförderung,



wiederum andere Sektoren (Maschinenbau, Chemieindustrie) abhängen. Eine Reihe von deutschen Industriemonopolen konnte sich in diesem Gesamtkomplex als Weltmonopole etablieren. Ein Verschwinden des wichtigsten kapitalistischen Konsumguts "Auto" zu erwarten wäre abwegig und entspricht auch nicht der steigenden Produktionsentwicklung. Wohl aber bereiten sich Branche und Staaten auf die Ablösung von Öl und Gas als Hauptenergiequelle und den Umstieg der Autoproduktion auf Elektro- und Hybridautos vor. Das ist nicht zuletzt ein Ausweg aus der sich verschärfenden strukturellen Absatzkrise: Irgendwann sind auch die Märkte in China und Indien übersättigt, während die PKW-Dichten in den westlichen Ländern bereits seit vielen Jahren absurd hoch sind. Gleichzeitig rücken Technologiekonzerne (Google, Apple, Samsung) in die Top 20 der weltweit umsatzstärksten Unternehmen vor.<sup>16</sup>

Ölverarbeitung, Autoindustrie und Flugzeugbau. (W.Wolf)

16 Fortune Global 500 aus 2016: 1. Walmart (Handel, USA), 2. State Grid (Netzbetreiber, China), 3. Google (Software, USA), 4.

Die Folgen dieser Entwicklung lassen sich wie folgt abschätzen:

1. Die Bedeutung neuer, technologisch hochwertiger Massenkonsumgüter (z.B. Computer, Smartphones) nimmt relativ zu.

2. Das Geschäft mit Daten wird zum strategischen Sektor und Ausgangspunkt für die Weltmonopole der Zukunft<sup>17</sup>

3. Auf dieser Grundlage entwickelt sich die nächste technologische Stufe der Industrieproduktion, die durch digitale Vernetzung und die Anwendung künstlicher Intelligenz geprägt sein wird.

Ein Beispiel für den Umfang des technologischen Umbruchs ist das Elektroauto, das eben nicht nur einen anderen Antrieb haben wird, sondern in Zukunft autonom fahren, mit anderen Autos kommunizieren und – vor allem – jede Menge Daten sammeln wird.

Beide Entwicklungstendenzen – die Produktion von Elektro- statt Benzinfahrzeugen und die wachsende Bedeutung der Technologiekonzerne – kündigen eine Verschiebung bei den weltweiten industriellen Kernsektoren an, nämlich hin zum mutmaßlich vorherrschenden Gesamtkomplex, der grob bestehen könnte aus: Batterieproduktion – Technologie – Elektroautos – Flugzeugbau (– Rüstung).

Für die Rolle Deutschlands im Weltkapitalismus wird es entscheidend sein, ob die deutschen Weltmonopole ihre Position in diesem sich verändernden Gesamtkomplex aufrechterhalten können. Der Kampf darum mit den USA, China und Japan tobt derzeit sehr heftig.

## ZUM VERHÄLTNIS ZWISCHEN INDUSTRIE UND DIENSTLEISTUNGEN

Die bürgerliche Unterteilung der Wirtschaftssektoren in einen Rohstoffe produzierenden (primären), industriellen (sekundären) und „Dienstleistungs-“ (tertiären) Sektor arbeitet sich an oberflächlichen Erscheinungen ab und ist für ein Verständnis des Wesens der Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft ungeeignet. Sie unterscheidet Industrie und Dienstleistungssektor z.B. vor allem danach, ob materielle oder immaterielle Güter produziert werden. Dies ist aber für die Funktion des jeweiligen Wirtschaftszweiges im Kapitalismus gar nicht entscheidend.

---

Sinopec (Öl und Gas, China), 5. Royal Dutch Shell (Öl und Gas, Niederlande), 6. ExxonMobil (Öl und Gas, USA), 7. Volkswagen (Auto, Deutschland), 8. Toyota (Auto, Japan), 9. Apple (Technologie, USA), 10. BP (Öl und Gas, UK), ..., 13. Samsung (Technologie, Südkorea)]

17 Das bedeutet nicht, dass das Öl völlig an Bedeutung verlieren wird. Neben seiner Funktion u.a. für die Chemieindustrie wurde in der Batterieproduktion noch lange keine vergleichbare Energiedichte wie beim Öl erreicht

Aus marxistischer Sicht ist es für den **Warencharakter eines Produktes** unerheblich, ob es sich um ein Ding handelt, das man sehen und anfassen kann, oder ob Produktion und Benutzung zeitlich zusammenfallen (wie z.B. bei einer Taxifahrt oder einem Haarschnitt beim Friseur). Entscheidend ist, dass die Produktion zur Befriedigung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses geschieht – und nicht für den Privatgebrauch (wie z.B. bei den Kräutern, die jemand im Garten für den eigenen Bedarf anbaut). Der Wert einer Ware ist ein gesellschaftliches Verhältnis, das die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Herstellung der Ware in Relation zur gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit setzt. Kapital und Mehrwert sind ebenfalls gesellschaftliche Verhältnisse: Mehrwert wird überall dort produziert, wo Menschen in einem Lohnarbeitsverhältnis Waren herstellen, d.h. keine Produktionsmittel besitzen außer ihrer Arbeitskraft, diese an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen und im Verlauf ihres Arbeitstages einen größeren Wert als den ihrer Arbeitskraft herstellen. Hier ist es ebenfalls egal, ob die Lohnarbeit in einem Industriebetrieb oder Friseursalon stattfindet.

Für die Funktionsweise des kapitalistischen Systems müssen die Wirtschaftsbereiche, in denen Mehrwert und damit Wert produziert werden, von denjenigen unterschieden werden, in denen ein bereits produzierter Mehrwert lediglich realisiert wird. Dies ist z.B. der Fall im Handel. Handelskapital fungiert in der sogenannten **Zirkulationssphäre**: Wenn der Industriekapitalist seinen Mehrwert selbst durch Verkauf realisieren wollte, müsste er Läden aufbauen, Personal dafür einstellen, den Transport selbst organisieren usw. Er müsste also sein investiertes Kapital vergrößern. Stattdessen verkauft er seine Ware an einen Handelskapitalisten, der sie an die KonsumentInnen weiterleitet. Ist die Ware beim Handelskapitalisten, hat der Industriekapitalist sie für sich in neues Geldkapital verwandelt und braucht sich um nichts mehr zu kümmern. Hierdurch beschleunigt der industrielle Kapitalist den Umschlag seines Kapitals und erhöht damit seinen Profit pro Zeit. Dafür tritt er dem Handelskapitalisten jedoch einen Teil seines Mehrwerts ab. Der Profit des Handelskapitalisten entsteht also nicht im Handel, sondern stammt aus der industriellen Produktion. Die Beschäftigten des Handelskapitalisten schaffen selbst keinen Wert und keinen Mehrwert: Vielmehr arbeiten sie einen Teil des Arbeitstages für sich und verhelfen dem Handelskapitalisten während des anderen Teils des Arbeitstages zu einem Anteil des Mehrwerts, der in der Industrie geschaffen wurde. (z.B. die Arbeit von SupermarktverkäuferInnen.)



### *Auch in der Pflege findet Mehrwertproduktion statt*

Ähnlich verhält es sich im **Finanzsektor**: Banken sammeln das Geldkapital ein, das ansonsten bei Kapitalist A brachliegen würde, und verleihen es an Kapitalist B, der Investitionen tätigen muss, aber gerade nicht über die entsprechende Menge an Geldkapital verfügt. Dafür kassieren sie Zinsen von B, die aus dem Mehrwert stammen, den die von ihm beschäftigten LohnarbeiterInnen produzieren. Bankangestellte produzieren keinen Mehrwert, sondern verhelfen dem Bankkapitalisten während eines Teils ihres Arbeitstages zu einem Teil des Mehrwerts, der woanders produziert wurde.

Die wirtschaftlichen Tätigkeiten kann man also danach unterscheiden, ob sie innerhalb oder außerhalb der Sphäre der Produktion (im Sinne der Produktion von Werten) stattfinden: Transportarbeit gehört bspw. zur Produktion und schafft Wert, wenn ein industrielles Vorprodukt von Fabrik A zu Fabrik B derselben Produktionskette verbracht wird. Sie gehört zur Zirkulation und schafft keinen neuen Wert, wenn ein fertiges Produkt zum Konsumenten geliefert wird. Beide Sphären können sich innerhalb derselben Tätigkeit mischen, z.B. wenn ein/e LagerarbeiterIn an einem UPS-Stützpunkt in derselben Schicht sowohl Amazon-Lieferungen an den Endverbraucher als auch Industrieteile verlädt.

Das bedeutet, dass die bürgerlichen Statistiken zur Entwicklung der Beschäftigung in Industrie- und Dienstleistungssektor wenig darüber aussagen, 1. wie groß die ArbeiterInnenklasse heute tatsächlich ist und 2. wie sie sich auf die Bereiche der Produktion und Zirkulation verteilt. Sie sollen stattdessen das Märchen verbreiten, die Produktion spiele nur noch

eine untergeordnete Rolle und hätte ihre Bedeutung an den Dienstleistungssektor abgetreten.

Offiziell heißt es z.B., dass die Beschäftigung im produzierende Gewerbe gegenüber den „Dienstleistungen“ massiv zurückgegangen ist (heute in Deutschland: 24,2% gegenüber 74,4%). Dagegen muss man einwenden:

1. gehören Teile dieser „Dienstleistungen“ tatsächlich unmittelbar und mittelbar zum industriellen Produktionsprozess. Dazu gehört z.B. der besonders stark gewachsene Bereich der Instandhaltung des (ebenfalls wachsenden) fixen Kapitals (Reinigung, IT, Telekommunikation usw.) Auch die Zahl der Beschäftigten in der Logistik, die sowohl zur Produktion als auch zur Zirkulation zählt, ist gestiegen (nämlich um 17 % zwischen 2005 und 2015, wobei hier auch leitende Bürotätigkeiten mitgezählt wurden).

2. wird auch in vielen Bereichen der „Dienstleistungen“, die nicht zur Industrie zählen, Mehrwert produziert. Dazu gehören eben all jene Tätigkeiten, die gesellschaftliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigen, im Rahmen von Lohnarbeit ausgeführt werden und weder zur Zirkulation noch zum Finanzwesen gehören, z.B. Taxi- und Überfahrer, Pflegeberufe u.v.m. Insbesondere zählen hierzu alle Bereiche, in denen Reproduktionstätigkeiten, die früher unentgeltlich von Frauen zu Hause erledigt wurden, zu Waren gemacht worden sind (z.B. Kinderbetreuung und Pflege). Auch dieser Bereich ist bei den „Dienstleistungen“ stark gewachsen.

3. ist es für die Zugehörigkeit zur ArbeiterInnenklasse unerheblich, ob die Lohntätigkeit in der Sphäre der Produktion oder der Zirkulation angesiedelt

ist. Die Lohnarbeit der Supermarktverkäuferin wird ebenso ausgebeutet wie die des Industriearbeiters oder der Bankangestellten, sofern keine/r von den dreien eigene Produktionsmittel besitzt und nur vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an einen Kapitalisten lebt. Von ihnen zu unterscheiden ist die Taxifahrerin, die ihren eigenen Wagen fährt oder der Nachhilfelehrer, der auf eigene Rechnung, nicht für ein Plattformunternehmen im Internet arbeitet. Letztere würden, ebenso wie der Kioskbesitzer, zum Kleinbürgertum zählen.

## DAS FINANZKAPITAL

Hier besteht dieselbe Tendenz wie bei den Industriemonopolen: Die Form der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital ändert sich in Richtung einer formellen Entflechtung, während sich bezüglich der realen Machtverhältnisse die Tendenz zur Konzentration der Macht über nahezu das gesamte Kapital bei der Finanzoligarchie fortsetzt.

Bis Ende der 1990er Jahre hatte die klassische "Deutschland AG" mit hoher innerdeutscher Kapitalverflechtung und den "Multi-Aufsichtsräten" Bestand. [Bild 1] Sie wurde seit 2001 durch staatlichen Eingriff (Einführung der steuerfreien Veräußerung von Beteiligungsgewinnen) entflochten, da sonst ein internationaler Konkurrenznachteil auf den Finanzmärkten bestanden hätte. [Bild 2]

Das Ziel der Entflechtung war es also, internationales Kapital anzuziehen: Seither hat eine Internationalisierung der DAX-Konzerne stattgefunden, d.h. der Auslandsanteil beim Aktienbesitz hat sich erhöht (heute durchschnittlich 57 % bei 22 DAX-Konzernen, die Daten hierüber bereitstellen).

Aktiengesellschaften sind heute überwiegend in Streubesitz. Die größten Anteile halten Vermögensverwaltungen, ausländische Staatsfonds, Pensions-

kassen etc., deren Bedeutung an den Finanzmärkten seit der Krise 2007/2008 massiv zugenommen hat (da Banken seither stärker reguliert werden, Vermögensverwaltungen jedoch nicht). Es haben sich an den internationalen Finanzmärkten "Schlachtschiffe", vor allem aus den USA entwickelt, die Kapital mit einem Volumen von mehreren Billionen Dollar kontrollieren. Das ist die Größenordnung der Bruttoinlandsprodukte ganzer Volkswirtschaften.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Kontrolle über die deutschen Monopole heute im wesentlichen im Ausland läge. Bei vielen Monopolen gibt es in aller Regel weiterhin „Ankeraktionäre“, welche die Kontrolle behalten: Z.B. bei Volkswagen: Familie Porsche und das Land Niedersachsen. Katar kassiert mit und kann mitreden, kontrolliert VW aber nicht.

Während Deutschland bei den Industriemonopolen weiterhin international führende Positionen einnimmt, haben die europäischen **Finanzmonopole** seit der letzten Wirtschaftskrise an internationaler Bedeutung eingebüßt. Die Konkurrenzfähigkeit der Deutschen Bank als größtem deutschen Bankmonopol gilt seit Jahren als akut bedroht. Große Vermögensverwaltungen oder Pensionskassen, die sich auf dem Niveau der entsprechenden Gesellschaften aus den USA und anderen Ländern bewegen würden, besitzt Deutschland bislang nicht. Es ist jedoch in der Diskussion, solche Monopole mit staatlicher Hilfe aufzubauen. Lediglich bei den Versicherungen steht die Allianz bezüglich ihrer Bilanzsumme international auf Platz zwei, hinter dem französischen Konkurrenten Axa<sup>18</sup>.

## MITTELSTAND UND HANDWERK

Ist von „Mittelstand“ und „Handwerk“ die Rede, ist erst einmal Vorsicht bei den Begrifflichkeiten geboten: Nach offiziellem Sprachgebrauch bezeichnet „**Mittelstand**“ die „Einheit von Eigentum und Lei-

BILD 1

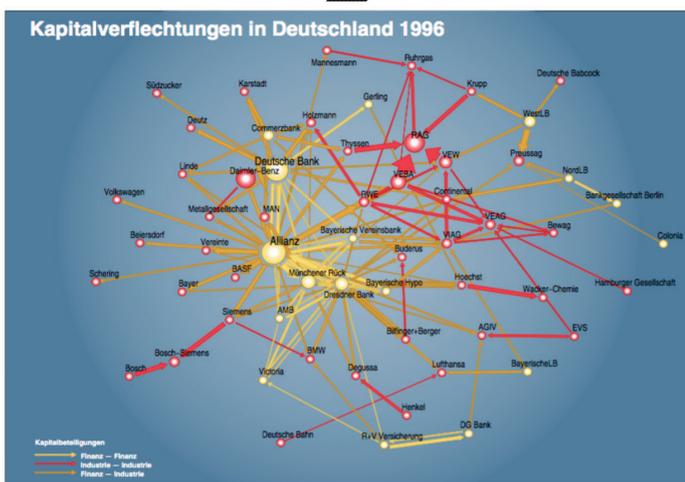
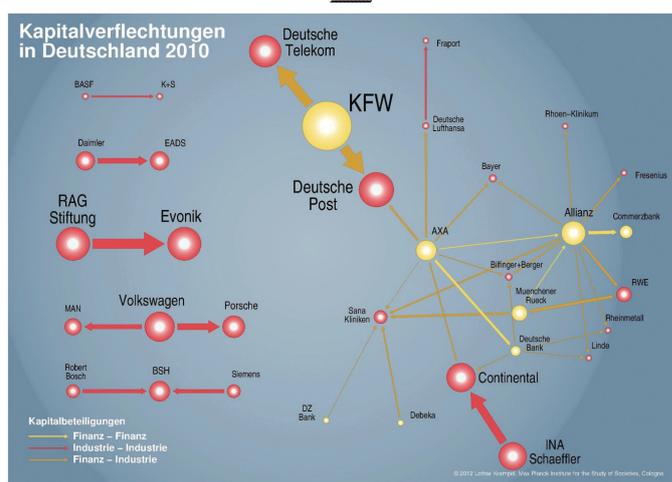


BILD 2



nung“, wird also als Synonym für Familienunternehmen gebraucht. Dazu zählt aber z.B. das Weltmonopol Volkswagen ebenso wie der Solo-Selbständige.

Ähnlich ist es beim Handwerk: Die Zugehörigkeit zum Handwerk ergibt sich daraus, dass die Tätigkeit des Unternehmens unter die Handwerksordnung fällt. Dementsprechend sind die größten Handwerksunternehmen (Stand 2012): Fielmann, Auto-Teile-Unger, Mercedes-Benz-Vertrieb, BMW-Niederlassungen, Volkswagen Retail, Klüh Gebäudereinigung etc.

Die bürgerliche Darstellung der angeblich zentralen Rolle von Mittelstand und Handwerk für die deutsche Wirtschaft ist eine wichtige politische Erzählung, die Stabilität und Abgrenzung vom „Wild-West“-Kapitalismus vermittelt. Die Fortexistenz und Verbreitung von kleinen und mittelgroßen Familienbetrieben in Deutschland konserviert zudem zünftlerisch-patriarchalische Traditionen, die die LohnarbeiterInnen an den eigenen Betrieb binden, sowie die aus dem Feudalismus stammende lokale Borniertheit („Kirchturm“-Perspektive). In dieses scheinbare Idyll des rheinischen Kapitalismus konnten in der Geschichte auch schon mehrfach Generationen von ArbeitsmigrantInnen integriert werden.

Was steckt aber tatsächlich dahinter? Ökonomisch existieren **kleine und mittlere Unternehmen** im Zuge der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und globaler Produktionsketten vor allem fort, insofern es ihnen gelingt, sich als Hersteller hochspezialisierter Produkte eine Stellung in diesen Produktionsketten zu erkämpfen (Spezialmaschinen, Spezialschrauben, Spezialbleche usw.). Ihre Existenz ist damit verknüpft mit der technologischen Führerschaft Deutschlands und dem Erfolg der deutschen Weltmonopole. Letztlich besteht aber auch hier der Zwang zu Konzentration und Zentralisation und die Tendenz zur Monopolbildung. Hinter der häufig noch familiengeführten Struktur der Unternehmen steht dementsprechend immer häufiger eine Beteiligung und Finanzierung durch Banken und Investmentgesellschaften, ohne welche die Konzentration und Zentralisation dieser Kapitale nicht möglich wäre. Und: Wie oben gesehen, sind sie faktisch nur Bestandteile größerer „Über“-Unternehmen unter der Kontrolle der großen Industrie-Weltmonopole. Es ist also das Finanzkapital, das hier in letzter Instanz die Kontrolle hat. Die „Idylle“ des vom Patriarchen geführten Familienunternehmens ist damit Fassade.

Bezüglich des **Handwerks** setzt sich auch hier die Tendenz zur Konzentration und Zentralisation durch, jedoch regional und branchenabhängig teil-

weise stark verzögert. Historisch ist der Handwerksmarkt durch Innungen und Handwerkskammern stark reglementiert. Handwerkskammern kontrollieren die Ausbildung und die Vergabe von Meisterbriefen und damit das Recht, Betriebe zu gründen. Damit ist die freie Konkurrenz in diesem Bereich unterbunden. Mit der Handwerksnovelle von 2004 wurde der Meisterzwang jedoch in 53 Handwerksberufen aufgehoben, sodass dort eine „normale“ kapitalistische Entwicklung stattfinden konnte: Die Zahl der Betriebsneugründungen ging zunächst nach oben (die Zahl der Handwerksbetriebe ist seit 1997 von 840.000 auf ca. 1.000.000 angewachsen). Dann setzt die Tendenz zur Konzentration und Zentralisation ein. Heute gibt es z.B. eine fortgeschrittene Monopolisierung bei KfZ-Werkstätten in Form von Retail und Niederlassungen, bei Gebäudereinigungsunternehmen und Bäckereien – während die Betriebszahl beim typischen Dorf-/Stadtteilhandwerk Fliesenleger, Maler/Tapezierer etc. konstant geblieben ist.

Dort, wo die Konzentration und Zentralisation wenig ausgeprägt ist, liegt das vor allem daran, dass die Struktur der jeweiligen Dienstleistung und die Zersplitterung der Märkte ein Eindringen großer Kapitale bislang nicht rentabel machen. Das gilt vor allem für die oben genannten häuslichen Dienstleistungen: Fliesenleger, Maler etc. Diese Betriebsstrukturen mit sehr niedriger organischer Zusammensetzung, in denen kaum Skaleneffekte ausgenutzt werden können, machen es für große Kapitale unrentabel, hier reinzugehen. Hier macht es mehr Sinn, das unternehmerische Risiko und unproduktive Arbeit, Bürokratie, fixes Kapital in Form von betrieblichen Räumlichkeiten, etc. auf kleine Betriebe auszulagern und den produzierten Wert lieber über den Großhandel und Kredite abzugreifen. Mit dem allgemeinen Absinken der Profitrate sinkt die Bedeutung derartiger hemmender Faktoren jedoch und das Kapital dringt in Bereiche ein, die bisher unrentabel waren.

Die relative Stabilität der mittelständischen Unternehmensstruktur (die wiederum am Erfolg der Weltmonopole hängt) stabilisiert zudem kleinbürgerliche Dorf- und Stadtrandstrukturen, in denen sich die Handwerksmeister durch Netzwerke, Schwarzarbeit etc. bislang eine solide Stellung gesichert haben.

Nicht zuletzt gibt es innerhalb der migrantischen Bevölkerungsteile eine vergleichsweise hohe Tendenz zur Gründung von Kleinunternehmen (Handwerk, Handel, Kiosk, Gastronomie, ...), was neben mitgebrachten Traditionen aus den Herkunftsländern an der besonderen Unterdrückung, insbesondere den oftmals mangelnden Chancen auf gute Jobs in Unternehmen liegt.

Das sind die wichtigsten Bedingungen für die nach wie vor hohe Zahl an Kleinbetrieben in Deutschland. Bezüglich der Beschäftigtenzahlen werden trotz allem die Branchen mit fortgeschrittener Konzentration vorherrschend. Die größten Handwerksberufe nach Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind: Gebäudereinigung (640.000), Maschinenbau/Betriebstechnik (618.000), Köche/Köchinnen (462.000) und Metallbearbeitung (392.000).

## LANDWIRTSCHAFT

Die Zentralisation in der Landwirtschaft ist massiv vorangeschritten, wenn auch mit erheblichen regionalen Unterschieden: Ostdeutschland ist besonders stark von landwirtschaftlichen Großbetrieben geprägt, die von **Agrarunternehmen** kontrolliert werden. Der Anteil des Raps- und Sojaanbaus als Nutzpflanzen für die Energieproduktion ist hier besonders stark ausgeprägt. Agrarunternehmen sind hier gleichzeitig größere Stromproduzenten (während die Dichte kleinerer Biogasanlagen vor allem in West- und Süddeutschland besonders hoch ist).

Insbesondere in Süddeutschland gibt es demgegenüber noch vergleichsweise viele **Familienunternehmen**, die jedoch stetig dezimiert werden. Der Existenzkampf der Einzelbauern, die von den Nahrungsmittelkonzernen gezwungen werden, ihre Erzeugnisse zu Dumpingpreisen abzugeben, ist in den letzten Jahren vor allem durch heftige Kämpfe der Milchbauern in die Öffentlichkeit getragen worden. Konservierende Faktoren für den Erhalt von Einzelbauernbetrieben sind ähnlich wie oben beim Handwerk: Auslagerung des unternehmerischen Risikos aus Sicht großer Kapitale z.B. durch Ernteauffälle bei der Produktion von Primärerzeugnissen sowie die Möglichkeit des Betriebserhalts durch spezialisierte Produktion. Die Bauern, die es schaffen, sich auf diese Art wirtschaftlich zu halten, sind je-

doch kapitalistische Unternehmer – wenn auch am unteren Ende der Produktionspyramide – und keine kleinen Warenproduzenten mehr. Von letzteren existieren nur noch letzte versprengte Überreste, die wirtschaftlich auf Dauer nicht überlebensfähig sind. Insgesamt können wir also feststellen, dass es eine **Bauernklasse** in Deutschland nicht mehr gibt.

Einige Zahlen zur Landwirtschaft im einzelnen:<sup>19</sup>

52% der Fläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt! Diese Fläche hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren kaum verringert. Gleichzeitig gibt es aber einen Rückgang der Betriebe im selben Zeitraum von 654.000 auf 288.000. Dieser Rückgang fand vor allem bei den familiengeführten Betrieben in Westdeutschland statt, während in Ostdeutschland die Zahl der Betriebe mit ca. 30.000 relativ konstant geblieben ist (hier wurden nach der Annektion der DDR landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften – LPGs – vorwiegend in Agrargenossenschaften umgewandelt, die einfach kapitalistische Unternehmen sind).

Heute bewirtschaften 9% der Betriebe mehr als die Hälfte der Nutzfläche. Die durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe beträgt in Deutschland: 58 ha. In Mecklenburg-Vorpommern liegt sie dabei mit 286 ha besonders hoch, in Baden-Württemberg und Bayern mit ca. 33 ha besonders niedrig.

Bezüglich der Beschäftigung gab es in den vergangenen Jahrzehnten einen kontinuierlichen Rückgang: Heute sind ca. 1,4% der Erwerbstätigen (= ca. 650.000) in der Landwirtschaft tätig (gegenüber 2,3 % 1995, 24,6 % 1950, 38 % 1900). Die Zahl der Arbeitskräfte liegt insgesamt bei 936.000 (2016), davon 446.000 Familienarbeitskräfte, 203.600 ständig angestellte Arbeitskräfte und 286.000 Saisonarbeitskräfte (letztere werden bei den Erwerbstätigen nicht mitgezählt).

<sup>19</sup> Zahlen aus: "Informationen zur deutschen Landwirtschaft", [information.medien.agrar.eV](http://information.medien.agrar.eV), [www.ima-agrar.de](http://www.ima-agrar.de)



Auch bei der Beschäftigung gibt es große regionale Unterschiede: 77% der in der Landwirtschaft Beschäftigten in Bayern sind Familienarbeitskräfte, während in Ostdeutschland über 50% der Beschäftigten „ständige Arbeitskräfte“, d.h. LohnarbeiterInnen bei den kapitalistischen Agrarbetrieben sind. Familienarbeitskräfte sind nur zu 35% vollbeschäftigt, „ständige Arbeitskräfte“ hingegen zu 62%. Der Grad der Vollbeschäftigung steigt mit zunehmender Betriebsgröße an.

Die SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft sind zu 90% nichtdeutscher Herkunft. Früher kamen diese vorwiegend aus Polen, heute vorwiegend aus Rumänien.

Die Landwirtschaft macht nur noch 0.8% des deutschen Bruttoinlandsproduktes aus. Der Selbstversorgungsgrad Deutschlands bei Nahrungsmitteln liegt gleichzeitig – bei starken jährlichen Schwankungen – mit 87% sehr hoch. Trotzdem ist Deutschland Nettoimportland an Agrar- und Ernährungsgütern, was sich aus dem Exportgeschäft erklärt: Da Deutschland z.B. viel Geflügel- und Schweinefleisch exportiert, besteht ein hoher Bedarf an importierten Futtermitteln wie Getreide und Soja.

Die wichtigsten Segmente der Landwirtschaft sind nach Umsatz: Gemischte Landwirtschaft; landwirtschaftliche Dienstleistungen; Anbau von Getreide, Hülsenfrüchten und Ölsaaten; Haltung von Geflügel; Schweine; Milchkühe; Wein- und Tafeltrauben, ...

Die Produktivität in der Landwirtschaft hat sich massiv erhöht: Der Hektarertrag für Weizen hat sich seit 1900 vervierfacht. Ein Landwirt ernährte 1900 vier Personen, heute knapp 130. Der Erlösanteil der Landwirte sinkt dabei langfristig: Heute liegt er bei 25% gegenüber 47,5% im Jahr 1970. Er schwankt dabei zwischen 40% bei Eiern und 7% bei Broterzeugnissen.

Landwirtschaftliche Unternehmen haben einen Anteil von 11% an der Produktion erneuerbarer Energien (75% bei Biogas, 25% bei Photovoltaikanlagen). 20,2% der Ackerfläche werden für landwirtschaftliche Nutzpflanzen zur Energiegewinnung und zur stofflichen Vewertung verwendet (v.a. Raps, Silomais). Dies ist besonders in Ostdeutschland sehr ausgeprägt.

## STAAT

Der deutsche Staat spielt heute eine gewaltige Rolle für das Funktionieren des kapitalistischen Produktionsprozess, sowie die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft. Der deutsche Staat organisiert die Infrastruktur, die für die kapitalistische Produktion und das Leben der Arbeitskräfte benötigt wird.

Er kümmert sich des weiteren um die Ausbildung und kulturelle Bildung von Arbeitskräften sowie um die anschließende Verwaltung und Verteilung der Arbeitskräfte. Er garantiert eine stabile Währung und agiert als Versicherung der Monopole. Nach außen vertritt der deutsche Staat die Monopole im internationalen Konkurrenzkampf. Zuletzt ist der Staat auch selbst wirtschaftlich durch Staatskonzerne und Staatsbeteiligungen aktiv. All diese Elemente werden ausführlich im Teil „Der deutsche imperialistische Staatsapparat“ analysiert (Ab Seite 27f). An dieser Stelle sei nur Angemerkt, dass der deutsche Staat auch der größte „Arbeitgeber“ in Deutschland ist: Rund 4,7 Millionen Menschen arbeiten im öffentlichen Dienst.

## KIRCHEN

Auf den Staat als größten „Arbeitgeber“ folgen die Kirchen mit insgesamt 1,3 Millionen Beschäftigten, die meisten davon bei Caritas (600.000) und Diakonie (460.000).

Die katholische und evangelische Kirche, die in der Presse auch schon als „Wirtschaftsbetriebe mit religiösem Etikett“ bezeichnet worden sind, betreiben Krankenhäuser, Hospize, Jugend- und Altersheime, aber auch Banken, Versicherungen, Brauereien und Weingüter. Sie sind mit insgesamt 830.000 Hektar die größten Wald- und Grundbesitzer in Deutschland und besitzen nach Schätzungen 87.000 Immobilien. Eine genaue Aufstellung über ihre Besitztümer existiert nicht. Das Volumen ihrer Geschäfte wird jedoch auf 129 Milliarden Euro jährlich geschätzt und liegt damit in derselben Größenordnung wie der Umsatz der Autoindustrie. Sie profitieren von rechtlichen Sonderregelungen wie dem Gemeinnützigkeitsrecht und besonders stark beschnittenen Arbeiterrechten<sup>20</sup>.



Ähnlich dem öffentlichen Dienst dienen sie – neben ihrer ideologischen Funktion – auch sozial als Stabilitätsfaktor. Teile des Wohlfahrtssystems stützen sich auf die Kirche. Das wird sich ändern, wenn z.B. der Gesundheits- und Pflegesektor in Zukunft stärker von regulären kapitalistischen Monopolen übernommen wird. Dies ist die Entwicklungstendenz bei Krankenhäusern und Pflegeheimen in den letzten Jahren (Krankenhäuser: steigende Zahl von privaten Einrichtungen bei sinkender Zahl von öffentlichen/gemeinnützigen. Pflegeheime: stagnierende Zahl an öffentlich getragenen Einrichtungen, leicht wachsende Tendenz bei gemeinnützigen, stärker steigende Tendenz bei privaten).

## INFORMELLER SEKTOR UND ORGANISIERTE KRIMALITÄT

Informeller Sektor und Schattenwirtschaft wurden in den letzten Jahren mit sinkender Tendenz auf ein Volumen von 10% des Bruttoinlandsproduktes geschätzt. Darunter fallen alle Aktivitäten, die nicht gemeldet sind und nicht versteuert werden: Der Umfang dieses Bereichs reicht also von der unversteuerten Haushaltshilfe bis zur organisierten Kriminalität. Die unversteuerten, informellen Tätigkeiten wie Nachhilfe, Haushaltshilfe, Lieferdienste usw. versucht das Kapital über das Modell der Plattformtätigkeiten zu erobern (s.u.).

Das geschäftliche Gesamtvolumen des organisierten Verbrechens lässt sich nur schwer schätzen. Größter Einzelposten ist und bleibt aber der Rauschgifthandel mit über 35% der erfassten Straftatbestände laut Bundeskriminalamt, gefolgt von Wirtschaftskriminalität (14,8%), Steuer- und Zollkriminalität (7,6%) und Schleuseraktivitäten (6,8%). Eine wachsende Rolle wird der Manipulation von Ergebnissen im Fußball zugeschrieben. Diese Zahlen können jedoch nur einen sehr groben Überblick über die Aktivitäten der Mafia-Strukturen liefern.

Letztere bilden heute globale Monopolunternehmen, die von Clans geführt werden, die ihren Stammsitz vor allem in Italien (Cosa Nostra, Camorra, 'Ndrangheta), in der ehemaligen UdSSR, auf dem Balkan, in Lateinamerika (Cali-Kartell, Medellín-Kartell, Los Zetas), den USA und Asien (chinesische Triaden, japanische Yakuza) haben. Häufig bilden diese Organisationen „kombinierte Unternehmen“, die im Rauschgift-, Waffen- und Menschenhandel sowie anderen „Geschäften“ aktiv sind: Geflüchtete z.B. werden häufig von ihren Schleuserorganisationen als Drogenkuriere mißbraucht, in die Prostitution oder als Arbeitssklaven verkauft. Die Tendenz

in der organisierten Kriminalität geht seit Jahren zu internationalen Kartellabsprachen und Kooperation.

Eine wichtige Rolle in Deutschland spielen auch „Rockerbanden“ (Hells Angels, Bandidos). Schnittstelle zur legalen kapitalistischen Wirtschaft ist in Deutschland vor allem das Immobiliengeschäft, da hier (z.B. im Gegensatz zu Italien) bislang kein Nachweis über die legale Herkunft von Geldern erforderlich war.

## WIE VERÄNDERN SICH DIE BETRIEBE?

Eine (vorerst) letzte Frage zur Struktur des Kapitalismus in Deutschland wäre: Verschwindet der Betrieb? Betriebe fassen wir hier als „geographische Orte“ auf und nicht im juristischen Sinne, da es letztlich um die Frage geht, inwieweit das Kapital weiterhin LohnarbeiterInnen im Arbeitsprozess zusammenbringt oder voneinander entfernt – was erhebliche strategische und taktische Konsequenzen für die ArbeiterInnenbewegung hat.

Vorweg können wir sagen: Betrachten wir die verschiedenen Tendenzen des Kapitals zur Konzentration und Auflösung von klassischen Betrieben, ergibt sich ein differenziertes Bild.

Grundlegend gilt: Variables Kapital ist die alleinige Quelle von Mehrwert. Die vollautomatisierte Fabrik ohne jegliches Personal ist daher unter kapitalistischen Bedingungen schon rein ökonomisch immer nur eine Abstraktion, die zu Ende gedachte Tendenz in der Entwicklung der Produktivität, und kein realisierbarer Zustand. Es muss daher auch immer geographische Orte geben, an denen variables Kapital zur Anwendung gebracht wird, ob nun zentral oder dezentral. Nun zu den verschiedenen Tendenzen im einzelnen:

### *In der Industrie:*

1. Die maschinisierte Produktion von Gütern hoher technologischer Intensität (z.B. Autos, Computer, Smartphones) erfordert das geographische Zusammenkommen von LohnarbeiterInnen.

Auch bei einem fortgeschrittenem Entwicklungsstand der Automatisierung und z.B. des 3D-Drucks wird es immer noch unumgänglich sein, dass im Kernbereich der kapitalistischen Produktionsweise – der Industrie – die Teile von Autos, Panzern, Flugzeugen, Schiffen, Maschinen, aber auch den Komponenten Motoren, Getriebe etc. entweder von kundigen FacharbeiterInnen oder von Robotern unter entsprechender Aufsicht physisch zusammengefügt werden. Das macht den entsprechenden geographischen Ort, an dem das geschieht – den Betrieb – weiter erforderlich.

Hierbei gibt es die folgenden Tendenzen:

- Kapitalistische Akkumulation: Der produzierte Mehrwert wandert in die erweiterte Reproduktion und den Aufbau von Überkapazitäten (siehe z.B. die wachsenden Produktionszahlen in der Autoindustrie bei jahrzehntelanger relativ konstanter Beschäftigung). Überkapazitäten werden in Krisen gewaltsam abgebaut. Kapital zieht Lohnarbeit an und stößt sie wieder ab. Die Entwicklung in den Betrieben entspricht dem grundsätzlich, wobei hier verschiedene Formen zur Anwendung kommen. In Krisen findet die Erneuerung des fixen Kapitals statt. Ggf. gibt es Betriebsstillegungen, bei Erholung ggf. Aufbau neuer Betriebe an anderen Orten. Wachsen der Produktivität: Mit Wachstum des Gesamtkapitals ändert sich seine Zusammensetzung (relativ mehr konstantes, weniger variables Kapital).

- Spezialisierung: Kapitalistische Unternehmen strukturieren die Form der Arbeitsverhältnisse bei gegebener technischer Grundlage so um, dass a) ökonomisch die Kosten für das variable Kapital gesenkt, b) das Anziehen und Abstoßen von Lohnarbeit entsprechend dem letzten Absatz vereinfacht wird und c) politisch die ArbeiterInnen auseinandergerissen werden (z.B. Leiharbeit, Werkverträge, Auslagerung von Funktionen wie Wartung, Reinigung, Telekommunikation, Sicherheitspersonal an Fremdfirmen). All das verhindert nicht, dass Beschäftigte geographisch zusammenkommen müssen, sondern ist der kapitalistische Umgang damit. Stammbeschäftigte und LeiharbeiterInnen arbeiten weiter unter einem Dach, wobei die Kapitalisten erfinderisch dabei sind, sie zu separieren (z.B. verschiedene Schichten, Abteilungen, Tätigkeiten; ständige Neuzusammensetzung der LeiharbeiterInnengruppen etc.)

- wachsendes fixes Kapital erfordert mehr technische Betreuung, Instandhaltung, Reinigung (was zum Anwachsen der Beschäftigung in den entsprechenden Bereichen führt, s.o.)

- administrative und bestimmte Überwachungstätigkeiten können mit der Digitalisierung zukünftig auch in der Produktion vermehrt per Fernzugriff oder selbstgesteuert erledigt werden (Der Stand im Jahr 2012 war: 37% der mittelständischen Unternehmen in Deutschland bieten Arbeitsmodelle wie Homeoffice an). 12% aller abhängig Beschäftigten arbeiten überwiegend oder teilweise von zu Hause aus. Dies sind vorwiegend Beschäftigte mit höherer beruflicher Qualifikation in Dienstleistungsbereichen und bei Großunternehmen, weniger bei Banken und Versicherungen sowie im öffentlichen Dienst. Eine Stärkung der Heimarbeit in der Zukunft ist zu erwarten.



2. Auseinanderreißen des Produktionsprozesses und Spezialisierung an unterschiedlichen Orten: Früher unter einem Dach befindliche Prozessstufen innerhalb der Produktion werden auseinandergerissen zwecks Senkung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und zur Senkung der Umschlagszeit (s.o.). Hierbei entstehen (teils) neue Betriebe an anderen Orten, wobei deren Tendenz zum Wachstum in Aufschwungphasen und zum langfristigen Schrumpfen mit wachsender Produktivität erneut beginnt. Entwicklung von Betrieben verläuft wie die Kapitalbewegung: Akkumulation nicht nur in der Form von Zentralisation, sondern auch: „Ableger reißen sich von den Originalkapitalen los und fungieren als neue, selbständige Kapitale“<sup>21</sup> Hierbei sehen wir folgende Tendenzen:

- im Rahmen globaler Produktionsketten entstehen neue Betriebe in anderen Erdteilen, in denen mit niedriger organischer Zusammensetzung und auf niedrigem Lohnniveau produziert wird. Hier bringt das Kapital LohnarbeiterInnen gerade zusammen, um die absolute Mehrwertproduktion zu steigern.

- Produkte niedriger technologischer Intensität (Kugelschreiber o.ä.) werden teilweise in Heimarbeit ausgelagert (und zwar sowohl in Kolonien als auch in imperialistischen Zentren). Dies ist ökonomisch aber eher eine Randerscheinung und wird dies auch voraussichtlich bleiben.

- Der internationalisierte Produktionsprozess bläht den Transport- und Logistiksektor auf. Die Logistik konzentriert sich in der Nähe großer Städte: Erstens wegen des Zugangs zu Häfen, Flughäfen etc.

21 Karl Marx, Das Kapital Bd. I, S. 653

Zweitens besteht wegen hoher (staatlicher) Investitionen in Flughäfen, Häfen, Straßen- und Bahnnetze besonderer Druck, den variablen Kapitalteil und damit die Arbeitslöhne zu senken und Bedürfnis nach großer industrieller Reservearmee, insbesondere um schwankenden Bedarf nach Arbeitskraft kostengünstig befriedigen zu können. Die Logistikbetriebe ziehen in der Konsequenz in urbane Ballungsgebiete (in den USA statistisch dargelegt z.B. für Los Angeles, Chicago, Memphis)<sup>22</sup>. Im Handel, bei Banken, Versicherungen: Allgemein ist auch hier die beschriebene wechselhafte Bewegung aus Konzentration und Zerstreuung zu beobachten – einige Beispiele:

### **Handel:**

- der wachsende Anteil des Online-Handels am Handelsumsatz treibt die Entstehung neuer Logistikzentren voran (Amazon: 12.000 festangestellte Beschäftigte in neun Logistikzentren in Deutschland. Mittlerweile sind drei neue dazugekommen).

- die Zahl der Shopping Malls in Deutschland ist gestiegen von 2 (1965) über 279 (2000) auf 479 (2017). Aktuell gibt es 14 Factory-Outlet-Center 16 weitere sind in Planung. Die Zahl der Kauf- und Warenhäuser à la Kaufhof ist gleichzeitig gesunken (von 290 in 2004 auf 180 in 2013). Es findet also eine Konzentration von Beschäftigten im Handel gegenüber dem Einzelhandel in Innenstädten statt, jedoch in der Form einer Vielzahl von Firmen an einem Ort (Shopping-Mall).

Im Bankensektor ist die Zahl an Direktbanken (ohne Filialen) gewachsen: Entwicklung von 3,9 Mio. Kunden (2000) auf 18,2 (2015). Auch bei regulären Banken und Sparkassen findet ein Abbau des Filialnetzes statt: In der Folge wird es weniger Personal geben, das dafür aber auch an weniger Orten konzentriert ist.

- Die physische Präsenz einer Menge von Beschäftigten wird auch in anderen Sektoren (z.B. Krankenhäusern) weder wegautomatisiert noch outgesourct werden können.

- Online-Dienste (Uber, Amazon Flex, Tutoria u.ä.): Einerseits gibt es die Auslagerung von Lohn-

arbeit z.B. zur Einsparung von fixem Kapital (Uber, Amazon Flex) oder Kapital verleibt sich frühere dezentrale oder informelle Tätigkeiten als Lohnarbeit ein (Nachhilfe, Babysitten, Deliveroo, Foodora, etc.). Hier entsteht Lohnarbeit teilweise ohne formale Anstellung oder irgendwelche Ansprüche (Maximalarbeitszeit, Entgeltfortzahlung, Urlaub).

Fassen wir anhand dieser (noch lange nicht vollständigen) Betrachtung unsere Ergebnisse also zusammen: Kapitalistische Betriebe als geographische Orte, an denen LohnarbeiterInnen im Arbeitsprozess zusammenkommen, verschwinden nur lokal / national und in Bezug auf bestimmte Branchen. Global gilt das Wechselspiel des Kapitals aus Konzentration und Zerstreuung auch für die Betriebe. Mit dem "Losreißen" und der Verselbständigung neuer Kapitale entstehen neue Betriebe, die entsprechend dem kapitalistischen Zyklus Arbeitskraft anziehen und abstoßen (Bsp.: Abnahme der "klassischen" Produktionsjobs bei gleichzeitigem Wachstum der Transport- und Logistiktätigkeiten). Betriebe entstehen ferner neu als weitere Niederlassungen bestehender Kapitale oder in der Form von Tochterfirmen. Ansonsten gilt die Verlangsamung und Verkürzung des betrieblichen Wachstums mit zunehmender organischer Zusammensetzung des Kapitals. Im Zuge des Wechselspiels aus Konzentration und Zerstreuung vervielfältigen sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte die Formen der Betriebe und der betrieblichen Arbeitsprozesse sowie die Formen, in denen die zeitweise Eingliederung der industriellen Reservearmee in den kapitalistischen Produktionsprozess organisiert wird (klassische Industriebetriebe mit einheitlicher oder gemischter Belegschaft, Leiharbeit, Werkverträge, Subunternehmen, Heimarbeit, Online-Dienste etc.). Global zeichnet sich in der Tendenz eine Bewegung der Betriebe mit niedriger organischer Zusammensetzung des Kapitals in die abhängigen Staaten ab, während Betriebe mit hoher organischer Zusammensetzung entsprechend der oben genannten Struktur der globalen Produktionsketten eher in den imperialistischen Zentren konzentriert bleiben.

22 vgl. Moody



# KOMMUNISTISCHE BIBLIOTHEK



*Hier werden verschiedene Dokumente von Autor/innen und Organisationen gesammelt, die sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus beziehen und noch nicht digital veröffentlicht sind.*

*Die kommunistische Bibliothek möchte damit zum kritischen Studium der Geschichte anregen und gleichzeitig ein digitales Archiv bilden damit gemachte Erfahrungen nicht in Vergessenheit geraten. Schau dich einfach in den verschiedenen Rubriken um!*

## KOMBIBL.WORDPRESS.COM



# DER DEUTSCHE IMPERIALISTISCHE STAATSAPPARAT

Der deutsche Staat ist ein Instrument des deutschen Kapitals und insbesondere der deutschen Monopolbourgeoisie zur Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital – in einem umfassenden Sinne. Er hat die Aufgabe, ihre Herrschaft zu organisieren und aufrecht zu erhalten. Er stellt die Infrastruktur für die kapitalistische Wirtschaft bereit, sichert Produktion, Reproduktion und materielle Existenz der Arbeitskraft und agiert international im Interesse deutscher Weltmonopole (wirtschaftliche Rolle). Er organisiert die Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie in ihren verschiedenen Formen (ideologische Rolle). Er verteidigt die bürgerliche Ordnung militärisch und setzt die imperialistischen Ziele durch Krieg durch (militärische Rolle).<sup>1</sup>

Der deutsche Staat ist heute extrem umfangreich und vielfältig, er dringt in jeden Teil der Gesellschaft ein und organisiert und beherrscht heute allseitig das Leben der Massen. Die politische Hülle der Staats-

maschinerie ist in Deutschland derzeit die parlamentarische demokratische Republik. Die Macht wird im wesentlichen durch die deutsche Monopolbourgeoisie mittels unzähliger Kanäle in den Staatsapparat ausgeübt. Der Staatsapparat ist in Deutschland von der kommunalen bis zur Führungsebene durch alle Organismen hindurch mit den Monopolen verschmolzen und diesen untergeordnet.

Durch die Verschmelzung von Patriarchat und Kapitalismus sowie von Rassismus und Imperialismus ist der Staat nicht nur ein ökonomischer Unterdrücker, sondern auch ein rassistischer und patriarchaler Staat. Die Monopole – die meist von weißen Männern besessen und dominiert werden – profitieren von rassistischer und patriarchaler Spaltung der Klasse. Deshalb wird der Rassismus und das Patriarchat durch den Staatsapparat reproduziert und gefestigt.

Die Kontinuität zur Ausführung aller für das Kapital notwendigen Funktionen wird – über alle Regierungswechsel hinweg – durch den „Tiefen Staat“ gewährleistet. Dieser setzt sich zusammen aus langjährigen Mitarbeitern im Geheimdienst- und Militärapparat, der Justiz, der Ministerialbürokratie, sowie

1 Für den Kampf um die Welthegemonie hat sich der deutsche Imperialismus die „Europäische Union“ (EU) als zentrales Instrument geschaffen, die Einfluss auf alle Bereiche des deutschen Staates hat (wirtschaftlich, ideologisch, militärisch.) Dies wird ausführlicher im Artikel zum deutschen Imperialismus analysiert werden.

Vertretern der Monopolkonzerne. Sie sorgen für die langfristige Kontinuität der deutschen imperialistischen Strategie, auch wenn das wechselnde Spitzenpersonal (MinisterInnen und parlamentarische Staatssekretäre) Einfluss auf das taktische und operative Tagesgeschäft nimmt.

Eine zentrale Rolle im Tiefen Staat spielen die Geheimdienste (siehe unten). Ihre Arbeit dient der systematischen Sammlung von Informationen, der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Spionage, der Einschätzung von Entwicklungen z.B. auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik und der konterrevolutionären Tätigkeit durch Zersetzung, Integration, Repression und Terror gegen die ArbeiterInnen- und politische Widerstandsbewegung. So unterhalten die Geheimdienste ein weites Netzwerk von InformantInnen in den Reihen der kapitalistischen Unternehmen, aber auch in anderen staatlichen Institutionen (Bundeswehr, Polizei, Verbänden, politischen Parteien und Gewerkschaften) um die strategische Ausrichtung zu gewährleisten.

In der demokratischen Republik ist das offizielle Machtorgan das **Parlament**. Im Parlament werden die Gesetze verabschiedet, welche das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben regeln. Vorbereitet werden sie oftmals in Lobbyorganisationen, die mit der Ministerialbürokratie verschmolzen sind, welche die Gesetzesentwürfe formal ausarbeitet.<sup>2</sup>

PolitikerInnen können in Deutschland nur vermittelt **Parteien** in die Parlamente gewählt werden. Die Parteien sollen die Verbindung zwischen den Werktätigen und dem parlamentarischen System herstellen, indem sie bei Wahlen als VertreterInnen gewählt werden können. Die bürgerlichen Wahlen sollen der Bevölkerung die Illusion geben, an der Machtausübung beteiligt zu sein.

Die Parteien selbst sind als Organisationen unter der Bevölkerung relativ wenig verankert. Gerade einmal zwei Prozent der Menschen in den westdeutschen Bundesländern haben ein Parteibuch. Im Osten sind es sogar unter einem Prozent. Gleichzeitig

können sie mit Hilfe der Medien Themen in der Öffentlichkeit setzen und so Einfluss auf das Bewusstsein der Klasse nehmen.

Die bürgerlichen Parteien und PolitikerInnen sind dem Kapital über verschiedenste Wege untergeordnet. Viele Unternehmer und kapitalistische Manager sind selbst Partei-Mitglieder. Teilweise wechseln PolitikerInnen in kapitalistische Unternehmen und umgekehrt. Die bürgerlichen Parteien finanzieren sich zu einem großen Teil durch Wahlkampfspenden der Kapitalisten. Hier spielen Spenden der Industrie, der Banken und von Unternehmern als „Privatpersonen“ eine sehr wichtige Rolle. Auch gibt es eine systematische direkte und indirekte Korruption der PolitikerInnen durch „Beraterverträge“ usw.

Für die Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals vermittelt des imperialistischen Staatsapparates bilden in Deutschland die **Unternehmerverbände** wichtige Transmissionsriemen. Das sind z.B. der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) oder der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Die Unternehmerverbände sind heute mit den Organen des Staates so stark verschmolzen, dass man sie als Bestandteil des Staatsapparates der BRD betrachten kann. Sie sind an der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen beteiligt und haben als „Sachverständige“ ihren Platz in den Ausschüssen des Bundestages. Beides ist gesetzlich geregelt. Nicht selten tauschen Ministerien, Parteien und Unternehmerverbände Mitarbeiter oder sogar hohe Funktionäre miteinander aus.<sup>3</sup>

## DER DEUTSCHE STAATSAPPARAT

Zwischen 1950 und 1990 wurde der Staatsapparat in Westdeutschland von 2,28 auf 4,67 Millionen Menschen massiv ausgebaut. Mit der Einverleibung der DDR wuchs er nochmal sprunghaft um zwei Millionen Personen und erlangte mit 6,7 Millionen Personen im Jahr 1990 seinen Höchststand. Seitdem ist das Staatspersonal innerhalb von zehn Jahren massiv zurückgefahren worden, sodass es 2000 nur noch 4,9 Millionen Menschen umfasste. Hintergrund ist die Privatisierung von Bundesbahn und Bundespost, aber auch ein massiver Abbau des öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland. Seit 2000 ist er weiter langsam abgebaut worden und umfasst derzeit 4.689.020 Beschäftigte im **„Öffentlichen Dienst“**. Sie müssen ebenso wie jeder andere Mensch ohne Produktionsmittel ihre Arbeitskraft verkaufen. Da-

2 Die Bedeutung der Ministerialbürokratie sieht sogar die staatliche Bundeszentrale für politische Bildung so. Demnach verfügt Sie „im Vergleich zu Parlament und Parteizentralen über den ausdifferenziertesten und kompetentesten Apparat zur Beschaffung komplexer Informationen und Beobachtung der gesellschaftlichen Wirklichkeit.(...) heute fallen die politischen Entscheidungen vielfach schon in den Ministerien, wenn z. B. den parlamentarischen Entscheidungsträgern nicht eine ganze Palette gesellschaftlicher Informationen und alternativer Gesetzestexte, sondern nur ein in sich geschlossenes Legislativprogramm zugeleitet wird.“ <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202070/ministerialbuerokratie?p=all>

3 Z.B. war der langjährige Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Matthias Wissmann, ein CDU-Politiker, zuvor Forschungs- und Verkehrsminister.



bei erhalten sie ihren Lohn jedoch aus dem Staatshaushalt. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie alle Teil der ArbeiterInnenklasse sind. Viele Staatsangestellte sind an den Staat als ihren „Arbeitgeber“ ideologisch stark gebunden.

Besonders ausgeprägt ist dies bei den **Beamten**, die mit 1.848.170 knapp 40% aller Staatsbediensteten ausmachen. Der Anteil von Beamten ist vor allem in den Kernbereichen des Staatsapparats besonders hoch (Militär, Polizei, Finanzverwaltung). Beamte haben verschiedene Privilegien wie zum Beispiel die Beihilfe zur Krankenversicherung und Pensionen. Ebenso können sie nur schwer entlassen werden – dürfen jedoch nicht streiken. Damit erkaufte sich der Staat einen ihm gegenüber loyalen Apparat. Klassenmäßig muss innerhalb der Beamtenschaft je nach Einkommen und Rolle innerhalb des Staatsapparats differenziert werden. So gibt es einen Teil der Beamten, der zur ArbeiterInnenklasse gehört, wie zum Beispiel Feuerwehrleute, Postboten oder auch ein Großteil der Lehrkräfte. Zum anderen gibt es Teile des Staatsapparats, die politisch zur Bourgeoisie gehören, wie zum Beispiel die Führungskräfte von Militär und Geheimdienst oder die Spitzen der Ministerialbürokratie und der Regierung. Dazwischen

gibt es noch verschiedene Graustufen, die zwischen ArbeiterInnenklasse und Bourgeoisie schwanken und den kleinbürgerlichen Zwischenschichten zuzuordnen sind.

Die restlichen 60% der Staatsbediensteten sind einfache **Angestellte im Öffentlichen Dienst**. Sie machen die Mehrheit in staatlich organisierten gesellschaftlich notwendigen Bereichen wie Hochschulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser und Energiewirtschaft aus, wo es nur wenig Beamte gibt. Ein Großteil von ihnen gehört zur ArbeiterInnenklasse.

Der Anteil von Beschäftigten im öffentlichen Dienst an der Gesamtbeschäftigung ist in Deutschland mit 11% im Vergleich zu anderen Ländern relativ gering (Norwegen 33%, Frankreich 23%). Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, welchen Umfang der Repressionsapparat hat (siehe unten).

Seit 1975 sind die **Staatsausgaben** massiv gewachsen. Siehe Tabelle. Betrug sie 1975 noch umgerechnet 236 Milliarden €, lagen sie 1995 schon bei 889 Milliarden €. Die öffentlichen Haushalte in Deutschland gaben im Jahr 2017 für die Erfüllung ihrer Aufgaben 1437,97 Milliarden € aus.

<b>Staatliche Ausgebenbereiche</b>	<b>1991</b>	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2017</b>
Allgemeine öffentliche Verwaltung	112,183	142,760	169,181	189,078
Verteidigung	30,571	22,127	27,992	35,326
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	23,234	33,248	40,867	50,524
Wirtschaftliche Angelegenheiten	91,717	42,833	124,508	98,180
Umweltschutz	14,869	15,225	15,479	20,398
Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen	14,721	19,772	14,491	12,416
Gesundheitswesen	89,886	136,261	179,782	233,282
Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion	13,323	18,603	20,992	32,806
Bildungswesen	61,652	85,648	112,339	134,674
Soziale Sicherung	280,153	430,621	513,588	631,288
<b>Insgesamt</b>	<b>732,310</b>	<b>947,098</b>	<b>1 219,219</b>	<b>1 437,972</b>

**Einnahmen** zur Finanzierung ihrer Aufgaben erhalten die öffentlichen Haushalte aus Steuern, Gebühren, Beiträgen und Erlösen aus dem Verkauf von Vermögen. Entgegen der bürgerlichen Propaganda setzten sich die Staatseinnahmen fast vollständig aus den Beiträgen und Steuern der ArbeiterInnenklasse und Werktätigen zusammen. Das Gesamtvolumen an staatlichen Subventionen (Finanzhilfen, Steuervergünstigungen, Marktordnungsausgaben der EU) lag in den letzten Jahren in der Größenordnung von ca. 54 Milliarden Euro jährlich. Die Steuerlast der Unternehmen wurde dabei immer weiter gesenkt. In Deutschland fiel der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz zwischen 1999 und 2011 von 52,3% auf 29,4%<sup>4</sup>. Im selben Zeitraum wurden Massensteuern wie die Mehrwertsteuer erhöht. Ein kurzer Überschlag verdeutlicht bereits, dass der Staatshaushalt heute im wesentlichen von der ArbeiterInnenklasse (sowie Kleingewerbetreibenden usw.) allein getragen wird: Die größten Posten im Steueraufkommen sind mit jeweils 23-25 % die Lohn- und die Umsatzsteuer. Während erstere direkt Lohnbestandteil ist, wird letztere als Mehrwertsteuer von den Unternehmen an die KonsumentInnen von Waren, d.h. überwiegend auch an die ArbeiterInnenklasse weitergereicht. Hinzu kommen der Solidaritätszuschlag und weitere Steuern wie die Tabak- und die Energiesteuer (von denen Unternehmen in der Regel befreit werden). Grundsteuern werden an die ArbeiterInnenklasse in ihrer Eigenschaft als MieterInnen weitergereicht usw. Neben den Unternehmensprofite, die in Wahrheit von den ArbeiterInnen produzierter Mehrwert sind, holt sich das Kapital also über den Staat auch noch einen wachsenden Teil des Arbeitslohns zurück.

Insgesamt beliefen sich die Einnahmen der öffentlichen Haushalte (ohne Kredite) im Jahr 2017 auf 1474,57 Milliarden Euro.

Da die staatlichen Einnahmen (in der Regel) bei weitem nicht ausreichen, um die Ausgaben zu decken nimmt der Staat systematisch Schulden auf.<sup>5</sup>

Die (Staats-)Verschuldung hat weltweit ein Niveau erreicht, bei dem davon ausgegangen werden kann, dass die Schulden niemals mehr zurückgezahlt werden können. Dies ist auch in Deutschland der Fall. Die Staatsverschuldung macht heute mit 2.022,6 Milliarden Euro im Jahr 2015 knapp das Dreifache der jährlichen Steuereinnahmen und 68 Prozent des

Bruttoinlandsproduktes aus.<sup>6</sup> Die deutsche Bundesbank schätzt, dass Deutschland nur rund 25% seiner Schulden bei inländischen Kreditinstituten hat und etwa 60% der Schulden im Ausland liegen. Die übrigen Gläubiger sind Privatleute, Sozialversicherungen, Bausparkassen und Versicherungen.<sup>7</sup> Die gesamte Auslandsverschuldung Deutschlands (Staat, Bundesbank, Banken, Unternehmen und Privatpersonen) liegt bei ca. 4,7 Billionen Euro (größte Gläubigerstaaten: Luxemburg, Niederlande, Großbritannien, Frankreich, USA). Die Staatsanleihen sind für die Gläubiger, d.h. vor allem die Finanzoligarchie, letztlich Gutscheine auf zukünftige Steuereinnahmen, das heißt auf einen Teil des Lohns der ArbeiterInnenklasse. Die gigantischen Zinszahlungen und die hohen Verschuldungen ordnen den Staat den Banken und Kreditgebern unter.

## DIE WIRTSCHAFTLICHE ROLLE

Der deutsche Staat spielt heute eine gewaltige Rolle für das Funktionieren des kapitalistischen Produktionsprozess, sowie die Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft. Im folgenden schauen wir uns die verschiedenen Bereiche an, in denen er er als Dienstleister der Monopole agiert.

Der deutsche Staat organisiert die **Infrastruktur**, die für die kapitalistische Produktion und das Leben der Arbeitskräfte benötigt wird: Energieversorgung, Kommunikation, Stoffliche Ver- und Entsorgung und Verkehrsinfrastruktur. In einigen dieser Bereiche hat der Staat ehemals staatliche Unternehmen privatisiert, wie z.B. die Deutsche Post, die Deutsche Bahn, die Telekom, verschiedene Energieversorger usw. Die Privatisierungen und „Öffentlichen Aufträge“ – die es im Bereich der Infrastruktur (z.B. BER-Flughafen) oder der Rüstungsindustrie – sind große Selbstbedienungsprogramme für kapitalistische Unternehmen, die der Bestechung gesetzmäßig Tür und Tor öffnen.

Der imperialistische Staat kümmert sich des weiteren um die **Ausbildung** und kulturelle Bildung von Arbeitskräften sowie um die anschließende **Verwaltung und Verteilung der Arbeitskräfte** auf die kapitalistischen Unternehmen vermittels der Jobcenter und der Agentur für Arbeit. Die Ausgaben für diesen Bereich machen etwa 10% aller Staatsausgaben aus.

Er stellt die Rahmenbedingungen für einen stabilen kapitalistischen Ausbeutungsprozess zur Verfügung. Dafür legt er einen **rechtlichen Rahmen** für wirt-

4 Zahlen der Bundeszentrale für politische Bildung: <http://bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52650/unternehmenssteuern>

5 Die letzten Jahre bilden dabei beim deutschen Staat eine Ausnahme, in denen es zu einem Haushaltsüberschuss kam.

6 Vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61867/oeffentliche-finanzen>

7 <https://www.steuerzahler.de/Verschuldung/7688c8973i1p477/index.html>



*Die deutschen Landesbanken bilden zusammen die größte deutsche Bank*

schaftliche Streitfälle und Gerichte zur Klärung bereit. Vermittels einer **Zentralbank** („Bundesbank“) garantiert er eine stabile Währung und erkämpft für deutsche Monopole gute Bedingungen (aktuell: Niedriger Leitzins, stabiler aber nicht zu starker Euro). Im Krisenfall agiert er als **Versicherung von Monopolen** in dem er sie mittels des Staatshaushalts rettet, etwa durch Kurzarbeit, Prämienprogramme (z.B. Abwrackprämie) und Finanzspritzen oder ihre Verbrechen bezahlt (z.B. bei einem Atomunfall).

Auch nach außen agiert der deutsche Staat als **Dienstleister der Monopole im internationalen Konkurrenzkampf**. Sei es durch das Vermitteln internationaler Aufträge, Unterstützung internationaler Fusionen und Übernahmen (z.B. Bayer-Monsanto) oder Industriespionage mittels deutscher Geheimdienste (siehe unten).

Der Staat ist auch selbst wirtschaftlich durch **Staatskonzerne und Staatsbeteiligungen** aktiv. So gibt es einige bedeutende Betriebe, die (fast) vollständig dem Staat gehören. Dazu gehören unter anderem die Deutsche Bahn, etliche (kommunale) Wohnungsgesellschaften, lokale Energie-Versorger und Lotterien. Im internationalen Vergleich ist der Anteil des Staates vor allem im Bankensektor besonders hoch. Unter den zehn größten Banken (nach Bilanzsumme) sind fünf staatliche Banken.<sup>8</sup> Zusammen würden alle Landesbanken die größte Bank Deutschlands bilden. Dies hängt zusammen mit der besonderen „Drei-Säulen-Struktur“ des deutschen Bankwesens. Damit wird die strikte Trennung in die Säulen Genossenschaftsbanken, Kreditbanken und staatliche Banken bezeichnet. Sowohl bei der Kreditvergabe wie z.B. der Anzahl der Online-Konten liegen die drei Säulen in etwa gleich auf. Laut verschiedener bürgerlicher Analysen wird sich dieses Drei-Säulen-Modell mittelfristig verändern.<sup>9</sup> Die

8 [https://bankenverband.de/media/publikationen/16112017\\_Zahlen\\_und\\_Fakten\\_web.pdf](https://bankenverband.de/media/publikationen/16112017_Zahlen_und_Fakten_web.pdf)

9 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/banken-bdb-praesident-sieht-drei-saeulen-modell-in-gefahr-a-1107727.html>

Zahl der Bank-Institute werde sich laut „Bankenreport Deutschland 2030“ von derzeit rund 1900 bis zum Jahr 2030 auf nur noch 150 bis 300 Geldhäuser reduzieren. Ob dies zur Schwächung des Einfluss des deutschen Staates oder sogar dem Aufbau einer fusionierten Bank führen wird, bleibt abzuwarten.

Daneben hält der Staat **Unternehmensbeteiligungen**. Eine genaue Auflistung aller Firmen mit öffentlicher Beteiligung gibt es nicht. Schätzungen gehen davon aus, dass Bund, Länder und Kommunen an insgesamt 15 000 Unternehmen beteiligt sind.<sup>10</sup> Dazu gehören unter anderem die DAX-Unternehmen VW, Commerzbank, RWE sowie Airbus, EnBW, Fraport und Salzgitter, aber auch Unternehmen wie die Deutsche Post, die deutsche Telekom oder die Lufthansa, die in den letzten Jahren (Teil-)Privatisiert wurden. „In Summe könnte der deutsche Staatskapitalismus selbst das französische Pendant, das seinen Börsenwert aktuell auf 82 Milliarden Euro beziffert, in den Schatten stellen“<sup>11</sup>.

### Dämpfung der Klassenwidersprüche

Neben seiner wirtschaftlichen Dienstleistung für die Monopole und der eigenen wirtschaftlichen Aktivität versucht der Staat in Deutschland aktuell die härtesten Folgen des Kapitalismus abzufedern, um die Klassenwidersprüche zu verschleiern. Dafür dient zum einen das umfassende System sozialer Sicherungen sowie zum anderen das Co-Management durch den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Das **deutsche Sozialsystem** ermöglicht Reproduktion und Sicherung der materiellen Existenz der ArbeiterInnen für Zeiten, in denen sie ihre Arbeitskraft nicht als Ware auf dem Markt verkaufen können – vom Kapital nicht mehr gebraucht werden. Dieses System umfasst offiziell Sozialversicherungssysteme (Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung), Förder- und Fürsorgesysteme (Kindergeld, Elterngeld, Hartz IV, Sozialhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Wohngeld...), Systeme des öffentlichen Dienstes (Pensionen, Familienzuschläge, Beihilfen), Entschädigungssysteme, private Versicherungssysteme und betriebliche Vorsorge.<sup>12</sup> Mit diesem Sozialsystem wird die ArbeiterInnenklasse an den deutschen Staatsapparat gebunden, die härtesten Folgen des Kapitalismus teilweise abgefedert und die **Klasse somit in das System integriert**.

Das gesamte „Sozialbudget“ – also alle Ausgaben

10 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/beteiligungen-des-bundes-deutschland-deine-staatsunternehmen-1.3624962>

11 <http://www.manager-magazin.de/fotostrecke/diese-konzerne-gehoren-bund-und-laendern-fotostrecke-128754-14.html>

12 Vgl. [http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a-101-17-sozialbericht-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a-101-17-sozialbericht-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

in diesen Bereichen – wird laut staatlicher Propaganda zu je einem Drittel von Versicherten, Staat und Kapitalisten getragen. Dadurch, dass sowohl die Versicherungen, als auch der Staat aus Beiträgen der ArbeiterInnen finanziert werden und die Kapitalisten letztlich nur den den ArbeiterInnen zustehenden Lohn einbehalten, wird es letztlich jedoch komplett durch die ArbeiterInnenklasse getragen. Sozialleistungen bedeuten also nur eine Umverteilung innerhalb der ArbeiterInnenklasse. Dies verdeutlicht, dass der Staat nicht als „Vermittler“ zwischen den Klassen auftritt, sondern nur die Rahmenbedingungen zur Stabilisierung des Systems zugunsten der Monopole schafft.

Das Sozialbudget belief sich im Jahr 2016 auf insgesamt 918 Milliarden €. Das entspricht 29,3% des Bruttoinlandsprodukts (Sozialleistungsquote). Deutschland liegt damit leicht über dem europäischen Durchschnitt. 1913 betrug die Sozialleistungsquote in Deutschland erst 3,1%, 1938 lag sie bei 6,0%; In der Bundesrepublik Deutschland lag die Sozialleistungsquote 1950 dann bei 19%. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde sie – gerade im „Wirtschaftswunder“ – massiv aufgebaut. Während noch im Jahre 1960 lediglich 18,3% des BIP auf Sozialleistungen entfielen, beliefen sich 1975 die Sozialleistungen bereits auf 30,7% des BIP und hatten damit für lange Zeit ihren Höchststand erreicht. Seitdem liegt die Quote in diesem Bereich, während jedoch die Ausgaben massiv anwachsen (Alternde Gesellschaft, explodierende Kosten im Gesundheitsbereich...). Seit den 80ern können wir trotz gleichbleibender „Quote“ einen kontinuierlichen Abbau von Sozialleistungen beobachten, welcher in der Agenda 2010 seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Dennoch gibt es auch heute noch immer eine gewisse staatliche Grundabsicherung, die eine wichtige Stütze des deutschen Imperialismus ist.

Die zweite wichtige Säule der Integrationskraft des deutschen Staatsapparats sind die mit ihm verwachsenen **DGB-Gewerkschaften**. Diese wurden beim Wiederaufbau des imperialistischen Staatsapparats nach 1945 als antikommunistische Gewerkschaften geschaffen und stehen seitdem eng mit den Geheimdiensten, dem Staatsapparat und den Unternehmen in Verbindung. Offiziell soll der Aufbau der „Einheitsgewerkschaften“ eine Lehre aus dem Faschismus sein. Ziel war es jedoch, zu verhindern, dass die KommunistInnen Einfluss auf die ArbeiterInnen gewinnen könnten. De facto wurde ein zentralistischer Machtapparat zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems und Co-Management unter sozialdemokratischer Führung geschaffen.



*Stets auf der Seite des Kapitals: Ehemaliger IGM-Chef Berhold Hubergen*

Auf der **betrieblichen Ebene** verschmilzt der Gewerkschaftsapparat direkt mit den Monopolen. Hierbei geht es insbesondere um die freigestellten Betriebsräte und insbesondere um die Betriebsratsvorsitzenden, sowie bei den großen Aktiengesellschaften um die im Rahmen der Mitbestimmung in die Geschäftsleitung entsandten gewerkschaftlichen Aufsichtsräte. Deren Gehälter sind als Teile des Aufsichtsrats an die Unternehmensgewinne und somit direkt an Interessen der Kapitalisten gebunden.<sup>13</sup> Sie agieren als Co-Manager und nicht im Interesse der ArbeiterInnen.

Auf der **überbetrieblichen Ebene** verschmilzt der Gewerkschaftsapparat mit dem Staatsapparat. Zum Beispiel direkt, indem GewerkschaftsvertreterInnen bei den Arbeitsgerichten, in den Berufsgenossenschaften, den Sozialkassen usw. tätig werden. Indirekt über die personellen Verflechtungen mit den bürgerlichen Parteien und den entsprechenden Posten und Einfluss im bürgerlichen Politikbetrieb.

## DIE IDEOLOGISCHE ROLLE

Die bürgerliche Ideologie dringt in verschiedenen Facetten über mannigfache Kanäle des Staatsapparats in die Massen ein. Die Propaganda entspricht dabei der Herrschaftsausübung durch Integration und Repression und bemüht sich darum, die Massen zu manipulieren.

Im **Bildungssystem** werden die Massen in der Illusion erzogen, sie würde in einem „demokratischen Rechts- und Sozialstaat“ leben. Neben einem bürgerlichen Bewusstsein für demokratische- und Bürgerrechte ist dies gepaart mit antikommunistischer, „anti-totalitaristischer“ Erziehung. Kritische Lehrer werden durch Instrumente wie den „Radi-

<sup>13</sup> Der VW-Betriebsrat Osterloh verdiente z.B. 750.000 € jährlich (<https://www.zeit.de/2017/21/vw-betriebsrat-chef-bernd-osterloh-gehalt>)



### Wichtige staatliche propaganda-Kanäle

kalenerlass“ und „Berufsverbote“ mundtot gemacht. Umgekehrt werden 75% der Lehrer versucht durch den Beamtenstatus an das System zu binden. Das Bildungssystem selbst wird immer mehr den kapitalistischen Notwendigkeiten spezialisierter „Fachidioten“ unterworfen.

Staatliche **Propaganda-Kanäle** (Bundeszentrale für politische Bildung, staatliches Fernsehen & Rundfunk) verbreiten ebenfalls „Demokratie“-Illusionen. Gleichzeitig werden rassistischen und faschistischen Positionen rechter Politiker massive Medienpräsenz eingeräumt. „Kritische“ und „linksliberale“ Positionen werden als Feigenblatt zugelassen. Kommunistische und revolutionäre Positionen kommen überhaupt nicht vor.

Im verborgenen steuern **Geheimdienste** die verschiedenen Formen der Propaganda. Sie beeinflussen die öffentlichen Positionen, Filmemacher in Kunst und Kultur, nutzen bürgerliche Medien und bauen faschistische Organisationen auf, die ihrerseits mit Propagandaaktionen die Stimmung nach rechts ziehen.

Auf Seite der Kapitalisten sind vor allem die großen **Medienkonzerne** Instrumente der Verbreitung der bürgerlichen Ideologie unter den Massen. Sie sind extrem zentralisiert und spielen eine bedeutende meinungsbildende Rolle. Eine zentrale Rolle spielt – neben den Medien des „Axel-Springer-Verlags“ der Bertelsmann-Konzern. Es handelt sich dabei um einen der größten Medienkonzerne der Welt mit Medien in allen Bereichen. Hier werden sowohl unzählige Gesetze vorbereitet wie auch die Stimmung beeinflusst. So wurden die Werke Thilo Sarrazins durch den Bertelsmann-Konzern publiziert.

## DIE MILITÄRISCHE ROLLE

Eine Kernaufgabe des Staates ist die Herrschaft des Kapitals mit Hilfe des „staatlichen Gewaltmonopols“ nach innen und außen abzusichern.

Im **Inneren** sichert der Staat die kapitalistische Infrastruktur und die bürgerliche Rechtsordnung. Damit garantiert er die kapitalistische Ausbeutung und das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Somit agiert er hier im Interesse aller Kapitalisten.

Nach **außen** agiert der Staatsapparat, um mit Krieg und Besatzung Absatzmärkte, Rohstoffsicherheit, Handelswege und geostrategischen Einfluss zu sichern. Hier wird sein Handeln im wesentlichen durch deutsche Weltmonopole bestimmt.

Der Aufbau des Repressionsapparats nach 1945 hatte zwei widersprüchliche Tendenzen. Zum einen wurden zur Schwächung des deutschen Imperialismus und als Zugeständnisse an die antifaschistische Bewegung einige Maßnahmen getroffen, die es so in anderen Ländern nicht gab:

1. Trennung zwischen Polizei und Geheimdienst; Verbot der uneingeschränkten Weitergabe von Informationen
2. Geheimdienste haben keine Exekutivrechte; Polizei keine geheimdienstliche Rechte;
3. starke Föderale Orientierung: Landespolizeien und Landesämter des Inlandsgeheimdienstes
4. Verbot von Angriffskriegen und Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Ziel der Alliierten war es, damit zu verhindern, dass der deutsche Imperialismus als Großmacht wieder aufersteht. Gleichzeitig entstand für die westlichen Alliierten die Notwendigkeit, im Kampf gegen die Sowjetunion dem deutschen Repressionsapparat als Frontstaat dennoch eine gewisse Stärke zu verleihen und zu stabilisieren. Dafür sind die Organe der staatlichen Repression, Geheimdienste, Militär, Polizei, Justiz personell von alten Faschisten aufgebaut worden, die nun in einer „bürgerlich-demokratischen“ Hülle agierten.

Folgende grobe historische Phasen hat der Aufbau des Sicherheitsapparats seitdem durchgemacht:

- Ab 1945: Aufbau von Polizei und Geheimdienststrukturen durch erfahrene Nazis – insbesondere gegen die DDR und die Sowjetunion.
- Um 1955: Offizielle Wiederbewaffnung der BRD; Armee und Geheimdienst konnten wieder offen bestehen.
- 1968-78: Gegen die „68er“-Bewegung und später die Rote Armee Fraktion (RAF) wird der Repressionsapparat sprunghaft ausgebaut (Notstandsgesetze etc.).

- Nach 1990: Mit dem Fall der Sowjetunion und der DDR fällt die unmittelbare Bedrohung weg. Somit wird der Repressionsapparat Stück für Stück auf neue Bedingungen im Kampf um Welt hegemonie mit dem Mittel der Europäischen Union umgewandelt.
- Seit 2001: Mit dem 11. September wird der „globale Kampf gegen den Terrorismus“ begonnen und der NATO-Bündnisfall ausgerufen. In diesem Zusammenhang wird vor allem die Trennung zwischen „innerer“ und „äußerer Sicherheit“ immer mehr aufgehoben.



In den letzten Jahrzehnten wurden alle wichtigen Schlussfolgerungen aus dem Faschismus ausgehöhlt. Wir können Tendenzen zur personellen und finanziellen Aufstockung, Spezialisierung, Zentralisierung auf Bundesebene und EU, bei gleichzeitiger Verschmelzung der verschiedenen Organe erkennen.

Es gibt nun nur noch wenige Einschränkungen, wie solche, dass die Geheimdienste keine legalen Exekutivrechte haben und die jeweiligen Bundesländer oft noch ihr eigenes Süppchen kochen.

Wir können sehen dass der Staat seit der Einverleibung der DDR seinen Repressionsapparat systematisch umgebaut und „fit gemacht“ hat – sowohl für die Niederschlagung von Aufständen im Innern als auch für die totale Kriegsmobilisierung. Man kann heute davon sprechen, dass sich der Staatsapparat beschleunigt darauf vorbereitet, innerhalb kürzester Zeit von seiner bürgerlichen-demokratische Fassade auf einen dauerhaften Ausnahmezustand – mit Ausschaltung demokratischer Grundrechte – und später einer offenen Diktatur umzuschwenken.<sup>14</sup> Der gesetzliche Rahmen sowie die Instrumente dafür sind mittlerweile weitestgehend geschaffen und un-

tereinander vernetzt. Jedoch fehlt es dem deutschen Repressionsapparat teilweise noch an menschlichen und technischen Kapazitäten, um diesen Rahmen auszufüllen sowie der Erfahrung im repressiven Umgang mit Massenaufständen und militärischer Intervention im 21. Jahrhundert. Hier sind Länder wie die USA (Regelmäßiger Einsatz der Nationalgarde im Innern, hunderttausende Soldaten im Ausland) oder Frankreich (Ausnahmezustand, Niederschlagung von ArbeiterInnenkämpfen, regelmäßige Militärinterventionen in anderen Ländern) „geübt“.

Im Folgenden wollen wir uns die verschiedenen Bereiche des deutschen Repressionsapparat und seine Funktionen genauer anschauen.

### Polizei

Die **Polizei** ist das Gewaltorgan im Inneren des deutschen Staates. Sie hat die Aufgaben, die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ zu gewährleisten und strafbare und ordnungswidrige Handlungen zu verfolgen. Die Polizei wird auf Länder-Ebene und bundesweit als Bundespolizei und Bundeskriminalamt organisiert. Gegenüber der politischen Widerstandsbewegung wendet sie heute Repression an, um diese einzuschüchtern, außer Gefecht zu setzen und falls nötig auch zu liquidieren.

Polizei-Einheit	Aufgabenbereiche	Mitarbeiter/innen	Budget (in Mrd. €)	Spezialeinheiten
Bundeskriminalamt (BKA)	- Kriminelle Vereinigungen und politisch motivierte Strafsachen („oberste Staatsschutzbehörde“)	5500	0,5 Mrd. €	BKA-MEK
Bundespolizei	- Schutz von Bundeseinrichtungen, Bahnhöfen und Luftverkehr (inkl. Abschiebungen) - Einsatz bei Großereignissen wie Fußballspielen und Massendemonstrationen	41000	3,3 Mrd. €	BFE BFE+ GSG9 MEK SEK
Landespolizeien	- Kriminalpolizei, - Schutzpolizei (Streife) - Bereitschaftspolizei (Hundert-schaften)	274.441	/	BFE MEK SEK

<sup>14</sup> In Frankreich kann beobachtet werden, wie bürgerliche Demokratie und Ausnahmezustand miteinander verschwimmen.

## Geheimdienste

Rechnet man alle Polizeistrukturen zusammen, kommt man auf rund 320.000 Polizisten. Im Jahr 1950 lag diese Zahl noch bei rund 125.000. Damit kommt mittlerweile auf ca. jede 260. Person in Deutschland ein Polizist. Insgesamt hat Deutschland heute bezogen auf die EinwohnerInnenzahl eine höhere Polizeidichte als 1938 – ausgebildet zur Aufstandsbekämpfung und ausgerüstet mit militärischen Waffen.

Von 1991 bis 2017 haben sich die Ausgaben für „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ – unter welche auch die Ausgaben für die Polizei fallen – von 23,234 Milliarden € auf 50,524 Milliarden € fast verdoppelt. Der Anteil an den Gesamtausgaben des Staates erhöhte sich von 3 auf 3,5%. Obgleich der Polizeipararat massiv aufgerüstet wird, gibt es immer wieder Zeitungsberichte über überlastete Polizeieinheiten und Millionen Überstunden. Erfolge wie die Proteste gegen den G20-Gipfel und der dortige Kontrollverlust der Exekutive zeigen, dass schon solche qualitativ und quantitativ wenig entwickelten Proteste die Polizei an ihre Grenze bringen können.

In der BRD gibt es offiziell drei Geheimdienste auf Bundesebene: Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischer Abschirmdienst (MAD), Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), sowie Verfassungsschutz-Ämter auf Landesebene. Daneben gibt es noch zwei Behörden, die zwar nicht offiziell als Geheimdienste bezeichnet werden, jedoch so arbeiten: Das Informations- und Kommunikationstechnikzentrum (IKTZ) und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI). Die Tätigkeit der Geheimdienste ist darauf ausgerichtet, die Stabilität des kapitalistischen Staates gegenüber den wechselnden politischen Mehrheitsverhältnissen, die demokratische Wahlen mit sich bringen, abzusichern: Deshalb findet ein wesentlicher Teil ihrer Arbeit unabhängig vom Parlament und seinen Kontrollgremien, aber auch unabhängig von der Regierung statt, wenngleich die politische Führung über die Geheimdienste beim Bundeskanzleramt zentralisiert ist.

Die verschiedenen Funktionen der Dienste sind in der Tabelle aufgelistet:

<b>Öffentlich bekannte Geheimdienste der Bundesrepublik</b>	<i>Mitarbeiter/innen</i>	<i>Budget (in Millionen €)</i>
<b>Bundesnachrichtendienst (BND): Auslandsgeheimdienst</b> - Instrument deutscher Konzerne im internationalen Konkurrenzkampf (Industriespionage & Abwehr, Organisation von Verträgen, Lieferungen, Sicherstellung von Handelswegen etc.). - Zusammenarbeit mit der Bundeswehr bei internationalen Einsätzen; Unterstützung pro-imperialistischer Bewegungen. - geheimdienstliche Arbeit im Inland (Spionage&„Terrorismus“-Abwehr)	6500 (1500 im Ausland)	500
<b>Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Inlandsgeheimdienst</b> - Infiltration von „Extremistischen“ Bewegungen zur Zersetzung (Linke) oder Steuerung (faschistische Bewegung) - Führen von tausenden Informanten, Verbindungsleuten, Verdeckten Ermittlern oder ‚freien Mitarbeitern‘	3100	350
<b>Landesämter für Verfassungsschutz (LfV): (Geheimdienste der BL)</b> - Aufgaben ähnlich wie BfV	ca. 3000	/
<b>Militärischer Abschirmdienst (MAD): Geheimdienst der Bundeswehr</b> - Verhinderung von Spionage und Unterwanderung von links und durch gegnerische Geheimdienste.	1250	73
<b>Informations- und Kommunikationstechnikzentrum (IKTZ): Geheimdienst der Bundespolizei<sup>1</sup></b> - Überwachungs- und Infiltrationsaufgaben für die Bundespolizei.	/	/
<b>Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI): IT-Geheimdienst</b> - Abwehr von Cyberangriffen und Spionage auf Systeme des Staates und Konzernen; Schutz kritischer Infrastruktur <sup>2</sup>	800	/

1 Der Vorgänger, die „Gruppe Fernmeldewesen“ war ein bis 1994 unbekannter und illegal agierender Geheimdienst des Bundesgrenzschutzes. Als solcher hat er unter anderem Abhöranlagen in der Zelle des RAF-Mitglieds Andreas Baader installiert.

2 Das BSI stellt sich nach außen als eine Dienstleistungsbehörde für IT-Sicherheit der Bundesbürger dar. In Wirklichkeit ist es ein Geheimdienst der 1991 aus einer Abteilung des BND entstand.

Insgesamt umfassen die Geheimdienste offiziell rund 16.000 Beschäftigte. Das Budget der deutschen Geheimdienste kann auf 1-2 Milliarden € im Jahr geschätzt werden.

Die Geheimdienste sind den Interessen der deutschen Monopole untergeordnet. Dazu erklärte beispielsweise Hans-Georg Maaßen, ehemaliger Chef des BfV, ganz offen: „Wir als Bundesverfassungsschutz sehen uns als Dienstleister für die deutsche Wirtschaft. Wir beraten Unternehmen, weil wir ein gemeinsames Interesse haben: Die deutsche Industrie, die deutsche Wirtschaft will wachsen und wir wollen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt wird.“<sup>15</sup>

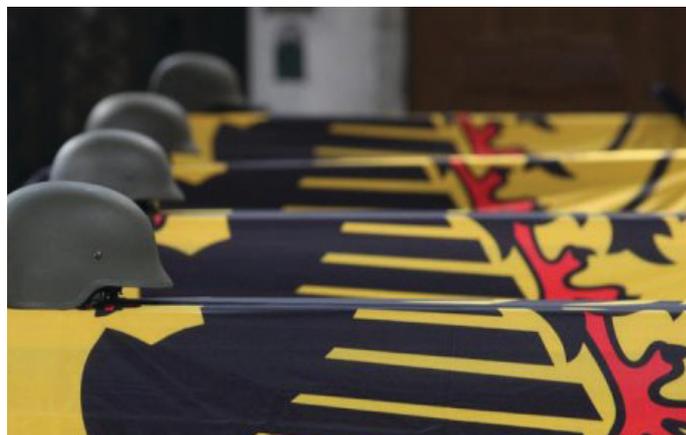
## Militär

Gegenwärtig gibt es 178.000 Soldaten sowie 55.000 zivile Beschäftigte in der Bundeswehr.<sup>16</sup> Die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 ging mit einer Professionalisierung der Bundeswehr einher. Hintergrund ist die Notwendigkeit einer Armee, die in der Lage ist, innere Aufstandsbekämpfung durchzuführen und nach außen hin aggressiver aufzutreten.

Die Bundeswehr führt keine offizielle Statistik über ihre Zusammensetzung – nicht ohne Grund.

Bekannt ist: im Jahr 2016 hatten 26% der Soldaten im einfachen Dienst einen Migrationshintergrund. Im Mittleren Dienst haben 14% einen Migrationshintergrund, im Gehobenen Dienst 10% und im Höheren Dienst nur noch 7%. Insgesamt liegt der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund (und deutschem Pass) in der Bundeswehr bei 14,4%.<sup>17</sup> Des weiteren betrug 2011 der Ostdeutschenanteil in der Bundeswehr insgesamt rund 30% (bei 16% der Bevölkerung) – bei den Mannschaftsdienstgraden waren es sogar 62%.<sup>18</sup> Jedoch waren 198 der 200 Generäle und Admirale im Jahr 2016 Westdeutsche.<sup>19</sup> Das sind wichtige Widersprüche innerhalb der Bundeswehr.

Die **Ausgaben für das Militär** sanken nach 1991 (30,571 Milliarden) auf einen Tiefpunkt im Jahr 2000 (22,121 Milliarden) und steigen seitdem wieder. Im Jahr 2017 auf einen vorläufigen Höhepunkt (35,326 Milliarden). Der Anteil an den gesamten Staatsausgaben sank jedoch von 4% (1991) auf 2,5% (2017). Für die kommende Zeit sind weitere Erhöhungen angekündigt. Offiziell soll der deutsche Wehretat



*Soldat: Todsicherer Job*

bis 2020 gegenüber früheren Planungen um insgesamt 10,6 Milliarden Euro auf dann 39,2 Milliarden Euro wachsen. Das Verteidigungsministerium fordert weitere Erhöhungen auf 49 Milliarden € bis 2021. Dabei hatte sich die Bundesregierung schon auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales und erneut auf dem Gipfel in Warschau 2016 dazu verpflichtet, bald zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das heißt rund 60 Milliarden € – für Verteidigung auszugeben. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland bei der Finanzierung des Militärs massiv zurück. Auch wenn Ausgaben nicht alles sind, kann man sehen, dass sich die deutsche Bourgeoisie dieser Schwäche bewusst ist und durch massive Aufrüstung versucht aufzuholen.

Von der Aufrüstung profitiert insbesondere auch die **Waffenindustrie**, die eng mit dem Militär verschmolzen ist. Hier ist die Waffenexportpolitik ein wichtiges Mittel des deutschen Imperialismus. So gehört Deutschland weltweit zu den fünf größten Waffenexporteuren (Marktanteil 4,7% von 2011-2015), das Exportvolumen betrug 2016 fast 7 Milliarden €. Dennoch ist festzuhalten, dass die Rüstungsindustrie nicht einflussreicher als andere industrielle Bereiche ist – auch da es in der klassischen Rüstungsindustrie weniger als 20.000 direkt Beschäftigte gibt und die Rüstungsausgaben Deutschlands verhältnismäßig gering sind.

Der deutsche Imperialismus hat seit 1990 schrittweise die letzten historisch bedingten gesetzlichen Beschränkungen umgeworfen, denen **Einsätze der Bundeswehr im Ausland** noch unterlagen. In einem Grundsatzurteil erklärte das Bundesverfassungsgericht 1994 Bundeswehreinsetze auch außerhalb des NATO-Gebiets für verfassungskonform. Seit 1990 nahm die Bundeswehr offiziell an Einsätzen in der Türkei, im Persischen Golf, in Kambodscha, im Irak, in verschiedenen Teilen Ex-Jugoslawiens, in Somalia, Ruanda, Georgien, im Sudan und zuletzt – auch mit eigenen „Krisenreaktionskräften“ – in

<sup>15</sup> <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/meldungen/me-20150619-wirtschaftsgipfel-2015>

<sup>16</sup> <https://zeitgedanken.blog/2017/09/08/auslandseinsaetze-der-bundeswehr/>

<sup>17</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-jeder-vierte-einfache-soldat-hat-migrationshintergrund-14321511.html>

<sup>18</sup> <https://www.welt.de/debatte/article13063856/Starbt-in-Zukunft-nur-der-Osten-fuers-Vaterland.html>

<sup>19</sup> <https://www.augsburger-allgemeine.de/panorama/Haben-es-Ostdeutsche-schwerer-bei-der-Bundeswehr-General-zu-werden-id37964752.html>



*Heimatschutz-Einheiten „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte“ (RSUKr) in Essen*

Afghanistan teil. 108 Soldaten sind dabei gestorben, davon die Hälfte Aussiedler<sup>20</sup> oder aus Ostdeutschland<sup>21</sup>. Die Kriege der letzten 25 Jahre haben 21 Milliarden € gekostet. Die Anzahl deutscher Soldaten im Ausland ist derzeit rückläufig. Waren es 2006 noch 9000 Soldaten sind es 2018 nur noch 4000.

In Deutschland herrscht noch eine Verhältnismäßig große Ablehnung gegenüber Auslandseinsätzen, was von der deutschen Bourgeoisie als großes Problem gesehen wird. Aus diesem Grunde wird systematisch versucht militaristische Agitation durch die Bundeswehr an Schulen, Universitäten und im Internet zu treiben – auch um das Nachwuchsproblem der Bundeswehr anzugehen.

Laut einer „repräsentativen Umfrage“ vom November 2016 befürworten inzwischen 41% der erwachsenen deutschen Bevölkerung ein stärkeres internationales „Engagement“ der BRD. Im Vorjahr waren es 34%.

Der **Bundeswehreinsatz im Innern** ist bereits seit den Notstandsgesetzen von 1968 im Falle des „Notstands“ erlaubt. Mittlerweile sind die Möglichkeiten der Bundeswehr weitaus größer. Sie umfassen unter anderem: Unterstützung von NATO-Institutionen und von US-Stützpunkten, „Hilfeleistung“ im Inland bei Katastrophen sowie Schutz „kritischer Infrastruktur“ bei „asymmetrischen Bedrohungen“<sup>22</sup>. Der Einsatz im Innern ist heute hauptsächlich eine politische Frage. Es gibt jedoch nach wie vor eine gesellschaftliche Hemmschwelle für den Einsatz – an-

ders als etwa in den USA und Frankreich, wo es auch eine dauerhaft präsente Militärpolizei gibt.

Für den Einsatz im Innern wird die Bundeswehr derzeit im Rahmen der „Zivil-Militärischen Zusammenarbeit“ (ZMZ) immer mehr mit zivilen Strukturen verschmolzen. Die früher bestehende Grenze zwischen „Zivilschutz im Verteidigungsfall“ und „Katastrophenschutz in Friedenszeit“ wird aufgehoben<sup>23</sup>, die Bundeswehr standardmäßig in den neu geschaffenen „Bevölkerungsschutz“ integriert.<sup>24</sup> In ca. 500 sog. Wehrbereichskommandos und lokalen Verbindungskommandos sitzen im ganzen Land über 5.300 Offiziere und vor allem Reservisten in Gebäuden der Behörden und anderen zivilen Einrichtungen. In nicht näher bestimmten „Katastrophenfällen“ oder bei „terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen“ sollen sie militärische Lagebilder erstellen, die zivilen Rettungskräfte „koordinieren“ – also befehligen – und mit schwerem Kriegsgerät im Inland eingesetzt werden. Die Bundeswehr bekam damit Zugriff auf die rund 3,5 Millionen Freiwilligen in zivilen Rettungsdiensten, wie Feuerwehr, Rotes Kreuz, Malteser, DLRG, Johanniter usw. Zusätzlich zu den Einrichtungen der ZMZ wurden auch eigene militärische „Heimatschutz“-Strukturen für den Einsatz im Innern geschaffen. Die „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte“ (RSUKr) bestehen aus Reservisten, die in Kompanie-Stärke (100-130 Soldaten) in insgesamt 30 Kompanien aufgestellt sind.

20 Unter „Aussiedlern“ versteht man Personen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit haben und erlaubt wird, aus einem Staat Osteuropas in die BRD überzusiedeln.

21 <https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/bundeswehr-auslandseinsatz/>

22 <https://euro-police.noblogs.org/2007/10/heimatschutz-die-alte-trennung-von-innerer-und-u-erer-sicherheit-ist-von-gestern/>

23 <https://euro-police.noblogs.org/2007/10/heimatschutz-die-alte-trennung-von-innerer-und-u-erer-sicherheit-ist-von-gestern/>

24 „Im Sinne der vernetzten Sicherheit handelt es sich um praktizierte Integration militärischer Fähigkeiten in gesellschaftliche Aufgaben.“ (Wolfram Kühn, Inspekteur der Streitkräftebasis)

## Ausländisches Militär und Geheimdienste in Deutschland

Da die BRD als Frontstaat gegen die Sowjetunion aufgebaut wurde, ist der Repressionsapparat bis heute eng mit ausländischen Geheimdiensten und Militär verbunden.

Insgesamt waren 1990 auf dem Gebiet des vereinigten Deutschlands noch ca. 800.000 ausländische Militärangehörige plus zivile Beschäftigte stationiert.<sup>25</sup> Dieser Anteil verringerte sich nach 1990 deutlich. So gab es 2016 noch 40.763 ausländische Soldaten in Deutschland. Die Militärbasen befinden sich heute vor allem in Rheinland-Pfalz, NRW und Baden-Württemberg. Sie haben weiterhin hohe militärische Bedeutung. Von Ramstein aus wird z.B. der Drohnenkrieg in Afghanistan mit extralegalen Hinrichtungen gesteuert. Auch sind auf deutschem Boden amerikanische Nuklearwaffen stationiert, die mit deutschen Tornados abgeworfen werden können.

Die deutschen Geheimdienste wurden alle maßgeblich durch die amerikanischen Geheimdienste bzw. von ihnen beauftragte alte Nazi-Kader aufgebaut. Noch immer gibt es deshalb eine enge Verbindung mit den amerikanischen Diensten (siehe NSA-Skandal), was zu gewissen Abhängigkeiten von den US-Diensten führt. Gerade in den letzten Jahren ist wieder eine weiter zunehmende Aktivität ausländischer Geheimdienste in Deutschland zu verzeichnen.<sup>26</sup>

### Die offizielle politische Leitungs-Ebene

Für alle Entscheidungen im Bereich der Repression gibt es neben der innerorganisatorischen Hierarchie eine zentrale offizielle politische Leitungsebene. Diese liegt im Bundeskanzleramt. Hier werden die politischen Richtlinien für die Repressionstrategien in der „Nachrichtendienstlichen Lage“ und der „Präsidentenlage“ vorgegeben. Des Weiteren existieren heute dauerhafte Krisenstäbe wie z.B. das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) für den Bereich des islamischen Fundamentalismus oder das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ)“ für die anderen „Extremisten“, wo regelmäßig Beauftragte aller Geheimdienste und aller Polizeigliederungen zusammenarbeiten. Hier wird das Trennungsgebot zwischen Polizei, Geheimdienst und Militär ganz offen aufgehoben.

Wir können jedoch davon ausgehen, dass neben den offiziellen Gremien die wichtigen allgemeinpolitischen Entscheidungen in den Strukturen des tiefen Staats getroffen bzw. diskutiert werden.<sup>27</sup>

### Justiz

Neben den offiziellen Organen der „Exekutive“ darf die „Judikative“ als wichtiger Teil des Repressionsapparats nicht vergessen werden. Die Justiz ist für die Durchführung von Gerichtsverfahren zuständig. Dadurch soll die „Öffentliche Ordnung“ aufrechterhalten werden und auch die fortschrittliche Bewegung mit „rechtsstaatlichen Mitteln“ bekämpft werden.

Der Generalbundesanwalt ist dabei der „oberster Staatsschützer“. Der Justizminister hat dabei ein Weisungsrecht, dies gilt insbesondere für die Verfolgungsermächtigung in „Anti-Terrorverfahren“. Er kann Vorgaben zur rechtlichen und tatsächlichen Sachbearbeitung machen. Auch hier wird die „Gewaltenteilung“ aufgehoben. Mögliche Strafmaße gehen von Sozialstunden über Geldbußen hin zu Bewährungs- oder Gefängnisstrafen.

Die **Gefängnisse** sind wichtige Orte der Repression des Staates. Hier sollen die Menschen gefügig gemacht werden, damit sie sich in Zukunft den Regeln des Staates unterwerfen. In Deutschland kommen auf 100.000 Menschen 77 Gefangene (Stand 2017). Seit 2000 sinkt dabei die Gefangenenrate. In europäischen Ländern liegt der Durchschnitt bei etwa 100 Gefangenen pro 100.000 Einwohner. Zum Vergleich: Die USA haben mit 666 die zweithöchste Gefangenenrate der Welt.

### Faschistische Bewegung & Extralegale Organisationen

Neben den offiziellen Institutionen und Aufstandsbekämpfungseinheiten organisiert der Staat faschistische Bewegungen und extralegale Organisationen (Todesschwadronen).

Historisch zeigt sich das Vorgehen des Staates in diesem Bereich beispielhaft am Aufbau der „Stay-Behind“-Struktur („Gladio“) in Deutschland. Nach 1945 wurden durch die NATO unter Führung der amerikanischen und britischen Geheimdienste CIA und MI6 in dutzenden europäischen Ländern inoffizielle „Untergrund“-Armeen aus überzeugten anti-

25 Zahlen nach Fleckstein, Bernhard: Fremde Truppen in Deutschland; München: SOWI-Arbeitspapier Nr. 44 1990

26 <http://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Aktuelles/Immer+mehr+auslaendische+Geheimdienstmitarbeiter+in+Deutschland>

27 Selbst die offiziellen eingerichteten Gremien werden öffentlich in den entscheidenden Situationen anders gehandhabt. So wurde Bspw. 1977 ein „Großer Krisenstab“ nach Entführung von Schleier durch die RAF eingerichtet: Neben Helmut Kohl, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Strauß, Genscher, Graf Lambsdorff nahm auch öfter der Vorsitzende von Daimler Benz Joachim Zahn teil. Diese setzen Nachrichtensperre, Kontaktsperre für die RAF usw. durch.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN UND ENTWICKLUNGSTENDENZEN

kommunistischen Guerilla-Kämpfern in Kooperation mit den lokalen Geheimdiensten aufgebaut. Sie hatten eine doppelte Aufgabe: Zum einen sollten sie im Falle einer sowjetischen Intervention und Besetzung aktiv werden. Ihre Aufgabe wäre es, den Widerstand in Form eines reaktionären Partisanenkampfes gegen die sowjetischen Besatzer zu organisieren. Dafür legten sie Waffendepots an und organisierten Trainings. Eine andere Aufgabe ergab sich daraus, dass die europäischen Geheimdienste offiziell keine Terroranschläge unter „falscher Flagge“ (sogenannte „False-Flag-Operationen“) verüben dürfen. Diese Aufgaben wurden von „Gladio“ übernommen, wie man z.B. bei den Anschlägen in Bologna und München 1980 sehen konnte, welche versucht wurden linken Gruppen unterzuschieben.<sup>28</sup> Ziel dieser „False-Flag-Operationen“ ist zum einen, die linke Bewegung zu delegitimieren und vom Rest der Bevölkerung zu spalten und zum anderen, die Repression gegen diese erhöhen zu können.

In Deutschland waren unter anderem der „Bund Deutsche Jugend – Technischer Dienst“ (BDJ-TD) und die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in diese Strukturen mit einbezogen.<sup>29</sup> Mit dem Ende der Sowjetunion wurde die Stay-Behind zwar offiziell aufgelöst<sup>30</sup>, existiert jedoch in veränderter Form weiter. Das zeigt sich mit dem Auffliegen des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU), der als Teil der Blood&Honour/Combat 18-Struktur in Deutschland mordete. Personelle Verstrickungen, geschredderte Akten und ermordete ZeugInnen zeigen, wie deutsche Geheimdienste diese Struktur aufbauten und sich darum bemühen ihre Verbrechen zu verschleiern.

In der Repressionsstrategie des Staates kommen den faschistischen Untergrundarmeen bestimmte Aufgaben zu:

- Ein Klima der Angst schaffen, was zu politischer Passivität und der Angst um das eigene Leben („jeder könnte der nächste sein“) führt
- Spaltung in der Klasse zu vertiefen (z.B. durch inszenierten „Rassenkrieg“)
- Festigung von faschistischen Strukturen nach Innen
- Legitimation für weiteren Aufbau des Staatsapparat schaffen
- Todesschwadronen für den „Ernstfall“, um RevolutionärInnen wie auch ehrliche bürgerliche DemokratInnen zu eliminieren.

Beim deutschen imperialistischen Staat handelt es sich um einen erfahrenen und mächtigen Apparat, der sich durch seine besondere Stabilität und seine Erfahrung im Einsatz von Integration und Repression als doppelte Herrschaftsstrategie auszeichnet. Er ist das zentrale Herrschaftsinstrument des deutschen Kapitals, insbesondere des Monopolkapitals.

Im **wirtschaftlichen** Bereich ist sein bedeutendes Ziel die Unterstützung und Förderung von marktbeherrschenden Weltmonopolen und den Einsatz aller Instrumente des Staates dafür (Subvention, Forschung, Ausbildung von Spezialisten, Privatisierung, Industriespionage, Handelskriege, Kriege für Ressourcen usw.). Insgesamt ist zu beobachten, wie die Herrschaft der Monopole über den Staatsapparat immer mehr ausgebaut wird, während die unmittelbare wirtschaftliche Betätigung des Staates selbst zurück geht, unter anderem durch einen radikalen Umbau des Bankenwesens und weitere Privatisierungen. Er bleibt jedoch weiterhin ein relevanter wirtschaftlicher Akteur.

Der Staat wird in Zukunft aufgrund verschiedener Faktoren (Hoher Schuldenberg, demographische Entwicklung, Erhöhung von Repressions-Ausgaben, Monopolrettung in der kommenden Krise, Steuereinkünften durch unzureichend steigende Löhne, usw...) in vergrößerte finanzielle Probleme kommen. Dabei wird er versuchen, die sozialen Sicherungssysteme in einem bestimmten Rahmen aufrecht zu erhalten um den „sozialen Frieden“ zu sichern – ein Abbau ist jedoch zu erwarten. Dies wird starken Einfluss auf die Lebensbedingungen der ArbeiterInnenklasse haben – spätestens mit der nächsten Krise.

Des Weiteren ist ein verstärkter Klassenkampf von oben durch den Ausbau der kapitalorientierten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik (Flexibilisierung, Ausweitung von Niedriglohnsektor, Abbau von Arbeitsschutzregelungen, Kündigungsschutz, MieterInnenschutz, Arbeitszeitverlängerung) zu erwarten. Ebenso eine weitere Optimierung der Arbeitskräfteausbildung (Unterordnung der Wissenschaft, Förderung von „Fachidioten“ durch Spezialforschung).

Gerade in der Situation von Krise und Zuspitzung wird das deutsche „sozialpartnerschaftliche“ System mit den DGB-Gewerkschaften weiter gepflegt werden. Dadurch können sich Widersprüche innerhalb des DGB – vor allem zwischen Millionenbasis und FunktionärInnen – verschärfen. Vor allem aber werden hunderttausende unorganisierte ArbeiterInnen zur selbstständigen Organisation gedrängt werden.

28 <http://komaufbau.org/oktoberfestbombe-nsu-prozess-und-weiterentwicklung-des-tiefen-staates>

29 <http://staatundnazishandinhand.blogspot.de/vortrag-als-text/>

30 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/032/1803259.pdf>, S.11

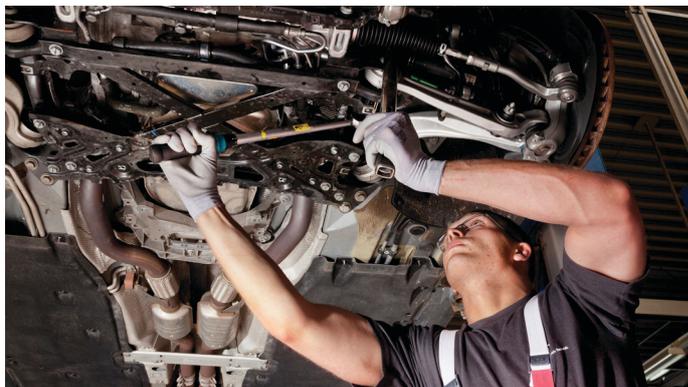
Auch im **ideologischen** Bereich wird die „Demokratie-Lüge“ so lange wie möglich aufrecht erhalten werden – obgleich im Hintergrund weiterhin der Tiefe Staat die langfristige Strategie sichern und die repressive Seite ausgebaut wird. Die ideologische Krise des Parlamentarismus wird sich verschärfen und das Vertrauen der Klasse in etablierte bürgerliche Parteien wird weiter schrumpfen. Das entstehen und die Stärkung „neuer“ bürgerlicher Parteien – ähnlich wie „En Marche“ Frankreich – ist dabei möglich. Dies wird die ideologische Krise jedoch nur kurzzeitig aufhalten.

Zur Lösung der ideologischen Krise ist ein verstärkter Einzug offen chauvinistischer, rassistischer und militaristischer Agitation in die staatlichen Propagandakanäle wahrscheinlich. Daneben wird der Staat durch weitere Unterstützung und Aufbau von faschistischen Organisationen und Bewegungen versuchen, die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen an das kapitalistische System zu binden.

Im **militärischen** Bereich ist eine Fortsetzung des zuletzt begonnenen umfangreichen Ausbaus des Repressionsapparats zu erwarten. Nach innen wird die Polizei in eine militarisierte Polizei mit geheimdienstlichen Befugnissen umgebaut, Finanzen, Personal und Material erweitert. Die historisch entstandenen Trennungen zwischen Land/Bund, Polizei/

Geheimdienst, Inland/Ausland werden beschleunigt aufgelöst werden. Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Inneren und der „Heimatschutz“ durch Soldateneinsatz gegen Protestierende werden wieder eine Rolle spielen. Nach außen wird sich der Staat auf die kommenden imperialistischen Zusammenstöße durch einen sprunghaften Anstieg von Militärausgaben zum Umbau der Bundeswehr auf internationale Kriegsfähigkeit vorbereiten. Dafür benötigt es einer ideologischen und personellen Offensive, um sowohl die Kriegsbegeisterung der deutschen Bevölkerung zu steigern, als auch neue Soldaten zu rekrutieren. Dabei wird es zu einer engeren Zusammenarbeit auf europäischem Niveau und dem Aufbau weiterer europäischer Rüstungsprojekte kommen. Im Bereich der militärischen Infrastruktur wird vor allem eine eigenständige europäische Kommandostruktur vorangetrieben, um den deutschen Imperialismus von den USA weiter zu emanzipieren und als Führung innerhalb Europas eigenständig kriegsfähig zu machen. Insgesamt wird die EU, solange die inneren Widersprüche nicht unüberbrückbar werden, in Zukunft im Kampf um Welthegemonie für den deutschen Imperialismus eine immer bedeutendere Rolle einnehmen. Dies wird in einem künftigen Artikel noch ausführlicher analysiert werden.





# STRUKTUR DER ARBEITERINNEN- KLASSE IN DEUTSCHLAND

Seit dem Karl Marx und Friedrich Engels vor über 150 Jahren die grundlegenden Ökonomische Gesetze des Kapitalismus analysiert haben, hat sich die Gesellschaft stark verändert. Und doch bieten uns ihre Analysen auch heute eine wissenschaftliche Herangehensweise zum Verständnis der Gesellschaft und der Lage der verschiedenen Klassen in ihr. Dabei muss klar sein, dass die Definitionen, Erklärungen und Einschätzungen von Marx und Engels nicht dogmatisch übernommen, sondern dialektisch angewendet und weiterentwickelt werden müssen. Neue Entwicklungen und Erscheinungen müssen analysiert und eingeordnet werden.

## ENTWICKLUNG VON GESELLSCHAFT UND ARBEITERINNENKLASSE

Seit Jahrzehnten verkünden bürgerliche Politiker, Wissenschaftler und Medien das Verschwinden der ArbeiterInnenklasse. Trotz all dieser Behauptungen ist die ArbeiterInnenklasse heute größer denn je, sowohl im Weltmaßstab, als auch in Deutschland. Das wollen wir im Folgenden näher aufzeigen. Die Geschichten über das Verschwinden der ArbeiterInnenklasse sind ein direkter ideologischer Angriff auf

diese. Sie sollen die ArbeiterInnenklasse spalten, um die Ausbeutung der Arbeitskraft steigern zu können. Sie sollen den Zusammenschluss der ArbeiterInnen und das Bewusstsein eine Klasse zu sein verhindern und vereinte Klassenkämpfe unterbinden.

So wie der Kapitalismus entwickelt sich auch die ArbeiterInnenklasse immer weiter. Jede Erneuerung der Technik, jede Veränderung in der Produktion, führt zu einer Veränderung der Klasse, ihrer Zusammensetzung und ihrer Lebensrealität. Der absolute, wie prozentuale Rückgang der Anzahl der ArbeiterInnen in der direkten Industrieproduktion in den imperialistischen Staaten leitet keinesfalls das Ende der ArbeiterInnenklasse ein, sondern ist nur der Ausdruck der in den vergangenen Jahrzehnten neu organisierten internationalen Produktion. Mit diesem Rückgang schrumpft die ArbeiterInnenklasse auch nicht, sondern entwickelt sich nur weiter. In den letzten Jahrzehnten hat das Kapital immer mehr Bereiche der Wirtschaft durchdrungen, die ihm lange Zeit verwehrt wurden und gleichzeitig immer mehr Menschen in sein Ausbeutungssystem mit einbezogen.

Durch die Veränderung der Produktion und Reproduktion sind die Bereiche, die im marxistischen

Sinne produktive Arbeit leisten, also Arbeit die Kapital produziert, massiv gewachsen. Sowohl in der materiellen, als auch in der immateriellen Produktion, sowohl in der direkten Produktion, als auch in der Reproduktion. Dies schließt auch die weitere Ausbreitung der Bereiche die direkt Mehrwert realisieren ein.

## DEFINITION KLASSEN

Wladimir I. Lenin versuchte im Jahr 1919 eine allgemeine Definition für die sich gegenüberstehenden Klassen in der Klassengesellschaft des Kapitalismus fest zu halten:

*„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils von Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft“<sup>1</sup>.*

Auch heute können wir von dieser allgemeinen Definition Lenins ausgehen, denn auch heute definiert sich die Stellung in der Gesellschaft nach dem Verhältnis in welchem die Menschen zu den Produktionsmitteln stehen, welche Rolle sie in den heute oftmals international organisierten Arbeitsprozessen einnehmen und über welchen Anteil am gesellschaftlichen Vermögen sie verfügen. Dabei stehen sich auch heute die Klasse der Kapitalisten (Bourgeoisie) und die der ArbeiterInnen (Proletariat) gegenüber. Auch heute gibt es weiterhin bestimmte Bevölkerungsschichten welche zwischen diesen beiden Klassen stehen. In der Tendenz werden diese Teile der Bevölkerung jedoch immer kleiner bzw. tendieren in ihrer Mehrzahl zu den Arbeits- und Lebensbedingungen des Proletariats (Proletarisierung des Kleinbürgertums) und steigen vereinzelt in die Klasse der Bourgeoisie auf.

Zur **ArbeiterInnenklasse** zählen wir demnach alle Menschen, die keine Produktionsmittel besitzen und dementsprechend gezwungen sind von dem Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben. Die sich zudem in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit in einer im wesentlichen ausführenden oder produzierenden Funktion befinden. Und deren Anteil am gesellschaftlichen Vermögen sich im wesentlichen auf

die Möglichkeit der Reproduktion ihrer Arbeitskraft (der Erfüllung ihrer grundsätzlichen Bedürfnisse) und der ihrer Familien beschränkt.

Im weiteren Sinne sind auch die Familienangehörigen der ArbeiterInnenklasse Teil der selbigen. Das betrifft in erster Linie die mitversorgten Familienmitglieder wie Kinder, nicht für Lohn arbeitende PartnerInnen und in Rente gegangene ArbeiterInnen. Bei der Zugehörigkeit zu den Klassen, spielen bürgerliche Kategorien wie „ArbeiterInnen“, „Angestellte“, „Auszubildende“ keine Rolle.

## ARBEITERINNENKLASSE IN ZAHLEN

Zunächst müssen wir feststellen, dass die bürgerliche Statistik uns keine verlässlichen Zahlen zur Größe und Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse geben kann. Die Kategorien der bürgerlichen Statistik orientieren sich an formalen und juristischen Kriterien die jedoch in keiner Weise das Verhältnis der Menschen zum Kapital und ihre Stellung im Produktionsprozess und der Verteilung des produzierten Reichtums berücksichtigen. Aus Ermangelung eigener Zahlen, müssen wir dennoch auf diese zurückgreifen. Trotzdem können uns diese Zahlen einen ungefähren Eindruck von den grundsätzlichen Entwicklungstendenzen denen die ArbeiterInnenklasse in Deutschland unterworfen ist geben. Es kann uns jedoch nicht darum gehen, jede Arbeiterin und jeden Arbeiter einzeln zu zählen, sondern ein Gefühl für die Zusammensetzung der Klassengesellschaft in Deutschland zu bekommen.

Laut den Zahlen des Statistischen Bundesamtes hat sich die Zahl der **erwerbstätigen Personen** (alle selbstständig und nicht selbstständig arbeitenden Menschen, mit ständigem deutschen Wohnsitz) in Deutschland wie folgt entwickelt (in Millionen):<sup>2</sup>

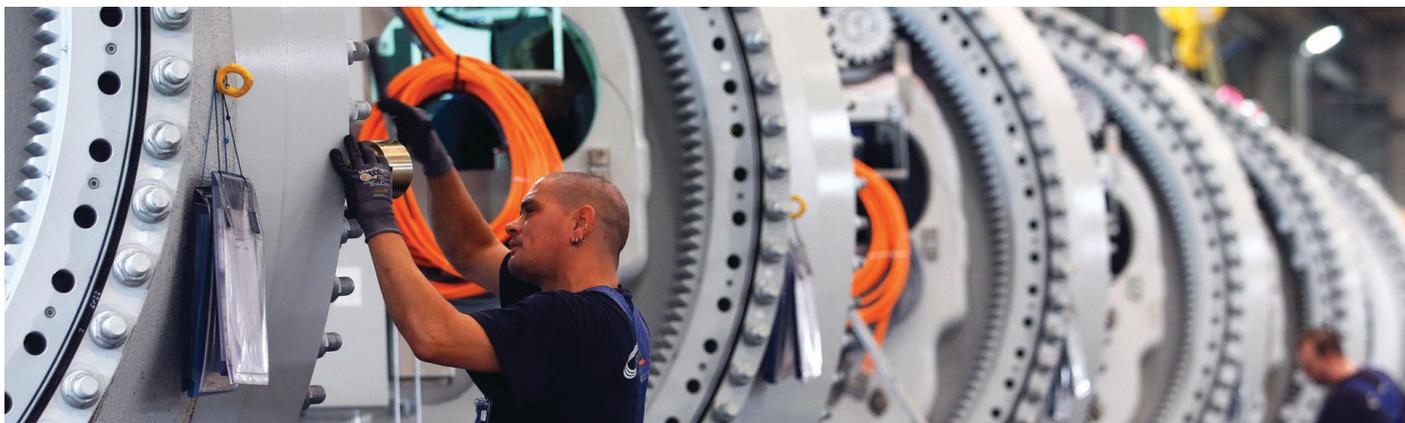
Damit arbeiten heute mehr als die Hälfte der in

Jahr	1991	2000	2010	2016
Anzahl	38,85	39,79	40,98	43,51

Deutschland lebenden Menschen in einem offiziellen Anstellungsverhältnis oder als „Selbstständige“. Zu den oben genannten Zahlen kommen nochmal rund 39 Millionen Menschen hinzu, die nicht arbeiten. Das sind vor allem SchülerInnen, Studierende, RentnerInnen, Arbeitslose, Kinder und Hausfrauen/-männer.

1 Die große Initiative, Seite 410, Lenin Werke 29, Berlin 1984

2 Statistisches Jahrbuch 2017 – Arbeitsmarkt, Statistisches Bundesamt



*Der Produktionssektor ist nach wie vor bedeutend*

## Die ArbeiterInnenklasse wächst

Sehen wir uns die Zahlen und die Entwicklungen in unserer Gesellschaft an, dann können wir feststellen, dass nicht nur die Anzahl der arbeitenden Menschen stetig steigt, sondern vor allem der Anteil der ArbeiterInnen im marxistischen Sinne an dieser immer weiter zunimmt. Wir werden diese Zunahme weiter unten im jeweiligen Punkt genauer nachweisen und hier nur auf allgemeine Aspekte eingehen.

Insbesondere zwei Aspekte zeigen diesen Trend besonders deutlich auf. Seit Jahrzehnten nimmt die **Zahl der arbeitenden Frauen** immer weiter zu. Lag ihre Erwerbsquote 1991 noch bei 57% (bei den 15-65 jährigen), stieg sie bis ins Jahr 2010 auf 66% und lag im Jahr 2016 bei 70,6%. Demgegenüber liegt sie bei Männern bei 78% und hat sich in den vergangenen fünf Jahren kaum verändert.<sup>3</sup> Durch die Einbeziehung von immer mehr Frauen in den Arbeitsmarkt steigt insbesondere der Anteil der ArbeiterInnenklasse an den Erwerbstätigen. Noch immer arbeitet ein Großteil der Frauen in schlecht bezahlten Berufen. Dazu unten mehr.

Hinzu kommt als zweiter Aspekt die immer weitere kapitalistische bzw. **profitorientierte Durchdringung jedes Arbeits- und Wirtschaftsbereichs**. Insbesondere durch die Privatisierung von Staatseigentum und die Öffnung des traditionellen Handwerks hat diese Durchdringung in den vergangenen Jahrzehnten massive Fortschritte gemacht. So sind heute die meisten Teile des Gesundheitssektors und der Reproduktion vollkommen vom Kapital durchdrungen und unterworfen („Weiße Fabriken“). Auch diese „Weißen Fabriken“ arbeiten rein profitorientiert und existieren auf der Grundlage der Abschöpfung des durch die dort arbeitenden Menschen geschaffenen Mehrwerts.

Ähnlich sieht es im Handwerk aus, welches nach wie vor durch feudalistische Überbleibsel wie den

„Meisterzwang“ für die Durchdringung von Kapital begrenzt ist. Auch hier gab es bereits 2004 mit der Handwerksnovelle im Rahmen der Agenda 2010 eine erste Weichenstellung, um diese Hemmnisse nach und nach abzubauen. Damit steigt auch in den traditionellen Handwerksberufen die Anzahl der ArbeiterInnen massiv an.

## Beschäftigte nach Branchen

Doch schauen wir uns an, wie sich die Erwerbstätigen auf die jeweiligen Wirtschaftsbereiche verteilen [Siehe TABELLE 1, S.41]. Auch hier muss gesagt werden, dass die bürgerlichen Zahlen verfälscht sind und eine wirkliche Einteilung der Produktionszweige aus marxistischer Sicht nicht wiedergeben können. Die Angaben stammen vom Institut der Deutschen Wirtschaft (in Millionen)<sup>4</sup>.

Unter der Rubrik „Sonstige Branchen“ sind hier unter anderem Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleister und sonstige Dienstleister zusammengefasst. Zudem stellt die Tabelle1 natürlich nicht die Anzahl der ArbeiterInnen dar, sondern die Anzahl aller arbeitenden Menschen. Dazu zählen außer den ArbeiterInnen vor allem Manager der verschiedenen Managementebenen im Betrieb. Hinzu kommen hier auch alle kleinbürgerlichen Schichten und selbst die Kapitalisten werden hier mitgezählt (letztere machen jedoch einen minimalen Teil aus).

Schauen wir uns die oben genannten Zahlen im Verhältnis zu einander an, kommen wir zu weiteren Ergebnissen [Siehe TABELLE 2, S. 41]<sup>5</sup>: Wir können sehen, dass der Anteil der Menschen, welche etwa im produzierenden Gewerbe (also vor allem der Industrie, dem Baugewerbe und dem Handwerk, sowie der Energiegewinnung) arbeitet zwar im Vergleich

4 deutschlandin zahlen.de – Institut der Deutschen Wirtschaft (IW)  
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

5 Eigene Berechnungen

3 Erwerbstätigenquote 1991 bis 2016, destatis.de

der Verteilung der Arbeitskräfte um 11,53 Prozentpunkte abgenommen hat, in realen Zahlen aber nur um 3,3 Millionen, was heute einem Anteil von 7,56% entspricht. Parallel dazu sind die Menschen welche als „Unternehmensdienstleister“ arbeiten von 2,31 Millionen auf 5,9 Millionen gestiegen. Haben sich also auf mehr als 255% gesteigert. Das hängt damit zusammen, dass die meisten größeren Betriebe und Monopole Teile der notwendigen Arbeiten wie Reinigungsdienste, Wachdienste und die Logistik an externe Firmen auslagern. Das ändert allerdings nichts daran, dass diese Teile zur notwendigen Arbeit gehören und entsprechend der jeweiligen Branche zugerechnet werden müssen.

Auch wenn wir uns die Anteile der Branchen an der Wertschöpfung, also die Gesamtheit der im Produktionsprozess erzeugten Waren und Dienstleistungen anschauen, sehen wir die weiterhin zentrale Bedeutung des produzierenden Gewerbes<sup>6</sup> [Siehe TABELLE 3].

6 deutschlandin zahlen.de – Institut der Deutschen Wirtschaft (IW)  
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Für diese Zahlen gilt zudem das Selbige wie für die vorhergehenden. Auch hier sind unter den sonstigen Branchen 11% Unternehmensdienstleistungen versteckt, die zu einem großen Teil direkt die notwendige aber ausgelagerte Arbeit anderer Unternehmen darstellt und damit oftmals direkt zur Produktion gehört.<sup>7</sup>

Trotz vieler Mängel zeigen jedoch auch diese Zahlen ganz deutlich, dass alle Geschichten von Deutschland als reiner Dienstleistungsgesellschaft nichts anderes sind als Märchen. Es findet nicht nur ein Großteil der Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe statt, sondern auch ein großer Teil der ArbeiterInnen ist hier beschäftigt.

Weder die Verlegung von Produktionsketten ins Ausland, noch die Technisierung haben zu einem wirklich drastischen Bedeutungsverlust dieses Sektors auf dem deutschen Arbeitsmarkt geführt.

7 ebd.

**TABELLE 1: Wirtschaftszweige (Anzahl der Beschäftigten in Millionen)**

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Öffentlicher Dienst, Erziehung, Gesundheit	Sonstige Branchen
1991	1,17	13,86	8,81	8,09	6,86
2000	0,76	11,36	9,38	9,06	9,36
2010	0,66	10,04	9,48	9,92	10,92
2016	0,62	10,56	9,98	10,74	11,74

**TABELLE 2: Wirtschaftszweige (Anteil der Beschäftigten)**

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Öffentlicher Dienst, Erziehung, Gesundheit	Sonstige Branchen
1991	3,02%	35,73%	22,71%	20,86%	17,68%
2000	1,90%	28,46%	23,50%	22,70%	23,45%
2010	1,61%	24,48%	23,11%	24,18%	26,62%
2016	1,42%	24,20%	22,87%	24,61%	26,90%

**TABELLE 3: Wirtschaftszweige (Anteil an Wertschöpfung)**

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Öffentlicher Dienst, Erziehung, Gesundheit	Sonstige Branchen
1991	1,2%	36,9%	16,2%	15,9%	29,9%
2000	1,1%	30,9%	16,0%	17,1%	35%
2010	0,7%	30,2%	16,0%	17,8%	35,4%
2016	0,6%	30,5%	16,0%	18,2%	34,6%

Wie wenig Aussagekräftig die Zahlen der einzelnen Branchen sind, zeigten auch die Berechnungen von Jörg Miehe in seinem Artikel in dem Buch „Arbeitende Klasse in Deutschland“.<sup>8</sup> Miehe kritisiert dort ebenso wie wir hier, die mehr oder weniger wahllose Einteilung bestimmter Wirtschaftszweige in die oben genannten Branchen. Miehe guckt sich daher die einzelnen Zweige der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) genauer an und teilt diese neu in die drei Sektoren Materielle Produktion, Vermittlung und Dienste ein. Daraus ergibt sich bei Miehe folgende Tabelle für die Verteilung der Erwerbstätigkeit (in Millionen):

Jahr	Materielle Produktion	Vermittlung	Dienste
1991	17,936	7,300	13,113
	47%	19%	34%
2004	16,222	7,115	15,396
	42%	18%	40%

Miehes Auflistung, welche auf der selben bürgerlichen Datenbasis (VGR) wie die oben stehenden Tabellen beruhen, weisen jedoch eine deutlich unterschiedliche Verteilung der Erwerbstätigen aus. Laut dieser Aufstellung arbeiteten selbst im Jahr 2004 immer noch leicht mehr Menschen in Deutschland in der materiellen Produktion, als in „Dienstleistungsberufen“. Das widerlegt zudem den Mythos der „Dienstleistungsgesellschaft“, sowie den der vollautomatischen Produktion.

Gerade die Technisierung und Automatisierung der Produktion stößt entgegen der bürgerlichen Propaganda in der Umsetzung an ihre Grenzen. Dies musste erst kürzlich der Technologiekonzern Tesla feststellen. Er hat bei der Produktion seiner neuen Elektroautos fast ausschließlich auf automatisierte Produktion und den Einsatz von Robotern statt Menschen gesetzt. Nun musste Tesla eingestehen, dass dadurch die Produktion sogar verlangsamt und ungenauer wurde.<sup>9</sup> Grundsätzlich geht es unserer Meinung nach bei den Diskussionen um Automatisierung und Digitalisierung nicht um eine Ersetzung des Menschen durch Maschinen, sondern um eine Verlagerung von Arbeitsplätzen und -tätigkeiten. Das Kapital kann nicht auf die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft verzichten, da es seinen ganzen Reichtum daraus zieht.

<sup>8</sup> Zur Struktur der Erwerbstätigkeit und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in der BRD von 1957/1970 bis 2005, in Arbeitende Klasse in Deutschland, 2008, Pahl-Rugenstein Verlag

<sup>9</sup> „Tesla-Chef Musk erklärt Produktionsprobleme beim Model 3“, handelsblatt.de 16.04.2018

Bei einer Annäherung an eine konkrete Zahl oder einen prozentualen Anteil der ArbeiterInnenklasse an den Erwerbstätigen bzw. der in Deutschland lebenden Bevölkerung helfen uns die oben genannten Ausführungen von Jörg Miehe jedoch kein bisschen weiter. Miehe versteht in einem dogmatischen Sinne nur die ArbeiterInnen, „die entweder der materiellen Produktion zugehören oder damit produktiv verbunden sind“ als Teil einer „Arbeiterklasse im orthodoxen und modernen Sinn“. Miehe zählt hier 1,4 Millionen technische Angestellte und 5,2 Millionen Arbeiter. Dabei geht Miehe weder darauf ein, zu welchen Klassen die restlichen 38 Millionen arbeitenden Menschen gehören, noch was mit den 39 Millionen offiziell nicht arbeitenden Menschen in Deutschland ist. Miehe zeigt hier ein äußerst dogmatisches und falsches Verständnis von ArbeiterInnenklasse, welches schon den Definitionen von Marx und Engels widerspricht. Auch auf die Herausforderung diese allgemeinen Definitionen auf die heutige Realität und Veränderungen anzuwenden und zu konkretisieren gibt Miehe damit keinerlei Antworten. Auch wir haben heute noch keine endgültigen Antworten, können jedoch erste Einschätzungen treffen, die in Zukunft weiter konkretisiert werden müssen.

## Bildung

Mit der Veränderung der Produktion und seinen Bedingungen, ändern sich auch die Anforderungen an die ArbeiterInnen. Insbesondere die immer weiter fortschreitende Spezialisierung macht eine allgemeine Hebung des „Bildungsniveaus“ notwendig. Während viele ArbeiterInnen im 19. und Anfang des 20. Jahrhundert kaum lesen und schreiben konnten, sind heute immer höhere Schul- und Universitätsabschlüsse gefordert. Nichtsdestotrotz gibt es auch in Deutschland im 21. Jahrhundert immer noch rund 2 Millionen AnalphabetInnen, Probleme beim lesen und schreiben sollen insgesamt 7,5 Millionen Menschen in Deutschland haben.<sup>10</sup> Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Verteilung der Schulabschlüsse welche in den Jahren 2005 und 2015 gemacht wurden:<sup>11</sup>

Abschlüsse	2005	2015
Allg. Hochschule	22%	31%
Fachhochschule	10%	9%
Mittlere Abschluss	39%	40%
Hauptschule	22%	15%
Ohne Abschluss	6%	4%

<sup>10</sup> Level-One-Studie, Universität Hamburg, 2011

<sup>11</sup> Statistisches Jahrbuch 2017 – Bildung, Statistisches Bundesamt

## ÖKONOMISCHE SCHICHTUNG DER ARBEITERINNENKLASSE



Im Wintersemester 2017/2018 studierten in Deutschland 2,84 Millionen Menschen an Hochschulen und Fachhochschulen. So viele Menschen, wie noch nie. Seit 1991 hat die Anzahl der Studierenden um 60% zugenommen.<sup>12</sup> Heute beginnt fast jeder zweite Jugendliche ein Studium. Die Studienanfängerquote betrug im Jahr 2016 45%.

Im Jahr 2006 arbeiteten bereits 9 Millionen Erwerbstätige mit einem Hochschulabschluss, das entspricht 21% aller arbeitenden Menschen. Seit 2007 ist die Anzahl der Menschen mit einem akademischen Abschluss in Deutschland um rund 40% (2,6 Millionen) gewachsen. Diese Tendenz wird auch in den kommenden Jahren weiter anhalten, insbesondere weil die Nachfrage nach hochqualifizierten Beschäftigten immer weiter steigt.<sup>13</sup> Diese Entwicklung führt insbesondere zu einem Abbau der Privilegien der „Intelligenz“ und verschärft die Tendenzen der Proletarisierung solcher Berufe, welche seit langem hohe Bildungsabschlüsse voraussetzen. Dazu unten mehr.

Heute zeichnet sich die Schichtung der ArbeiterInnenklasse vor allem durch die immer komplexere Verflechtung verschiedener Arbeitsverhältnisse aus. Dabei wurden insbesondere seit dem Beschluss der Agenda 2010 gezielt „flexible“ Arbeitsmodelle etabliert und ausgebaut. Zudem wird der Lohn der ArbeiterInnenklasse gezielt nach unten gedrückt. Die Agenda 2010 ist also nicht nur eine massive Umverteilung bei den Arbeitslosen und der Grundsicherung gewesen, sondern vor allem ein Angriff auf Löhne und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen. Die Ergebnisse dieser Angriffe lassen sich prozentual wie in [TABELLE 4] darstellen<sup>14</sup>:

Unter normal Beschäftigte fallen alle ArbeitnehmerInnen, welche in Vollzeit arbeiten, einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben und nicht in Leiharbeit arbeiten. Zur atypischen Beschäftigung werden hingegen alle Arbeitsverhältnisse gezählt, die in Teilzeit, als geringfügige oder befristete Beschäftigung, sowie als Leiharbeitsverhältnis durchgeführt wird. Heute bekommen 44% der neue eingestellten Beschäftigten nur noch einen befristeten Vertrag. Damit wird die atypische Beschäftigung immer mehr zum neuen „Normalarbeitsverhältnis“. Die hier genannten Selbstständigen unterteilen sich nochmal in 54,4% ohne Angestellte und 45,6% mit eigenen Angestellten und decken damit einen großen Bereich von den durch staatliche Gelder mitfinanzierten „Ich-AGs“ bzw. die Schein-Selbstständigen bis zu großen Inhaber-geführten Unternehmen ab. Dadurch hat diese Kategorie nur eine sehr begrenzte Aussagekraft.

<sup>12</sup> Statistisches Bundesamt, lange Reihen, Studierende, destatis.de

<sup>13</sup> Akademikerinnen und Akademiker, Blickpunkt Arbeitsmarkt, Mai 2018, Bundesagentur für Arbeit

<sup>14</sup> Statistisches Jahrbuch 2017 – Arbeitsmarkt, Statistisches Bundesamt

**TABELLE 4: Arbeitsverhältnisse**

Jahr	Geschlecht	Normal Beschäftigte	Atypisch Beschäftigte	Selbstständige
1991	Gesamt	77,5%	14,5%	8%
	Männer	83%	6%	11%
	Frauen	72%	23%	5%
2016	Gesamt	69%	21,5%	9,5%
	Männer	76%	12%	12%
	Frauen	62%	31%	7%

## Festangestellte

Die Zahl der arbeitenden Menschen steigt seit 1991 kontinuierlich an. Parallel dazu sinkt der Anteil der Menschen mit einem „normalen“ Arbeitsplatz, den Festangestellten. So arbeiten heute rund 8,5% der Beschäftigten weniger in einem solchen. Da atypische Arbeitsverhältnisse dazu genutzt werden den Lohn der ArbeiterInnen massiv zu drücken, steigt mit dem Abbau der Normalarbeitsverhältnisse auch der Druck auf diese massiv an. Wer heute seinen Job in Festanstellung verliert, hat schlechte Chancen wieder einen solchen zu bekommen. So vermitteln die Arbeitsagenturen und Jobcenter seit Jahren mehr als 30% aller Arbeitslosen in den Leiharbeitssektor. Mit dem Abbau der Festangestellten und Vollzeitjobs, sinkt auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Sie ist parallel zur Normalbeschäftigung seit 1991 gesunken. Eine Folge davon ist unter anderem die steigende Erwerbsarmut bzw. Renten, welche nicht mehr zum Leben reichen. 1991 haben rund 28,9 Millionen Beschäftigte Vollzeit gearbeitet, im Jahr 2016 waren es nur noch 25,6 Millionen (Da immer mehr Menschen arbeiten, jedoch mit steigender Tendenz nicht in Vollzeit).

## Leiharbeit

Insbesondere durch staatliche Subventionierungen und die zwangsweise Vermittlung der Arbeitsagenturen und Jobcenter ist der Bereich der Leiharbeit in den vergangenen Jahren massiv angewachsen und ersetzt immer mehr Stellen von zuvor Festangestellten. Sie ist zudem ein adäquates Mittel um die Löhne der ArbeiterInnenklasse massiv zu senken. So verdienen LeiharbeiterInnen im Durchschnitt monatlich 1.300 Euro weniger als ihre festangestellten KollegInnen. Das entspricht einem Lohngefälle von 42%.<sup>15</sup> Hinzu kommt die dauerhafte Angst innerhalb weniger Wochen oder Monate wieder auf der Straße zu stehen und kein Einkommen mehr zu haben. Allein 35% der Arbeitsverhältnisse enden in den ersten drei Monaten.

Im Jahr 2017 haben im Jahresdurchschnitt mehr als 1,13 Millionen Menschen als LeiharbeiterInnen gearbeitet. Das entspricht seit dem Jahr 1994 einer Zunahme von fast 1.000%.<sup>16</sup> Die Leiharbeit ist nach wie vor ein Feld, das vor allem männliche Arbeiter betrifft. So waren 2017 70% der Leiharbeiter männlich und 30% weiblich.

Laut der Bundesagentur für Arbeit werden 42%

der LeiharbeiterInnen direkt in Produktionsberufen eingesetzt. Hinzu kommen 31% in „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufen“, welche vielfach ebenfalls direkt zur Produktionssphäre gehören.

## Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung

Auch die Teilzeitarbeit, sowie die geringfügige Beschäftigung ist ein gigantisches Ausbeutungsfeld menschlicher Arbeit. Allein mit der Begründung der nicht Existenz eines Normalarbeitsverhältnisses werden hier ebenso wie in der Leiharbeit deutlich niedrigere Löhne (und keine oder kaum Sozialabgaben) gezahlt. Laut dem Wissenschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung<sup>17</sup> arbeiteten 2016 in Deutschland mehr als 8,4 Millionen Menschen in Teilzeit. Das entspricht einem Zuwachs von 184% seit dem Jahr 2003. Damit arbeitet fast jede fünfte Erwerbsperson in Teilzeit. Hinzu kommen nochmal 5,14 Millionen ausschließlich geringfügig Beschäftigte, sowie 2,6 Millionen nebenberuflich geringfügig Beschäftigte. Seit 1991 hat die Teilzeitquote der Beschäftigten massiv zugenommen. Waren 1991 gerade einmal 17,9% der Beschäftigten in Teilzeit tätig oder geringfügig beschäftigt, so sind es heute etwa 39%.

Allein 6,72 Millionen der Teilzeitbeschäftigten in Deutschland sind Frauen, das entspricht einem Anteil von 80%. Bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten machen Frauen mit 3,2 Millionen einen Anteil von 62,3% aus. Insgesamt müssen also 13,54 Millionen Menschen in Deutschland mit dem auskommen, was sie durch die Teilzeitarbeit oder geringfügige Beschäftigung verdienen, bzw. sind auf staatliche Unterstützung angewiesen und den Schikanen der Jobcenter ausgeliefert.

## Arbeitslose

Spätestens mit der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus ist die Arbeitslosigkeit eine chronische und dauerhafte Erscheinung geworden. Sie nutzt der herrschenden Klasse ganz konkret um die Löhne der gesamten ArbeiterInnenklasse zu senken. Vor allem in ökonomischen Krisen steigt die Arbeitslosigkeit massiv an und erhöht damit auch den Druck auf den Teil der Klasse, welcher noch Arbeit hat. Der deutsche Staat hat mit der Agenda 2010 den Druck auf alle Menschen ohne Arbeit massiv erhöht und versucht diese seit dem möglichst gewinnbringend auszubeuten. Dazu zählen etwa auch Zwangsmaßnahmen und Zwangsarbeit in Form von sogenannten Ein-Euro-Jobs.

15 Angaben der Bundesagentur für Arbeit, Antwort Parlamentarische Anfrage Die Linke März 2017

16 Aktuelle Entwicklungen in der Zeitarbeit, Bundesagentur für Arbeit, Februar 2018

17 Atypische Beschäftigung in Deutschland, 2017, boeckler.de

Laut den offiziellen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit waren im Jahresdurchschnitt 2017 mehr als 2,53 Millionen Menschen in Deutschland Arbeitslos.<sup>18</sup> Hinzu kommen nochmal eine Millionen Menschen, welche sich in Maßnahmen der Arbeitsagenturen und Jobcenter befinden oder kurzzeitig Arbeitsunfähig sind. Insgesamt lag die Anzahl der Arbeitslosengeld II-BezieherInnen (Hartz IV) im Jahr 2017 bei 4,37 Millionen Menschen und damit bei rund 10% der Erwerbspersonen. Dabei geht ein großer Teil der BezieherInnen arbeiten, jedoch reicht der dafür erhaltene Lohn nicht zum Leben, so dass mit Hartz IV „aufgestockt“ werden muss.

Insgesamt waren im Jahr 2016 mehr als 6 Millionen Menschen auf Sozialleistungen des Staates angewiesen und lebten überwiegend davon. Dazu zählen BezieherInnen von Arbeitslosengeld I und II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Elterngeld, der Pflegeversicherung und BAföG.

### Informeller Sektor

Laut einer Studie des Entwicklungszentrums der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aus dem Jahr 2009 sollen weit mehr als die Hälfte aller arbeitenden Menschen weltweit im „Informellen Sektor“ arbeiten. Informell bedeutet dabei, dass kein offizielles Arbeitsverhältnis besteht und somit insbesondere keine Steuern oder Sozialabgaben gezahlt werden. Weltweit sollen rund 1,8 Milliarden Menschen informeller Arbeit nachgehen, hinzu kommen 1,2 Milliarden Menschen mit offiziellen Arbeitsverhältnissen.<sup>19</sup>

Laut Berechnungen des Tübinger Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) für das Jahr 2016 soll der Umfang des Informellen Sektors in Deutschland rund 336 Milliarden Euro umfassen. Das entspricht rund 10,8% des deutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP).<sup>20</sup> Die Schätzungen des Instituts gehen davon aus, dass der informelle Sektor in Deutschland im Verhältnis zum BIP seit dem Jahr 2009 kontinuierlich geschrumpft ist. Von einem Umsatz 2009 von 352 Milliarden Euro auf 336 Milliarden Euro 2016. Laut verschiedenen Studien in den Jahren 2001 bis 2008 gaben 13-25% der Männer und 6-16% der Frauen an, in den vergangenen 12 Monaten illegal beschäftigt gewesen zu sein.<sup>21</sup>

Inwieweit diese Berechnungen bzw. Schätzungen realistisch sind, oder viel zu gering ausfallen, kann



*Bei der Reinigung ist Schwarzarbeit üblich*

hier nicht beurteilt werden, sie zeigen aber, dass Millionen Menschen unter oftmals sehr prekären Bedingungen und mit keinerlei Rechten arbeiten. Rund 90% der häuslichen Betreuung, Gartenarbeiten und Nachhilfe soll zum Beispiel als informelle Arbeit („Schwarz“) stattfinden.

### Lumpenproletariat

Das Lumpenproletariat ist eine grundsätzlich andere Kategorie als die Arbeitslosen, es handelt sich dabei nicht um einen rein ökonomischen Begriff. Wie bereits oben beschrieben, ist die Arbeitslosigkeit heute chronisch und kann insbesondere in Krisenzeiten große Teile der ArbeiterInnenklasse treffen (Siehe etwa Griechenland und Spanien seit der letzten Krise). In die Kategorie des „Lumpenproletariats“ fallen all jene Kleinkriminellen, Drogendealer und kriminellen Straßenbanden, die durch ihre Lage der Käuflichkeit durch die Herrschenden ausgesetzt sind. Sie bilden eine Reserve der Bourgeoisie im Kampf gegen die RevolutionärInnen und KommunistInnen und die in revolutionäre Aktion versetzte ArbeiterInnenklasse. Ebenso fallen tendenziell Bettler, Obdachlose, Drogenabhängige und auch ein Teil der Langzeitarbeitslosen in diese Kategorie.

Die gemachten Ausführungen sollen weder aussagen, dass sie diese Menschen kein Interesse daran haben, dieses System zu überwinden oder etwa nicht organisiert werden können. Es sind jedoch aus ihrer ökonomischen Lage heraus grundsätzlich schwankende Elemente, welche der Bourgeoisie und hier insbesondere dem „tiefen Staat“, den besten Ansatzpunkt gibt, diese für die Konterrevolution zu „kaufen“.

Das Lumpenproletariat darf jedoch nicht mit der großangelegten und nach kapitalistischer Profitlogik strukturierten sogenannten „Organisierten Kriminalität“ verwechselt werden. Mafiastrukturen, großangelegter Drogen-, Waffen- und Menschenhandel sind viel mehr der schwarze Teil der kapitalistischen

18 Presseinfo Nr. 2 2018, Jahresrückblick 2017, Bundesagentur für Arbeit

19 epo.de, OECD: Mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen weltweit arbeiten im informellen Sektor

20 Pressemitteilung IAW Februar 2016

21 Illegale Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2017

Produktion. Sie ist oftmals direkt in die kapitalistischen Staatsapparate eingebunden und teil davon. Sie funktionieren ähnlich wie die kapitalistischen Monopole und haben mit abgestiegenen Elementen des Proletariats nichts mehr zu tun. Die untersten Glieder der „Organisierten Kriminalität“ hingegen fallen wie beschrieben in die obige Kategorie.

### RentnerInnen

In Deutschland steigt die Anzahl der RentnerInnen von Jahr zu Jahr an und das trotz der mehrfachen Anhebung des Renteneintrittalters. Während es 1992 noch 19,27 Millionen Renten gab, wuchsen diese bis ins Jahr 2016 auf 25,65 Millionen an.<sup>22</sup> Ein Anstieg um 33%. Die RentnerInnen machen mit 31% fast ein Drittel der gesamten Bevölkerung aus.

Immer mehr RentnerInnen können nicht oder kaum noch von ihrer Rente leben. Laut dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) arbeitete 2017 jede/r neunte RentnerIn zwischen 65 und 74 Jahren (942.000 Menschen). Für 37% der arbeitenden RentnerInnen ist die Arbeit weiterhin die Hauptquelle ihrer Einkünfte. 18,3% der über 65 Jährigen waren 2016 in Deutschland armutsgefährdet bzw. von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Dabei sind mit 20,8% Frauen deutlich öfter betroffen als Männer (15,6%). Die Bertelsmann-Stiftung sagt für die kommenden Jahre eine deutliche Steigerung der Altersarmut voraus. Demnach könnte bis 2036 jede/r fünfte RentnerIn von Altersarmut betroffen (20%). Bei den alleinstehenden Frauen wird die Quote voraussichtlich auf 28% ansteigen.<sup>23</sup> Damit wäre fast jede dritte alleinstehende Frau von Altersarmut betroffen.

Seit Jahrzehnten sinkt dabei das Rentenniveau immer weiter ab. Das Rentenniveau richtet sich dabei am vorher verdienten Durchschnittsverdienst aus. Laut der Deutschen Rentenversicherung ist eine weitere Absenkung des Rentenniveaus bis ins Jahr 2030 geplant. Während das Rentenniveau im Jahre 1978 noch bei 59,5% lag, ist es bis 2016 auf 48% geschrumpft. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Deutsche Rentenversicherung rechnen mit einer weiteren Absenkung bis ins Jahr 2030 auf 44,3%. Das bedeutet zwar nicht das die Renten real sinken, sie steigen jedoch weit weniger als die Löhne und die steigenden Lebenshaltungskosten im selben Zeitraum. Damit werden zusätzlich zu anderen Faktoren perspektivisch immer mehr Menschen von Altersarmut betroffen sein.

<sup>22</sup> Anzahl der Renten 1999-2016, de.statista.com

<sup>23</sup> Entwicklung der Altersarmut bis 2036, Policy Brief 2017/2, Bertelsmann Stiftung

## ARBEITERARISTOKRATIE

Auch heute gibt es einen Teil der ArbeiterInnenklasse, welcher von der Bourgeoisie besonders bestochen wird und dadurch nicht im Sinne seiner eigentlichen Interessen, sondern im Sinne der Herrschenden handelt.

Dazu gehört in allen imperialistischen Ländern heute die Gewerkschaftsbürokratie der „gelben“ Gewerkschaften, die sich zwar als Vertreterin der ArbeiterInnenklasse gibt, aber objektiv nicht als Kampfinstrument der Klasse wirkt, sondern diese wo es geht verhindert und die Wut der ArbeiterInnen mit faulen Kompromissen erstickt. Ähnlich sieht es mit einem Großteil der freigestellten BetriebsrätInnen, insbesondere in den großen Monopolbetrieben aus. Diese BetriebsrätInnen werden gemäß dem Betriebsverfassungsgesetz genauso bezahlt wie vergleichbare KollegInnen. Da der Betriebsrat im Zuge der Mitbestimmung auch bei der Beförderung dieser „vergleichbaren KollegInnen“ mitzubestimmen hat, ist er in der immer wiederkehrenden Situation quasi über seine eigenen Beförderung mit zu entscheiden.

Nicht allein und in erster Linie die Höhe des Gehalts, sondern vielmehr die Funktion und Stellung im Betrieb sind ausschlaggebend für das Hinüberschwanken auf die Seite der Bourgeoisie. Zur Arbeiteraristokratie kann ihrer Funktion nach auch der Apparat der Sozialdemokratie (heute in erster Linie SPD und Die Linke) gezählt werden.

## VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN

Wie bereits oben bei der Definition der Klassen geschrieben, gehört zu ihrer Einteilung auch der Anteil am gesellschaftlichen Reichtum. Diesen wollen wir uns hier etwas genauer ansehen.

### Verteilung auf die Bevölkerung

Schauen wir uns die Entwicklung der Stundenlöhne in den vergangenen Jahrzehnten an, so sieht man auch hier eine klare Entwicklung. Laut dem Verteilungsbericht 2017 des DGB hat sich der reale Bruttostundenlohn in den Jahren 1995-2015 wie folgt verändert: Bei den Ärmsten 40% der Bevölkerung sind die realen Bruttostundenlöhne um durchschnittlich 6% gefallen. Gleichzeitig sind sie bei den reichsten 40% um 9% gestiegen. Dadurch verteilt sich auch der jeweilige Anteil am Gesamtvermögen immer weiter ungleichmäßig.

Allgemein können wir feststellen, dass es seit Jahrzehnten eine Tendenz gibt, dass die Zwischenschichten zwischen den sehr niedrigen und sehr hohen Ein-

kommen und Vermögen immer weiter schwinden. Ein Teil verliert deutlich und sinkt hinab, während ein anderer Teil deutlich gewinnt. Damit schmilzt eine vorhandene „Einkommens-Mittelschicht“ immer weiter zusammen.

Laut Angaben der Deutschen Bundesbank verteilt sich das Vermögen wie folgt auf die deutschen Haushalte<sup>24</sup>:

In Euro	Netto-Vermögen
Unterste 5%	-3.000
1. Zehntel	0
2. Zehntel	2.400
3. Zehntel	10.700
4. Zehntel	27.100
Oberste 5%	> 722.000

Das hier benannte Netto-Vermögen umfasst dabei alle Vermögensarten eines Haushaltes. Dazu zählen Geld- und Immobilienvermögen, sowie Betriebs- und Sachvermögen. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung<sup>25</sup> wird hier sogar noch genauer und schlüsselt das Pro-Kopf-Nettohaushaltsvermögen auf. Demnach haben die ärmsten 23% der Bevölkerung in Deutschland gar kein Vermögen (bzw. Schulden). Hinzu kommen weitere 38% der Bevölkerung mit einem Vermögen zwischen 1.000 und 50.000 €.

### Geografische Unterschiede

Auch geografisch können wir große Unterschiede in der Beteiligung am gesellschaftlichen Einkommen und Vermögen feststellen. So gibt es einerseits ein deutliches Armutsgefälle zwischen Ost-West, aber auch Nord-Süd, dazu kommen extrem arme Städte und Regionen wie Bremen oder große Teile des Ruhrgebiets.

Doch sehen wir uns zunächst die Entwicklung der Armutsquote in Deutschland (Ost-West) an. Die statistische Armutsgrenze in Deutschland lag im Jahr 2015 bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 1033 €. <sup>26</sup>

Jahr	BRD	Ost	West
2005	14,7%	20,4%	13,2%
2010	14,5%	19,0%	13,3%
2015	15,7%	19,7%	15,0%

<sup>24</sup> Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2016

<sup>25</sup> Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2017

<sup>26</sup> Armutsquoten in Ost und West 2005-2016, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

Wir sehen also auch 27 Jahre nach der Einverleibung der DDR in die BRD gibt es weiter eine deutlich höhere Armutsquote in Ostdeutschland, als im Westen. Hintergrund davon ist einerseits eine höhere Arbeitslosigkeit (West 4,9% - Ost 7,1%) und Unterbeschäftigung (West 6,8% – Ost 9,7%)<sup>27</sup> und andererseits die deutlich niedrigeren Löhne. Laut der Bundesagentur für Arbeit verdienten 2015 Beschäftigte in Ostdeutschland im Durchschnitt 24% weniger als in einem vergleichbaren Arbeitsverhältnis in Westdeutschland.

Doch auch in Westdeutschland gibt es Städte und Regionen, welche eine mit Ostdeutschland vergleichbare ökonomische Situation aufweisen. Dazu gehören etwa das Bundesland Bremen mit einer Arbeitslosenquote von 10% und einer Unterbeschäftigungsquote von 13,9%. Oder Teile von Nordrhein-Westfalen, hier insbesondere die ehemaligen Industriestädte im Ruhrgebiet. Allen voran Gelsenkirchen und Duisburg mit einer Arbeitslosenquote von 13,8% bzw. 11,8% und einer Unterbeschäftigungsquote von 18,5% bzw. 15,3%.

Zudem entwickelt sich in einer Gegenbewegung seit Jahren ein immer weiter wachsendes Süd-Nord Gefälle, welches perspektivisch auch das West-Ost Gefälle überlagern kann. Diese Entwicklung geht insbesondere auf eine deutlich höhere Industrialisierung Süddeutschlands zurück. Dabei entwickeln sich auch die südlich gelegenen ostdeutschen Bundesländer deutlich positiver als die nördlichen.<sup>28</sup>

## TENDENZEN DER PROLETARISIERUNG

Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals führt nicht nur unweigerlich zur Bildung von Monopolen, sondern auch zum tendenziellen Abstieg großer Teile des Kleinbürgertums und der kleineren und mittleren Bourgeoisie.

Diese Entwicklungstendenz wird durch zahlreiche Gesetzesveränderungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten begünstigt und beschleunigt. Diese Gesetzesänderungen erleichtern es den Monopolen bisher reglementierte Bereiche der Wirtschaft vollkommen zu durchdringen. Zu diesen Gesetzen gehört z.B. die im Rahmen der Agenda 2010 angenommene Handwerkerrechtsnovelle ebenso, wie die massiven Privatisierungen im Bildungs-, Beförderung- und Versorgungsbereich.

<sup>27</sup> Arbeitsmarkt im Überblick – Berichtsmonat April 2018, Bundesagentur für Arbeit

<sup>28</sup> Das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle in Deutschland, Hamburgisches Welt Wirtschafts Institut (HWWI), 2016

## „Selbstständige“

Laut den offiziellen bürgerlichen Statistiken arbeiten rund 10% aller Erwerbspersonen als Selbstständige. Dabei sind Selbstständige nicht einfach mit Kapitalisten gleichzusetzen, denen große Monopole und Fabriken gehören, sondern es ist zunächst eine bürgerlich-juristische Definition. Selbstständig sind demnach alle Menschen, welche nicht in der Abhängigkeit eines Vorgesetzten und auf eigene Rechnung arbeiten. Dazu zählen große Kapitalisten genauso wie einfache FreiberuflerInnen. Also sowohl MillionärInnen, als auch SchuhputzerInnen oder StraßenkünstlerInnen. Von den 4,14 Millionen Selbstständigen im Jahr 2016 haben mit 55,9% deutlich mehr als die Hälfte selber gar keine Angestellten. Sie verkaufen selber nur ihre Arbeitskraft, in Form von Dienstleistungen bzw. die Produkte ihrer Handarbeit.<sup>29</sup>

Ein beträchtlicher Teil der Selbstständigen bzw. FreiberuflerInnen, sind eigentlich lediglich schein-selbstständig. Schätzungen gehen von bis zu 20% aller Selbstständigen aus. Scheinselbstständige unterscheiden sich lediglich dadurch von angestellten ArbeiterInnen, dass sie keinen festen Arbeitsvertrag haben, sondern auf eigene Rechnung arbeiten. Sie arbeiten weit überwiegend nur für einen oder wenige Auftraggeber und sind deshalb finanziell vollkommen von diesem Abhängig. Wir sehen also, auch unter den sogenannten „Selbstständigen“ gibt es viele Arbeiterinnen und Arbeiter, welche in keinem anderen Ausbeutungsverhältnis stehen, wie andere ArbeiterInnen, nur tragen sie hier zusätzlich alle Risiken der Kapitalisten. Die bürgerliche Kategorie der Selbstständigen fast hier sowohl ArbeiterInnen, als auch Kleinbürger und Kapitalisten zusammen.

### Handwerk

Jahrhunderte lang war das Handwerk durch die Einrichtung von sogenannten Gilden und später den „subjektiven Berufszulassungsschranken“ (wie dem heutigen Meisterzwang) der Vorherrschaft des Bürgertums und später der Kleinbürger unterworfen. Im Rahmen der Agenda 2010 wurde 2004 durch die Handwerkerrechtsnovelle diese Bastion des Kleinbürgertums angegriffen und damit die Barrieren für die Durchdringung mit Kapital und die Monopolbildung abgebaut. Zunächst wurden durch die Gesetzesänderung 53 der 94 in Deutschland zulassungspflichtigen Handwerksberufe vom Meisterzwang und dem Inhaberprinzip befreit. Die beratende Monopolkommission hatte der Bundesregierung nahegelegt, den Meisterzwang bei allen Berufen des



*Auch im zähen Handwerk gibt es eine Tendenz zur Monopolisierung*

Handwerks aufzuheben und damit einen Jahrzehntelangen „Mittelstandsprotektionismus“ aufzubrechen. Auch wenn dies bisher nur bei rund 56% der Berufe der Fall ist, wird das Gesetz perspektivisch auf alle Berufe ausgeweitet werden.

Bereits jetzt sieht man das Vordringen der Monopole im Handwerk. Als ein Beispiel sei hier das Bäckerei-Handwerk genannt. So sind von den Mitte der 1990er Jahre existierenden rund 26.000 Meisterbetrieben im Jahr 2016 nur noch 11.737 übrig.<sup>30</sup> Das entspricht einem Rückgang von 55%. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Verkaufsstellen an. Monopolisierung konkret: heute haben 52% der Betriebe einen Marktanteil von 15%, demgegenüber stehen 2,2% der Betriebe mit einem Marktanteil von mehr als 52%. Ähnlich sieht es zum Beispiel auch im Kfz-Handwerk aus. Hier verringerte sich die Anzahl der Kfz-Werkstätten von 40.800 im Jahr 2005 auf 38.400 im Jahr 2015. Ein Rückgang um 5,88%. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Beschäftigten von 169.195 im Jahr 2005 auf 283.701 im Jahr 2015. Eine Zunahme von 67,7%.<sup>31</sup>

Diese beiden Beispiele zeigen nicht nur eine massive Monopolisierung des Handwerks, sondern auch die Proletarisierung der dort arbeitenden Bevölkerung. Das Handwerk verliert damit tendenziell seinen Stand als Bastion des Kleinbürgertums. Diese Tendenzen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Prozess noch lange dauern wird und auch widersprüchlich verlaufen kann. So werden gerade in ländlichen Gebieten die Familienbetriebe wohl noch lange Zeit das klassische Handwerk dominieren, während die Entwicklung in den großen Städten und Ballungsräumen deutlich schneller vonstatten gehen wird.

<sup>30</sup> Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

<sup>31</sup> Anzahl der Kfz-Werkstätten in Deutschland / Beschäftigte in Kfz-Werkstätten in Deutschland, de.statista.com.

<sup>29</sup> Statistisches Jahrbuch 2017 – Arbeitsmarkt, Statistisches Bundesamt

Auch in der Landwirtschaft sehen wir ganz ähnliche Tendenzen. Während es vor 20 Jahren noch rund 654.000 landwirtschaftliche Betriebe gab, waren es im Jahr 2016 gerade noch 275.000. Eine Abnahme von 58%. Von den heute noch existierenden Betrieben bewirtschaften 9% der Betriebe mehr als die Hälfte der gesamten Nutzfläche in Deutschland.

Heute arbeiten noch knapp 940.000 Menschen in der Landwirtschaft. Davon 449.100 Familienarbeitskräfte, 204.600 ständig angestellte Arbeitskräfte und 286.300 Saisonarbeitskräfte. Das entspricht etwa 1,5% der Erwerbspersonen die dauerhaft in der Landwirtschaft arbeiten (ohne Saisonarbeitskräfte). Im Vergleich zu 2,3% 1995 und 24,6% 1950 sehen wir hier eine deutliche Veränderung. Auch hier führt die Monopolisierung zum Ruin hunderttausender Bauernfamilien und ihrem gesellschaftlichen Abstieg ins Proletariat.

### Intelligenz

Ähnlich wie in anderen Bereichen ist auch der Bereich der „intellektuellen Berufe“ von Tendenzen der Proletarisierung betroffen. Sei es in der Forschung, an den Universitäten, den Krankenhäusern oder immer größeren Anwalts- und Versicherungsfirmen. Kaum ein Bereich ist heute nicht vom Kapital durchdrungen und wie eine „Fabrik“ organisiert. Die studentischen Hilfskräfte etwa an den Universitäten in Berlin haben seit 17 Jahren keine Gehaltserhöhungen bekommen. Befristete Verträge sind in diesen Berufen die Regel und keine Ausnahme. Selbst ProfessorInnenstellen werden heute vermehrt nur noch mit einem Grundgehalt vergeben, alles darüber hinaus muss durch Sponsoring und Kooperationsprojekte mit großen Monopolen „erwirtschaftet“ werden. Im Jahr 2016 waren bereits 10% aller akademischen Arbeitsverträge befristet. Zudem arbeiteten 25% der beschäftigten mit Hochschulabschluss in Teilzeit und weitere 7% ausschließlich als geringfügig Beschäftigt.<sup>32</sup>

Insbesondere durch die oben aufgezeigte Tendenz zur immer weiter voranschreitenden „höheren“ bzw. spezialisierteren Bildung der gesamten Gesellschaft, werden auch die finanziellen Privilegien der Intelligenz Stück für Stück abgebaut. Sicherlich trifft das nicht für alle Bereiche und Personen gleichermaßen zu, in der Masse ist es jedoch eine fortschreitende Tendenz.

## BESONDERS AUSGEBEUTETE GRUPPEN

Neben der oben benannten und beschriebenen Aufteilung der arbeitenden Gesellschaft und ihren Entwicklungstendenzen gibt es einige Gruppen in unserer Gesellschaft, die ökonomische besonders unterdrückt und ausgebeutet werden. Wir wollen uns hier besonders folgende Gruppen anschauen: Frauen, Jugendliche und MigrantInnen. Hinzu kommt die ungleiche geographische Einkommens- bzw. Reichumsverteilung.

### Frauen

Auch wenn die Frauen in Deutschland mittlerweile in fast allen Bereichen rein rechtlich den Männern gleichgestellt sind, werden sie real doch in vielen Lebensbereichen besonders ausgebeutet und unterdrückt. Wir werden uns hier allein auf die ökonomische Unterdrückung beschränken.

Mit mehr als 19 Millionen machen die Frauen rund 46,5% der Erwerbstätigen in Deutschland aus. Mit rund 1,2 Millionen Selbstständigen sind Frauen deutlich seltener selbstständig tätig als Männer (2,4 Millionen). Dafür machen sie einen bedeutenden Teil der atypischen Beschäftigten aus. 2017 war fast jede dritte Frau in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis angestellt (31%).<sup>33</sup> Diese bringen nicht nur deutlich unsichere Arbeitsverhältnisse, sondern vor allem auch deutlich niedrigere Löhne mit sich.

Im Jahr 2011 arbeiteten allein 46% der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, bei den Männern waren es gerade einmal 10%. Rund 55% der in Teilzeit arbeitenden Frauen geben an, dass sie dies aus familiären Gründen tun, weil sie Kinder oder andere Angehörige versorgen müssen. Rund 1,9 Millionen Frauen gehen wegen „familienbedingter Pflichten“ nicht arbeiten. Demgegenüber stehen 99.000 Männer die aufgrund ihrer Familie nicht arbeiten gehen.

Auch der sogenannte „Gender Pay Gap“, also der Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern lag im Jahr 2017 in Deutschland kaum verändert bei rund 21%. Der „bereinigte Gender Pay Gap“ (bei vergleichbarer Tätigkeit und Qualifikation) liegt aktuell bei rund 6%.

Hinzu kommt die unbezahlte Reproduktionsarbeit. Frauen leisteten laut Berechnungen aus dem Jahre 2012/2013 im Durchschnitt rund 29,5 Stunden unbezahlte Hausarbeit pro Woche. Für Männer wird dieser Wert mit rund 19,3 Stunden angegeben.<sup>34</sup>

33 Statistisches Jahrbuch 2017 – Arbeitsmarkt, Statistisches Bundesamt

34 Wie die Zeit vergeht, Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2012/2013, Statistisches Bundesamt

32 Akademikerinnen und Akademiker, Blickpunkt Arbeitsmarkt, Mai 2018, Bundesagentur für Arbeit

Frauen ohne Kinder verbringen etwa die Hälfte ihrer Arbeitszeit mit Lohnarbeit und die andere Hälfte mit unbezahlter Arbeit. Frauen mit Kindern hingegen arbeiten durchschnittlich zu 30% für Geld und 70% unbezahlt im Haushalt.

In Deutschland gibt es rund 2,7 Millionen Alleinerziehende, darunter 1,7 Millionen mit minderjährigen Kindern (1,5 Millionen alleinerziehende Mütter und 180.000 alleinerziehende Väter)<sup>35</sup>. Damit sind zu 90% die Mütter der alleinerziehende Elternteil. Dabei haben 37% der alleinerziehenden Mütter ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.300 Euro für ihre Familie, weitere 52% haben ein Einkommen von 1.300-2.600 Euro. Damit haben fast 90% der alleinerziehenden Mütter weniger als 2.600 Euro im Monat für die Ernährung ihrer Familie zur Verfügung. Bei den alleinerziehenden Vätern sind es 71%. Dies zeigt, dass Frauen allein durch die Eigenschaft das sie ein Kind haben und dieses alleine Großziehen müssen, vor massiven finanziellen Einbußen stehen. Viele Frauen sehen allein aus der finanziellen Abhängigkeit zu ihrem Partner keine Möglichkeit sich von diesem zu trennen. Zur besonderen Betroffenheit von Frauen in der Altersarmut haben wir oben schon etwas geschrieben.

Zur besonderen ökonomischen Ausbeutung von LGBTI-Personen liegen aus der bürgerlichen Statistik leider keine detaillierten und qualitativ/quantitativ verlässlichen Daten vor, so dass diese nicht im Detail betrachtet werden können.

## Jugendliche

Auch Jugendliche und junge Erwachsene sind oftmals von besonderer Ausbeutung betroffen. Viele von ihnen verdienen sich ihr Geld durch Schwarzarbeit, bei der der Lohn besonders gedrückt wird. Durch die Veränderungen in der Produktion fällt auch die Möglichkeit als ungelernte bzw. angelernte Beschäftigte in der Produktion zu arbeiten für junge ArbeiterInnen immer mehr weg. Dem entgegen setzen sich auch hier Zeitarbeit, befristete Jobs und Arbeit auf Abruf immer mehr durch. Allein bei den 15 bis 25 jährigen liegt die Quote der atypischen Beschäftigung bei 46,4%.<sup>36</sup>

Durch immer höhere Anforderungen wird auch der Druck auf die Jugendlichen immer größer einen möglichst hohen Schulabschluss zu schaffen und irgendwie ein Studium zu finanzieren. Viele Jugendliche starten somit schon mit hohen Schulden ins Berufsleben. Für viele ist an eine eigene Wohnung

während der Ausbildung kaum noch zu denken.

Auch von Arbeitslosigkeit ist die Jugend besonders betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist zwar parallel zur allgemeinen Arbeitslosenquote deutlich zurück gegangen, verteilt sie sich doch sehr ungleichmäßig. So gibt es laut offiziellen Statistiken in Westdeutschland gerade mal 4% Jugendliche ohne Arbeit, Ausbildung oder Schulungsmaßnahmen, in Ostdeutschland hingegen sind es 7,8% (ganz Deutschland 4,5%). Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind mit 9-10% hier eindeutiger Spitzenreiter. Dicht gefolgt von Bremen mit 8,2%.<sup>37</sup>

Auch unter jungen ArbeiterInnen sind die Einkommen in Ostdeutschland im Durchschnitt rund 17% niedriger als im Westen. Mehr als 60% aller jungen Beschäftigten müssen regelmäßig Überstunden machen, fast jeder zweite muss in Spät- oder Nachtschichten arbeiten.<sup>38</sup>

## MigrantInnen

Rund 18,58 Millionen der in Deutschland lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund, das macht rund 22,5% der deutschen Bevölkerung aus. Doch nur etwa die Hälfte davon sind Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, welche in der bürgerlichen Statistik als AusländerInnen geführt werden.<sup>39</sup> Im Zeitraum 2006 bis 2016 ist die Zahl der MigrantInnen um 3,5 Millionen angestiegen (davon rund 2 Millionen AusländerInnen). Insgesamt arbeiteten 2016 in Deutschland rund 3,1 Millionen AusländerInnen als sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (56,4% aus EU Ländern, 28% aus anderen europäischen Ländern, 15,6% aus anderen Ländern).

MigrantInnen haben eine deutlich höhere Armutsgefährdungsrate. Liegt sie bei Personen ohne Migrationshintergrund bei 12,1%, so liegt sie bei Personen mit Migrationshintergrund bei 28% und bei Ausländern bei 36,5%. Bereits im Jahr 2014 lag die Quote der MigrantInnen welche atypisch Beschäftigt waren bei 28,2%, unter AusländerInnen sogar bei 31,6%. Auch unter den Arbeitslosen sind Menschen mit Migrationshintergrund mit 36% (2012) deutlich überrepräsentiert.<sup>40</sup> Auch hier gibt es Unterschiede zwischen Ost und West. Im Westen liegt der Anteil der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund bei 42%, während er im Osten bei 18% liegt.

37 Jugendarbeitslosenquote in Deutschland von 1998 bis 2017, de.statista.com

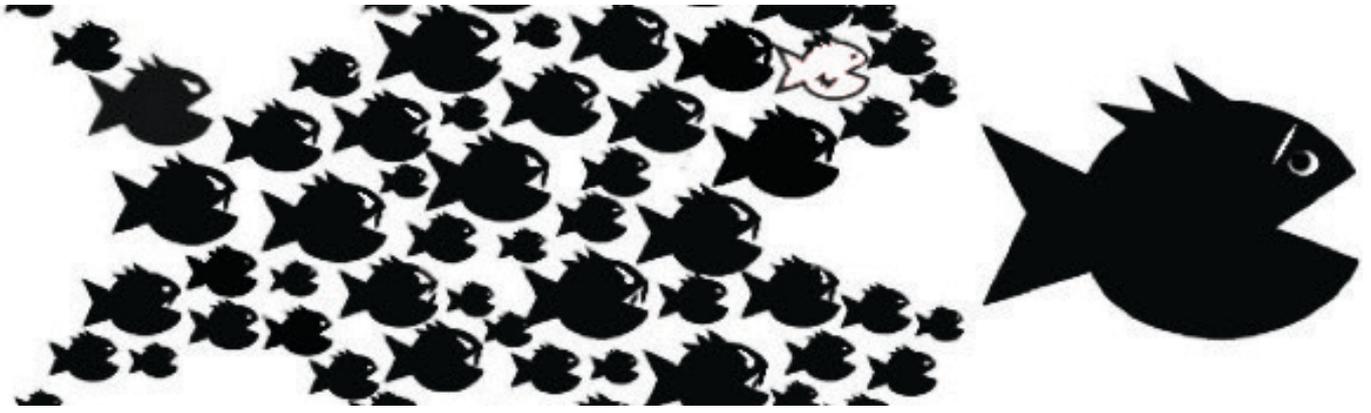
38 Jung und ausgenutzt, Wirtschaftspolitik aktuell, Januar 2016, Ver.di Bundesvorstand

39 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Statistisches Bundesamt 2017

40 Arbeitsmarktberichterstattung, Juni 2014, Bundesagentur für Arbeit

35 Familie, Lebensformen, Kinder, Auszug aus dem Datenreport 2016, destatis.de

36 Arbeitsqualität aus der Sicht von jungen Beschäftigten DGB Dezember 2015



Migrantische ArbeiterInnen sind vor allem in folgenden Branchen überrepräsentativ beschäftigt: Landwirtschaft (27%), Lebensmittelherstellung, -zubereitung und Gastronomie (28%), Reinigungsberufe (29,5%).<sup>41</sup> In anderen Branchen wie der öffentlichen Verwaltung, der Sozialarbeit, Rechtsberatung oder bei Finanzdienstleistungen machen sie weniger als 4% aus. Personen mit Migrationshintergrund arbeiten weit öfter im Niedriglohnsektor. Macht die Niedriglohnquote bei AusländerInnen und MigrantInnen 35,5% aus, sie liegt sie bei Menschen ohne Migrationshintergrund nur bei 16,7%.

Aus verschiedenen Gründen sind insbesondere MigrantInnen besonders von der Ausbeutung im informellen Sektor betroffen. Ein Teil von ihnen, insbesondere Geflüchtete und MigrantInnen ohne deutschen Pass (aus Ländern außerhalb der EU) sind durch Arbeitsverbote und bürokratische Hürden zum Teil vom legalen Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Weiter werden ihre Berufsabschlüsse aus ihren Herkunftsstaaten in Deutschland nicht anerkannt und sie kämpfen mit Diskriminierungen bei der Arbeitssuche. Für viele bleibt entsprechend nur der Weg in die Schwarzarbeit.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wir wollen versuchen am Ende dieser quantitativen Analyse der Lage und Zusammensetzung der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland ein zusammenfassendes Fazit zu ziehen.

Diese Analyse belegt die Annahme, dass die ArbeiterInnenklasse in Deutschland weder verschwunden, noch zahlenmäßig dezimiert ist. Ganz im Gegenteil können wir heute davon sprechen, dass sie nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland weiter wächst. Verbunden mit der Entwicklung der Technik, verändert sich die gesamte Produktion und Arbeit und damit auch die Erscheinung und Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse.

Wir können zwar einen relativen und absoluten

Rückgang des deutschen Industrieproletariats feststellen, dieser ist jedoch keinesfalls so stark wie allgemein propagiert wird. Auch das Märchen von Deutschland als einer reinen oder überwiegenden „Dienstleistungsgesellschaft“ wird durch die oben genannten bürgerlichen Zahlen widerlegt. Was diese Zahlen jedoch nicht leisten können, ist eine genaue Aufschlüsselung der Klassen in Zahlen. Für uns sind die Größenverhältnisse dabei dabei jedoch sowieso interessanter als der Versuch einzelne ArbeiterInnen zu zählen.

Wir konnten feststellen, dass die ArbeiterInnenklasse heute stark ausdifferenziert ist und sich aus einer breiten ökonomischen Schichtung zusammensetzt. Dabei setzt sich auch hier eine allgemeine Drückung des Lohnes eines Großteils der ArbeiterInnenklasse weiter fort. Ebenso konnten wir die seit Jahrzehnten anhaltenden Proletarisierungstendenzen insbesondere in kleinbürgerlich geprägten Schichten und Branchen aufzeigen, welche die ArbeiterInnenklasse weiter anwachsen lassen. Hinzu kommt die immer weitere kapitalistische bzw. profitorientierte Durchdringung jedes Arbeits- und Wirtschaftsbereichs. Kaum eine Branche ist heute nicht auf die Erwirtschaftung von Profit orientiert. Dazu zählen insbesondere auch große Teile des Bildungs- und Gesundheitssektors und der Reproduktion. Hier entfaltet sich die Tendenz zu „weißen Fabriken“ ganz besonders. Auch hier wird rein profitorientiert gearbeitet und sie existieren auf der Grundlage der Abschöpfung des durch die dort arbeitenden Menschen geschaffenen Mehrwerts.

Parallel dazu kann man feststellen, dass bestimmte Gruppen auf Grundlage von Diskriminierung oder ihrer Stellung im Arbeits- und Produktionsprozess besonders ausgebeutet werden. Dies betrifft zum Beispiel LeiharbeiterInnen oder geringfügig Beschäftigte. Hinzu kommt eine besondere Ausbeutung von Frauen, MigrantInnen, Jugendlichen und RentnerInnen.

41 Statistisches Jahrbuch 2017 – Arbeitsmarkt, Statistisches Bundesamt

# ALLE MACHT DEN RÄTEN!

**100 JAHRE  
NOVEMBERREVOLUTION  
KAMPF FÜR DEN SOZIALISMUS  
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLAND**



[KOMAUFBAU.ORG](http://KOMAUFBAU.ORG)

